

Arbeiter-Zeitung

für Schlefien

Organ der KPD., Sektion der 3. Internationale

Mit der illustrierten Beilage „Der Rote Stern“

Begründet von Bernhard Schottländer (März 1920 ermordet)

Hauptredaktion: Breslau 10, Kreuzberger Straße 50. Tel. 480 89. Verlagsleiter: Breslau 544, Rebellstraße 10, Kreuzberger Straße 50. Telefon 480 02. Erscheinungstag: Montag bis Freitag von 12-13 Uhr. Samstag bis Sonntag von 17-18 Uhr. Filialredaktionen: Berlin, Luisenpark, Telefon 23 84. Geschäftszeit von 8-19 Uhr. Verlagsort: Hauptverlagsort Breslau. Verlag: Schlefische Verlags-Gesellschaft m. b. H., Breslau. — Druck: „Vorwärts“ AG, Fil. Breslau, Kreuzberger Straße 50. Telefon 484 55.

**Sport heute:
vom Sonntag!**

Preis: 10 Pf. monatlich. Einzelnummer 10 Pf. Durch den Postweg unter Streifenband 2 Pf. Zusätzliche Willkürgebühren ober deren Betrag. Besondere Willkürgebühren 6 Pf. Kalligraphische Willkürgebühren ober deren Betrag. Die Beiträge werden in der Hauptredaktion um 5 Uhr; in den Filialen am Tage vorher bis höchstens 18 Uhr.

Arbeiter gegen Abstimmungsrummel Gegen Brüning- und Pilsudski - Diktatur!

Der Sozialfaschist Danehl verbietet deutsch-polnische Grenztreffen — Trotz Polizeiterror wird demonstriert — Brüning und Sebering werden von „Herz-Jesu“-Vereinen empfangen — Mehrere Arbeiter verletzt, 6 Schupisten verwundet, drei ins Krankenhaus eingeliefert, Arbeiter verhaftet

Hindenburg. Am Sonnabend, kurz nach Redaktionsschluss, erfuhren wir erst, daß der sozialfaschistische Polizeipräsident Danehl die deutsch-polnischen Grenztreffen in Hindenburg und Beuthen und alle weiteren kommunistischen Kundgebungen unter freiem Himmel am Sonntag verboten hat. Durch das Verbot wollte man verhindern, daß die deutsche und polnische Arbeiterklasse ihre internationale Kampferbundenheit gegen die Brüning- und Pilsudski-Diktatur zum Ausdruck bringt. Das ist der Bourgeoisie und ihrem sozialdemokratischen Polizeipräsidenten trotz härtestem Terror nicht gelungen. Die Arbeiter haben in Beuthen und Hindenburg demonstriert. Die Polizeigarde hat in brutaler Weise die Demonstrationen auseinandergeschlagen. Mehrere Verletzte und Verhaftungen sind zu verzeichnen. In Wittulshöh sind sechs Schupisten verletzt worden. Drei davon mußten ins Krankenhaus geschafft werden.

Die kommunistische Partei hat am Sonnabendabend in Hindenburg, Gleiwitz und Beuthen drei Kundgebungen gegen den Abstimmungsrummel, gegen Faschismus und Vorkriegsruhm, für Arbeit, Brot und Freiheit, für ein Sowjetoberschlesien im Verein an Sowjetdeutschland und Sowjetpolen abgehalten. In Hindenburg sprach der Genosse Peter Maslowki vor 3000 Proletariern, in Beuthen der Genosse Jadaš vor 3000 Männern und Frauen und in Gleiwitz der Genosse Jendrosch vor 4000 Menschen. Die Redner gaben einen kurzen Überblick über die Zustände- und Plebiszitzeit und zeigten die „Erzürungschaften“, die sich für die Werktätigen aus dem Plebiszit ergeben haben, auf. Schon seinerzeit hatte die kommunistische Partei die arbeitenden Massen gegen den Plebiszitsschwindel in den Kampf geführt. Leider hatten damals die Arbeiter die Parolen des internationalen revolutionären Klassenkampfes nicht verstanden. Sie ließen sich von den Korantag und Wühlas im Interesse der Geldsüde mißbrauchen. Heute stehen zu einem großen Teil die werktätigen Frauen und Männer in der roten Klassenfront und kämpfen unter Führung der KPD. Die Ausführungen wurden begeistert aufgenommen. Auf der Gleiwitzer Kundgebung wurde eine Protestentscheidung gegen den hamburger Nazimord angenommen.

Vorher oder anschließend an die Kundgebungen wurden Straßen-demonstrationen durchgeführt. Diesmal hatte man ungewöhnlich starke Polizeikräfte aufgeboten. Ganze Straßen wurden abgeriegelt. Die Polizei versuchte zu provozieren; an der Disziplin der Proleten prallten die Versuche, ein Blutbad anzurichten, ab.

Der sozialdemokratische Oberbürgermeister hatte am Sonnabendabend einen Fackelzug arrangiert, der sehr lässlich verlaufen ist. Da auf dem Reigensteinplatz Massen revolutionärer Arbeiter sich angesammelt hatten, zog Franz es vor, nach diesem Platz — trotzdem er im Aufmarschplan vorgesehen war — nicht zu kommen. Am späten Abend wurde auf diesem Platz erneut eine Massenkundgebung gegen die national- und sozialfaschistischen Vanditen abgehalten. Die Reden der Vertreter des KPD. waren von starkem Beifall begleitet.

Beuthen. Trotz Verbots hatten sich an der deutsch-polnischen Grenze einige hundert Arbeiter versammelt. Es wurden Reden in deutscher und polnischer Sprache gehalten. Die polnischen Genossen waren ebenfalls erschienen. Die Grenze war für den Personenverkehr völlig gesperrt. Auf dem Rückmarsch hatte das Ueberfallkommando die Demonstration brutal auseinandergeschlagen.

In Mieschowitz bei Beuthen hat die Arbeiterklasse gleichfalls gegen die Faschisten demonstriert. Zwei Arbeiter wurden verhaftet.

Am Nachmittag fand hier im Stadion der große Abstimmungsrummel im Beisein von Brüning und Sebering statt. Die Stadt gliedert sich in einen wahren Polizeilager. Sowie Seberinggenossen hat Beuthen noch nie gesehen. Die Diktaturminister sollten diesmal vor den Häupten der Proleten geküßt werden. Die Grenzgarde war nach Beuthen und Gleiwitz gekommen, um nationalfaschistische Stimmung zu machen. Die katholischen „Herz-Jesu“-Vereine, die Schüler der höheren Lehranstalten und die schwarzweißrotgelben Militärvereine haben Brüning empfangen. (Auf den Stadionrummel kommen wir noch zurück.)

Hindenburg. Hier haben sich Tausende von Proleten auf dem Reigensteinplatz und in den anliegenden Straßen trotz Verbots angesammelt. Es formierte sich ein starker Demonstrationenzug, der nur bis zur Donnerstagsmarche kam, weil die Polizei auf die Demonstrationen in unmenslicher Weise einschlug.

Eine schwangere Frau wurde mit dem Summknäppel, dem Wahrzeichen der deutschen Demokratie, geschlagen. Die Polizei verteilte Fußtritte. Fünf Arbeiter wurden verhaftet. Vormittags fand der nationalfaschistische Rummel statt. Der Polizei-

minister Sebering konnte hier nur deshalb sprechen, weil erst in letzter Minute bekannt geworden ist, daß Sebering hier auftreten wird. Die arbeitende Bevölkerung hätte sich bestimmt auf einen „herzlichen Empfang“ eingestellt.

In Wittulshöh bei Hindenburg kam es zu einem Zusammenstoß zwischen Arbeitern und der Polizei. Das Verbrechen trägt die Polizei, die direkt diesen Vorfall provoziert hat. Sechs Arbeiter wurden verhaftet. Sechs Schupisten sind verletzt worden; drei davon sind ins

An die Bezirksleitung der KPD. Hindenburg. Das von der kommunistischen Partei, Bezirk Oberschlesien, für Sonntag, den 22. März 1931, geplante deutsch-polnische Grenztreffen wird, auf Grund des § 10 II 17 U.R. in Verb. mit Art. 123, Abs. 1 der Reichsverfassung im Interesse der Aufrechterhaltung der öffentlichen Ruhe, Sicherheit und Ordnung hiermit verboten. In das Verbot mit inbegriffen sind alle Zumärsche zu diesem Grenztreffen und alle von der kommunistischen Partei und deren Unterorganisationen für den 22. März 1931 geplanten Versammlungen und Umzüge unter freiem Himmel im Bereiche des Polizeipräsidiums Gleiwitz-Beuthen-Hindenburg. Danehl, Polizeipräsident.

Krankenhaus geschafft worden. In welcher Weise schlug die Polizei auch auf mehrfache Frauen. Die Bergarbeiterfrauen haben sich daraufhin aktiv an der Abwehr der Polizeiübergriffe beteiligt.

Der abgeschlossene Burgfrieden zwischen Partei von rechts bis zu den Sozialfaschisten konnte durch das Demonstrationsverbot des Sozialdemokraten Danehl wirklich nicht besser zum Ausdruck gebracht werden. Dem revolutionären Proletariat wollte man die Straße zur Demonstration gegen das sozial- und nationalfaschistische Rad verbieten. Das ist diesen Beuthen zu einem großen Teil durch den revolutionären Internationalismus, gegen Brüning, Sebering und Pilsudski-Diktatur demonstriert. Die Stahlhelmer, die Landesfähigen und alle die Faschisten von rechts demonstrierten unter starkem Polizeischutz.

Sebering hat in seiner Rede davon gesprochen, daß wir — gemeint ist die Front von Hitler bis zur KPD. — nicht nur heute, sondern alle Tage einig sein müssen! Das heißt, daß wir ein gemeinsames Ziel haben, und das ist die Niederschlagung der revolutionären Bewegung. Die sozialdemokratischen und christlichen Arbeiter müssen sich, wollen sie nicht von der Faschistenbrut niedergebrennt werden, zur revolutionären Klassenfront bekennen, um in einheitlicher Front unter revolutionärer Führung den Faschismus auszurotten, die Herrschaft der Ausgebeuteten zu errichten.

Scheringer in Schutzhaft

Alleinlicher Nachakt der Reaktion
Gollnow. Der Direktor der Festung Gollnow hat heute über den Leutnant Scheringer Ausgangsverbot, also faktisch Schutzhaft, verhängt. Er begründet diese Maßnahme mit angeblichen Attentatsplänen rechtstraditionaler Kreise auf Scheringer. Von derartigen Plänen ist aber, soweit feststellbar, in ganz Gollnow nichts zu hören. Allem Anschein nach handelt es sich um einen vom deutschnationalen Bürgermeister der Stadt Gollnow veranlaßten kleinlichen Nachakt an dem jetzt mißliebig gewordenen Mann.

Stahlhelmpartei im Roten Berlin

2500 Stahlhelmer im Lustgarten — Die Rede des Stahlhelmführers ging im Gesang der „Internationale“ unter — Ueberfall von Stahlhelmern und Nazis auf Arbeiter — Eisene und geschlossene Abwehr der Provokation.

Berlin, 23. März. (Sig. Drahtber.) Die Kundgebung des Stahlhelms in Berlin im Lustgarten am gestrigen Sonntag war eine einzige Pleite. Nicht mehr als 2500 uniformierte Stahlhelmer waren aufmarschiert, um den „Aufmarsch der Volksgenossen“ des Stahlhelms für die Lösung des preussischen Landtages zu geben. Von harten Polizeiketten bewacht, nahmen die Stahlhelmformationen Aufstellung.

Zahlreich war die revolutionäre Arbeiterklasse im Lustgarten erschienen, um ihre antifaschistische Abwehrfront zu demonstrieren und zu beweisen, daß Berlin nach wie vor rot ist. Draufend erschienen die Rot-Front-Kräfte der Arbeiter. Die Rede des Majors Stephan ging in dem Gesang der „Internationalen“ unter, so daß er flüchtig in seiner Rede aussetzen mußte. Darauf ging die Polizei brutal gegen die Arbeiter vor und machte auch von der Schußwaffe Gebrauch. So wurden am Ausmarsch von der Polizei mehrere Schüsse abgegeben. Unter dem Schuß der Polizei konnten dann die Stahlhelmer ihre Kundgebung beenden.

Nach der Kundgebung versuchten Stahlhelmer in den verschiedenen Stadtteilen Berlins gemeinsam mit den Nationalsozialisten Arbeiter zu überfallen. Ihnen wurde aber durch schnell sich sammelnde Arbeiter klar gemacht, daß Berlin zur Abwehr der Faschisten bereit ist. So kam es zu Ueberfällen der Nationalsozialisten auf Arbeiter in der Rosstraße, am Bülowplatz, am Rosen-

thalerplatz und am Stettiner Bahnhof, sowie in anderen Stadtteilen, wo die Nazis eine Reihe von Verletzten aufzuweisen hatten. Die Polizei verhaftete nicht etwa die Nazisbanditen, sondern die überfallenen Arbeiter. In der Artilleriestraße wurde eine Reihe von Reichsbannerleuten von dem Stahlhelm überfallen.

Während man die demonstrierenden Arbeiter durch die Polizei des Sozialdemokraten Orzeszinski durch die Straßen trieb, demonstrierte eine Gruppe von Nazis im Bereich der Bannmeile. Während sonst bei Demonstrationen der Arbeiter die Polizei sofort zur Stelle ist, konnten hier die Nazis ungehindert im Regierungsviertel marschieren.

Der gestrige Aufmarsch hat bewiesen, daß die Berliner Arbeiterklasse nach wie vor bereit ist, ihr rotes Berlin zu verteidigen. Der Aufmarsch der Stahlhelmer wurde eine wirkungsvolle Demonstration der antifaschistischen Abwehrfront der revolutionären Arbeiterklasse. Am 31. Mai will der Stahlhelm in Breslau aufmarschieren und dazu seine Unternehmungen aus dem ganzen Reich finanzieren. Die Breslauer und die schlesische Arbeiterklasse muß alles tun, um die Abwehr dieser faschistischen Provokation zu organisieren. Mobilisiert die Betriebe, mobilisiert die gesamte werktätige Bevölkerung gegen die nationalfaschistischen faschistischen Banden. Der Stahlhelmpartei in Berlin muß eine Kleinstpleite in Breslau folgen.

Wie lange noch?

Auf der Reichstagsbühne stand gestern als Vertreter der Sozialdemokratie jener Wels, dessen Name mit dem ersten vergessenen Arbeiterblut der deutschen Novemberrevolution des Jahres 1918 verknüpft ist. Er gab eine Erklärung ab, in der die SPD die Stimmhaltung bei den Panzerkreuzerabstimmungen verkündet, um die durch den Auszug der Nazis verlorengegangene Mehrheit für die Panzerkreuzer und den Wehretat wieder herzustellen. Wels erklärte, daß die Sozialdemokratie nicht die Winderheit von SPD und KPD, „künstlich“ in eine Mehrheit verwandeln wolle. So wird der Panzerkreuzer B dem Panzerkreuzer A Hermann Müllers folgen.

Kein Tag, an dem nicht die tiefste politische Korruption, der grenzenlose Verrat der deutschen Sozialdemokratie sichtbar würde! Kein Tag ohne die aufreizendsten Herausforderungen der darbenenden ausgebluteten Massen des Volkes! Kein Tag, an dem nicht die alte Grundfrage des Sozialismus, die Ehre des Marxismus von den sozialdemokratischen Führern mit ihren plumpen Polizeiknüppeln niedergetreten würden!

Will man sehen, wie eine politische Partei, die Millionen Arbeiterwähler besaß, in Schande verfaßt, dann blide man auf die gestrige Reichstagsabstimmung. Herr Wels erklärte, daß man mit dem knöcheligen Panzerkreuzerabstimmung den Marsch des Faschismus aufhalten wolle. Aufhalten? Bedrohte er nicht täglich durch den Apparat der Brüningregierung die Lebensinteressen und die Freiheit des arbeitenden Millionenvolkes? Hat er nicht drei Vertrauensvoten der Sozialdemokratie für Brüning als Passierschein? Die Führer der Sozialdemokratie, durch tausend Korruptionsfäden verbunden mit dem Machtapparat des herrschenden Regimes, juchsten um ihre Pöstchen. Sie wollen ihre Unabkömmlichkeit beweisen. Sie paradierten als Ersatzreserve für die Nazis. Wenn Nazis oder Deutschnationale den Reichstag verlassen, dann braucht nur Brünings großes Kommando zu erschallen — und schon stehen sie bereit, die Wels und die Freiwälder, und selbst Hermann Müller würde sich von seinem Stuhlbelagerer schleppen, wenn er noch die körperlichen Kräfte dazu hätte, um genau so wie die Nazis für die imperialistische Aufrüstung Groeners die Hand zu erheben.



Bei der Abstimmung über die Panzerkreuzerraten in der gestrigen Reichstagsitzung stimmten neun „linke“ Sozialdemokraten mit den Kommunisten gegen Groeners Panzerkreuzer. Sie durchbrachen den Fraktionsbeschluss der SPD, trotz Stampfers Loben. Aber sie zeigten ihre ganze schwankende politische Gestalt, als sie beim kommunistischen Mißtrauensantrag gegen Groener sich von der Abstimmung drückten.

Daß die Ströbel, Sendewitz, Rosenfeld und Konjorten offen gegen die Panzerkreuzerraten stimmten, zeigt die Stärke des Druckes der empörten SPD-Massen draußen im Lande. Es mußte vor ihnen „etwas getan“ werden. Nach der Abstimmung geht es um allen Trotz der Panzerkreuzer-SPD weiter. Die Stellungnahme zum Verhalten der neun „Linken“ wird vom Fraktionsvorstand dem kommenden Leipziger Parteitag überwiehen. Wir sagen offen: Die „linken“ SPD-Führer, die eine radikale Geste machen, um die erbitterten wirklich linken SPD-Arbeiter zu beschwichtigen und mit neuen trügerischen Hoffnungsphrasen an die verfaßte Panzerkreuzer-SPD zu binden, sind die schlimmsten Verräter am deutschen Proletariat.

Die Zeiten haben sich geändert. Es ist aus mit der Möglichkeit, die von der Sozialdemokratie abtrümmenden revolutionären Arbeiter mit einer radikalen Geste an die Partei des Panzerkreuzers und Polizeisozialismus zu fetten. Die Arbeiter erleben, daß die SPD im stärksten Widerspruch zum Sozialismus, in innigster Brüderlichkeit zum Kapitalismus steht. Sie gehen über alle schwanfenden, manövrierenden und betrügenden Führer der „Linken“ hinweg — ins Lager der roten Front, des kämpfenden Marxismus.



Geht man heutzutage durch die Quartiere des werktätigen Volkes, liest man die täglichen Nachrichten seiner unerhörten sozialen Leiden, blidt man an die schädigen Stempelstellen der Not — überall schlägt einem die Meinung, die Empörung, der Kampfeswille von Millionen entgegen: So kann es nicht mehr weitergehen! Und mit Haß wird der Name der deutschen Sozialdemokratie, die einst eine Partei des Sozialismus und Marxismus gewesen ist, als die Partei der Polizeiknüppel, der Ueberjährlinger, der Karabineraloen gegen die Hungernden genannt.

Und wir greifen nach der gestrigen schmachvollen Panzerkreuzerabstimmung, der in wenigen Tagen die gleiche Schmach der SPD bei der Abstimmung über die Millionärsteuer folgen wird, die Stimme des Volkes auf:

Wie lange noch ein System, dessen Existenz eine Katastrophe für die Existenz und für die Menschenrechte der Volksmassen ist? Wie lange noch Panzerkreuzerjohialismus? Wie lange noch Polizeisozialismus mit Demonstrationen verboten, blutigen Polizeiatoden, Zeitungsverböten und Stahlhelmzug? Wie lange noch pfäffischer Brüningsozialismus?

Ja, wie lange noch diese ganze Schmach, die der gestrige Tag wieder jedem sozialdemokratischen Arbeiter zum vollen Bewußtsein bringt?



Die Sozialdemokratie ist eine Partei des Niederganges. Mag sie mit Göebels, dem Führer der faschistischen Totschlägerbande, um die Salonfähigkeit bei der Besetzung der Ministerstühle unserer Youngrepublik konkurrieren, nie und nirgends aber ist sie imstande, in ehrlücher Diskussion der Partei des revolutionären Marxismus bei den Volksmassen gegenüberzutreten.

Mag sie mit ihrer Rettung der Panzerkreuzer gut Wetter beim schwarzen Faschismus Brünings erreichen, nie und nimmer wird sie unseren Schlägen, unserer Abrechnung vor den Werktätigen mit ihren jaulen Ausreden gewachsen sein.

Die SPD ist die Partei der Aktion gegen das Volk. Wie sind die Partei der Volkaktion.

Aus allen Volksschichten, die sich betrogen, enttäuscht und verraten erkennen, hoffen neue Mittkämpfer in unsere Reihen. Gestern begrüßten wir den Uebertritt des ehemaligen faschistischen Reichswehrleutnants Scheringer als ein Symptom der Wandlung und des ideologischen Umsturzes in den Kreisen der ~~verfaßten~~ Intelligenz, die aus dem ~~kontra~~ Lager der häu-

Die Hungerkatastrophe der werktätigen Massen

Nicht Brot genug zum Leben!

Rückgang des Brotkonsums in Youngdeutschland in einem Jahre um 30 Prozent

Wie aus Statistiken der deutschen Mühlen-Unternehmer hervorgeht, ist der Brotkonsum in Deutschland im Jahre 1930 um 30 Prozent gegenüber dem Vorjahre gesunken.

Diese eine Ziffer enthüllt mit erschreckender Klarheit die entsetzliche Hungerkatastrophe, die in der Younghölle Deutschland über die Massen des werktätigen Volkes hereingebrochen ist. Fleisch, Butter, Obst und Gemüse ist schon längst ein „Luxus“ für Millionen Hungernder und Darbender geworden. Jetzt ist es schon so weit, daß sie sich nicht einmal mehr an Brot, diesem unentbehrlichsten Nahrungsmitteln fassen können.

Damit nicht genug, melden die Bäckmeister in Berlin, Köln und anderen Städten neue Forderungen auf Erhöhung des Brotpreises an. Das Brot, das sich heute bereits Millionen nur in ungenügendem Maße leisten können, soll noch teurer, noch unerschwinglicher für die hungernden Massen werden. Und das alles im Zeichen des so gerühmten „Preisabbaues“.

Das ist das Youngparadies Deutschland. Das sind

die Früchte der Zollwucherpolitik der Zentrumsregierung Brüning, der „Koggenstüchungs“politik des sozialdemokratischen Getreidekommissars Dr. Baade. Das sind die Folgen der Lohnabbau-Offensive des Unternehmertums, der schmähligen Streikbruchpolitik der sozialfaschistischen Gewerkschaftsführer. Das ist die „Kultur“, zu deren Schutz der Zentrumsminister Wirth Kriegsanfaren gegen den „barbarischen“ Bolschewismus bläst.

Zu dieser schandwürdigen Gesellschaftsordnung, die Millionen verhungern, die Geldschranke der preßenden Parasiten jedoch mit Polizeiknüppeln schützen läßt. An den Pranger mit den Volksausbeutern, die den Massen das Brot vom Munde wegknehlen und dafür Panzerkreuzer bauen. Wie Kraft für den Kampf um Sowjetdeutschland, das allen Werktätigen Arbeit und Brot gibt.

Die SPD.-Millionärsteuerbetrüger am Pranger

Die SPD.-Führer als die „eifrigsten Schutzherrn des Großkapitals“ entlarvt

In der Reichstagsitzung vom Sonnabend hatte der Sozialdemokrat Herz die dankbare Aufgabe übernommen, die Ablehnung der kommunistischen Millionärsteuer-Anträge zu begründen. Aber alle seine einseitigen Ausreden haben ihm nichts genutzt. Genosse Neubauer prangerte in seiner Rede an Hand von zahlreichen Beweisen die ganze Erbärmlichkeit und Verlogenheit der sozialdemokratischen Steuerbetrüger an, die am 9. Dezember v. J. dem kommunistischen Antrag zustimmten und ihn jetzt ablehnen, weil eine Mehrheit dafür vorhanden ist.

Abgeordneter Herz (Soj.): Ich halte meine Äußerung über den kommunistischen Millionärsteuerantrag aufrecht, die ich bereits im Haushaltsausschuß getan habe.

Wir geben diesem Millionärsteuerantrag niemals unsere Zustimmung.

(Stürmisches Härt! Härt! im ganzen Haus.) Dieser kommunistische Antrag enthielt vier Vorschläge, von denen zwei auch unseren Forderungen entsprach. Darum haben wir ihm im Dezember zugestimmt. Aber die Vermögenskonfiskation haben wir damals nicht bewilligt.

Das Wort zu einer glänzenden Abrechnung mit der sozialdemokratischen Steuerdemagogie nahm dann

Genosse Neubauer

Der Sozialdemokrat Herz hat hier eine Rede gehalten, mit der er sich selbst und seine ganze Partei links und rechts geohrjegt hat. Jedes Wort, daß Sie heute gegen unseren Millionärsteuerantrag sprechen, richtet sich gegen Sie selber, die Sie am 9. Dezember vorigen Jahres diesen Antrag angenommen haben.

Heute erklärt Herr Dr. Herz, daß die SPD. damals für den Antrag gestimmt habe, weil in dem Entwurf bloß die Aufsichtsteuer und die Dividendensteuer enthalten gewesen sei, dagegen aber nicht die beiden anderen „unsinnigen“ Punkte. Ich habe hier den „Vorwärts“ vom 10. Dezember, der auch die sechsen von Herz als „unsinnig“ bezeichneten Punkte enthält, wobei den Nazis zum Vorwurf gemacht wurde, daß sie alle vier Punkte abgelehnt hätten. Ebenso brachte die „Leipziger Volkszeitung“ einen Artikel des sozialdemokratischen Pressebüros, der sich mit diesen Anträgen auseinandersetzt, aber kein Wort davon spricht, daß die Vermögenssteuer etwa „unsinnig“ sei. Im Gegenteil wird in dem Artikel gesagt, daß die Nazis wegen der Ablehnung dieses Antrages die „eifrigsten Schutzherrn des Großkapitals“ seien.

Heute entlarven sich die Sozialdemokraten ebenfalls als die eifrigsten Schutzherrn des Großkapitals.

Die „Rheinische Zeitung“, das Organ Solimanns, brachte damals einen Artikel, der sich mit der Begründung beschäftigt, die die Nazis für ihre Ablehnung unseres Millionärsteuerantrages gaben. Sie schrieb damals zu den nationalsozialistischen Argumenten gegen die Vermögensabgabe von 20 Prozent, die auch Herr Herz heute als unsinnig bezeichnet, folgenden:

„Alle diese Einwände sind nicht neu, seit Jahr und Tag hören wir sie bei den Unternehmern.“

gerlichen, sozialdemokratischen und faschistischen Politik ins Lager der Volksrevolution übergehen. Jamedohl, aus den Reihen der sozialdemokratischen Arbeiteranhänger ebenso wie aus irreführenden mittelständlerischen Anhängerkreisen der Nazis kommen neue Kämpfer für das Freiheitsprogramm des Kommunismus in unsere rote Front. Sie kommen zu uns, weil wir Feinde des bürgerlich-kapitalistischen Militarismus sind. Sie kommen zu uns, weil wir Feinde der Youngklaverei sind. Sie kommen zu uns, weil wir die Front des wehrhaften, revolutionären Proletariats, die einzige Front des Sozialismus, die die Kahlfarte Front des Bolschewismus sind, die über die moralische und durch keinen Polizeisozialismus zu rettende Ausbeuterwelt siegen wird.

So rufen wir zu großen Abrechnung mit dem Panzerkreuzer- und Polizeisozialismus, um unsere rote Offensive gegen Faschismus, Brüningdiktatur und Preußentregierung zur Aktion des ganzen erbitterten Volkes zu machen. So machen wir in Fried- und Hüringen, in Franzen-Braun- und Schweig als einzige antifaschistische Partei mit unserem Volksbegehren gegen die faschistischen Regierungen die Massen für die Sturmfront des Kommunismus mobil. So gehen wir mit kaltblütiger Entschlossenheit über Herrn Erzfeindis tägliche Drohungen hinweg — und Tausende von sozialdemokratischen Arbeitern quittieren sie mit dem Uebertritt zur KPD.

So werden wir, die Partei der sozialistischen Volksrevolution, mit den Massen das geschichtliche Urteil, die tausendfach verdiente Abrechnung an der Panzerkreuzer-SPD. vollziehen.

Der Sozialdemokrat Herz hat also heute mit seiner Rede seine Qualifikation als Unternehmer-Syndikus ausgezeichnet bewiesen. Aber das Organ Solimanns schreit noch weiter:

„Für diese Abstimmung der Nationalsozialisten und die Begründung des Herrn Reinhardt werden die Organisationen der Großindustriellen und Bankiers nicht verschien, Herrn Reinhardt zu ihrem Ehrenmitglied zu ernennen und ihre Dankbarkeit für den Schutz ihrer großen Vermögen und Einkommen in flingender Münze in die Kasse des Herrn Hitler abzahlen.“ (Große Heiterkeit und lebhaftes Härt! Härt! b. d. Komm.)

Jetzt dürfte Herr Herz Ehrenmitglied bei dem Stahlruß und den anderen Großunternehmungen werden und die Sozialdemokratie die flingende Münze zu erwarten haben, von der Herr Solimann gesprochen hat.

Wenn der Sozialdemokrat Herz uns heute den „Vorwurf“ macht, daß wir unseren Antrag einige Male geändert haben, so haben wir folgendes dazu zu sagen: Wir wußten, daß die damalige Zustimmung der SPD. zu unserem Antrag nur ein Täuschungsmanöver war. Und wir wußten, daß sie, sobald dieser Antrag wieder zur Abstimmung gebracht würde, wie eine Ratte im Keller an allen Wänden entkugeln würden, um ein Loch zu suchen, wo sie durchschlüpfen können. Wir haben uns aber vorgenommen, ihnen jedes Loch zuzustopfen. So stellen wir einmal fest, daß

die SPD. unseren Antrag in der heute von ihr beanstandeten Formulierung dreimal angenommen hat,

und zwar am 15. Mai 1929, am 7. Juli 1930 und am 2. Dezember 1930. Als die Sozialdemokraten meinten, daß wir, weil wir nicht die Besteuerung der juristischen Personen verlangten, „Beschützer der Millionäre“ seien, haben wir ihnen auch diesen Gefallen getan und unseren Antrag auf die juristischen Personen erweitert. Wir würden eventuell noch weitere Änderungen vornehmen, um den sozialdemokratischen Heuchlern auch die letzte Möglichkeit zu verbauen, ihre Steuerbetrügerei vor den Arbeitern zu bemänteln.

Genosse Neubauer geht dann auf die Lage der werktätigen Massen ein, die durch die Steuerbelastung ruiniert und zur Verzweiflung getrieben werden und schließt: Die breiten Massen antworten den Volksausplünderern: Nicht wir wollen sterben, sondern der Kapitalismus soll sterben, damit wir leben! (Lebhafter Beifall und Händeklatschen bei den Komm.)

Zum Schluß der Beratung erhielt dann noch das Wort Genosse Schumann, der sich scharf mit der mißereifendlichen Politik der Regierung auseinandersetzte. Er forderte die Aufhebung der Notverordnung vom 1. Dezember 1930 gegen die Mieter, ferner einen Gesetzentwurf, wonach die Senkung der Neubaumieten für alle nach dem 1. April 1924 erstellten Wohnbauten ab 1. April in Kraft tritt. Ferner verlangte er in einem Antrag die Senkung der Altmieten auf 100 Prozent der Friedensmiete und einen Gesetzentwurf, der die Hauszinssteuer um 20 Prozent herabsetzt.

Reichstag ganz schließen

Dingelbehs Staatsstreichpläne

Berlin, 21. März. (Eig. Ber.)

In einer am Mittwoch, dem 18. März in den Kammerkellern stattgefundenen Mittelstandsungebung der deutschen Volkspartei sprach der Abgeordnete Dingelbey. Er sagte die sogenannte nationale Opposition wegen ihres Ausmarsches aus dem Reichstag an, daß sie damit der SPD. Vorstoß geleistet hätte. In den nächsten Tagen würde sich zeigen, ob es gelingen wird, der Regierung den Weg frei zu machen, den sie beschreiten muß, um ihre Arbeiten zu erledigen. Die Besitze des Reichstages müsse bis zum Herbst geschlossen werden. Er würde sie ganz schließen, wenn er wüßte, wer dann Diktator sein wird.

Sowjetunion erwartet 15 000 Touristen

Moskau, 21. März. Wie aus Leningrad gemeldet wird, rechnet man mit dem Besuch von 15 000 ausländischen Touristen für den kommenden Sommer. Die Gesellschaft „Intourist“ hat bereits mit mehreren ausländischen Reedereien Vereinbarungen getroffen. Im ganzen sollen zehn große Dampfer mit Touristen Leningrad besuchen, von wo aus dann verschiedene Besichtigungsfahrten unternommen werden sollen.

30 Millionen Kollektivwirtschaftsbauern

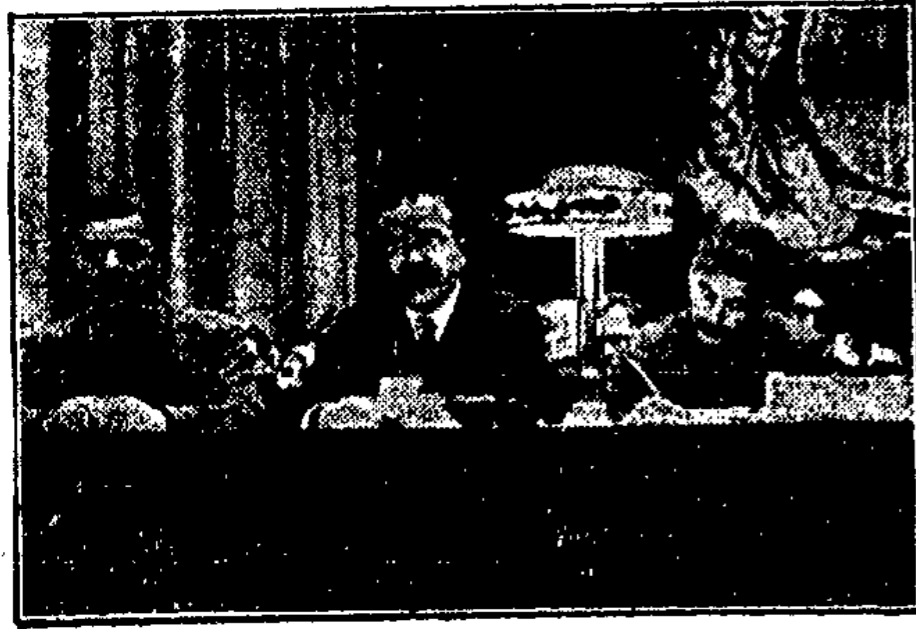
65 Millionen Hektar Saatfläche der Kollektiven — 1200 Traktoren- und Maschinenstationen Das Glend des Kleinbäuerlichen Betriebes liquidiert

Wir veröffentlichen nachstehend die wichtigsten Teile der Rede, die Genosse Jakowlew, der Volkskommissar für Landwirtschaft in der Sowjetunion, über die Kollektivwirtschaftsbewegung auf dem sechsten beendeten VI. Russischen Sowjetkongress hielt:

Die USSR wird zu einem Land der bedeutendsten und fortgeschrittensten landwirtschaftlichen Großbetriebe der ganzen Welt. Anfang März 1931 waren

neun Millionen Bauernwirtschaften mit einer Gesamtzahl von 30 Millionen erwachsenen Bauern durch die Kollektivwirtschaftsbewegung erfasst,

gegen sechs Millionen Wirtschaften im Jahre 1930, einer Million im Jahre 1929 und 400 000 im Jahre 1928.



Das Präsidium des VI. Sowjetkongresses
Genossen Stalin, Molotow und Woroschilow (links)

Die Saatfläche der Kollektivwirtschaften macht 65 Millionen Hektar gegen 43 Millionen Hektar im vergangenen Jahre und sechs Millionen Hektar im Jahre 1929 aus. In diesem Frühjahr werden

1200 Traktoren- und Maschinenstationen organisiert gegen 150 Stationen im Jahre vorher, die bereits mit den Kollektivwirtschaften Verträge über die Bebauung von 17 Millionen Hektar abgeschlossen haben.

Zu Ende dieses Jahres werden 1400 Traktoren- und Maschinenstationen organisiert sein. Die Kollektivwirtschaften verkaufen im Laufe des Jahres 1930 dreieinhalbmal mehr Marktgetreide an den Staat als die Großbauern 1926/27 und anderthalbmal mehr als die Gutsbesitzer vor der Revolution.

Auf die wichtigsten Mängel der Kollektivwirtschaften und die Maßnahmen zu ihrer Überwindung eingehend, wies Genosse Jakowlew auf die Notwendigkeit der Einführung des Akkordlohnes in allen Kollektivwirtschaften und des Verzichtes auf das Prinzip der Ertragsverteilung nach der Familienanzahl und statt dessen der Ertragsverteilung nach dem Prinzip der aufgewandten Arbeit unter Berücksichtigung ihrer Quantität und Qualität hin. Genosse Jakowlew wies ferner darauf hin, daß die Großbauern eine Propaganda gegen die Verteilung der Ernteerträge nach dem Arbeitsprinzip betreiben, da sie bereiten, daß das Verteilungsprinzip nach der Familienanzahl die größte Ungleichheit bedeute, weil damit nicht derjenige gewinnt, der mehr gearbeitet hat, sondern derjenige, der die Kollektivwirtschaft als ein Mittel betrachtet, sich durch die Arbeit anderer aushalten zu lassen. Die Erfahrung der besten Kollektivwirtschaften hat gezeigt, daß die Akkordarbeit die einzig richtige

Methode der Arbeitsorganisation in den Kollektivwirtschaften ist, weil gerade sie es gestattet, jeden Kollektivwirtschaftler für die Ergebnisse der Arbeit zu interessieren. Ein praktisches Gebot des Sozialismus lautet: Wer nicht arbeitet, soll auch nicht essen. Dieses Gebot muß in den Kollektivwirtschaften angewandt werden.

Zum Schluß seines Referats hob Genosse Jakowlew hervor, daß augenblicklich

zwei Wege der Bildung landwirtschaftlicher Großbetriebe

einander gegenüberstehen. Der durch die Vereinigten Staaten vertretene kapitalistische und der durch die Sowjetunion vertretene Weg.

Der amerikanische Weg führte zur Ruinierung tausender Bauernwirtschaften, zur Erweiterung der Schere zwischen den Preisen der Industrieerzeugnisse und der Landwirtschaft und zur Verlangsamung des Wachstums der Saatfläche.

Der sowjetische, sozialistische Weg, Sowjetgüter und Kollektivwirtschaften aufzubauen, der von Millionen gebilligt und akzeptiert wurde, führte zur

Liquidierung des Glendes des Kleinbetriebes, zur Vernichtung der großbäuerlichen Knechtschaft und zur Liquidierung des Großbauernums als Klasse.

Das ist der Weg zur Vollenbung der Kollektivierung in diesem Jahrzehnt, der Weg des gleichzeitigen Ausbaus der Sowjetgüter und Kollektivwirtschaften, der Weg des Ausbaus der Maschinen- und Traktorenstationen.

Die zahlreichen Zahlenmaterialien enthaltene Rede des Genossen Jakowlew wurde von den Delegierten des Russischen Sowjetkongresses wiederholt durch Beifallskundgebungen unterbrochen.

Neuer Verrat Gandhis am indischen Volk

Verzicht auf Boykott englischer Waren — Blutige Zusammenstöße in Indien

London, 20. März. Gandhi hat auf Ersuchen des Vizekönigs eine neue Unterredung mit Lord Irwin gehabt, die über vier Stunden dauerte und „gewisse unerfreuliche Entwicklungen in der politischen Lage“ behandelte. Als „unerfreulich“ sehen sowohl Gandhi wie die englischen Imperialisten es an, daß Gandhi von den indischen Massen ausgepfiffen und niedergeschrien wird. Lord Irwin rügte jedoch auch, daß Gandhi in verschiedenen Versammlungen noch „radikale Redensarten“ gebraucht hat und ersuchte ihn „um Mäßigung seines Tones, insbesondere um Verzicht auf die volle Selbstverwaltung für Indien“. Gandhi kroch sofort zu Kreuze und versprach unter anderem, selbst den erlaubten friedlichen Boykott gegen englische Waren einzustellen.

In Mohi und Ugra kam es in den letzten Tagen wieder zu schweren Zusammenstößen zwischen Arbeitern und Steuer-

eintreibern und der Polizei. In Ugra wurden zwei Personen getötet und 82 verletzt, darunter elf schwer.

Kämpfe an der Nordwestgrenze

Peshawar, 20. März. Die Befreiungskämpfe der Afribis an der indischen Nordwestgrenze leben wieder auf. Eine Erleuchtungsabteilung der Engländer wurde am Mittwoch von einer starken Abteilung Afribis in der Rajurie-Ebene angegriffen, wobei auf englischer Seite vier Soldaten getötet und sieben andere verletzt wurden. Unter den Verletzten befindet sich ein englischer Hauptmann. Die Afribis hatten vier Tote und eine große Anzahl Verletzte. Der Kampf wurde auf beiden Seiten mit großer Erbitterung und wechselseitigen Erfolgen geführt. Nach Heranziehung von Panzerwagen gelang es, die Afribis in die Flucht zu schlagen.

Lohnabbau und Streiks in Ungarn

Budapest, 20. März. In allen Industriezweigen Ungarns entwickeln die Unternehmer gegenwärtig eine allgemeine Offensive zum Abbau der Löhne, die jedoch vielfach aktiven Widerstand der Arbeiterkraft hervorgerufen hat. Die „Népszava“ gibt auf Grund der Daten der Gewerkschaften für die letzte Zeit folgenden Rückgang der Stundenlöhne an:

Bei den Klempnern von 79 auf 68 Heller.
Bei den Tischlern von 64 auf 55 Heller.
Bei den Maurern von 83 auf 77 Heller.

Der mittlere Rückgang ist aber bedeutend größer, da sich die Unternehmer an die Abmachungen mit den Gewerkschaften nicht halten.

Augenblicklich stehen die Bäckereiarbeiter im Kampfe. Die Unternehmer hatten eine Lohnherabsetzung von 40 bis 50 Prozent verlangt. In vier Großbetrieben, die jede Verständigung mit der Gewerkschaft ablehnten und auf ihrem Lohnabbaukurs blieben, sind die Arbeiter in den Streik getreten.

Auch die Buchdrucker stehen im Zusammenhang mit den Verhandlungen über den neuen Kollektivvertrag unmittelbar vor dem Streik. Ebenso wie bei den Bäckern verweigert es auch hier die Gewerkschaftsbürokratie, den Streik auf Einzelbetriebe zu lokalisieren, um ihn so aussichtslos zu gestalten.

Da die sozialfaschistischen Gewerkschaftsführer den Ausbruch von Streiks nicht mehr verhindern können, haben sie sich auf

diese Taktik des Lokalisierens der Kämpfe verlegt. Die sie schon bei den Textilarbeitern, die in acht Fabriken die Arbeit einstellen, u. a. anwenden. Die RGO fordert dagegen die Arbeiter auf, die Streikbewegungen auf den gesamten Industriezweig auszudehnen, was wieder von den Sozialdemokraten mit einer verstärkten Hege gegen die Kommunisten beantwortet wird.

In anderen Streikbewegungen der letzten Zeit sind zu erwähnen der Lederarbeiterstreik in Debrecza, der Streik der Schneider, der Glasschneider u. a.

Diese erhöhte Aktivität der ungarischen Arbeiterkraft ist die Ursache für den schärferen Polizeiverbot und die zahlreichen Verhaftungen, die gegenwärtig unter den revolutionären Arbeitern Budapests und der Provinz vorgenommen werden.

Sozialdemokratische Bomben gegen türkische Freiheitskämpfer

Basra, 19. März. Bombenflugzeuge der britischen Luftstreitkräfte haben in den letzten zwei Tagen Strafexpeditionen gegen die Anhänger des aufständischen Kurdenführers Mahmud unternommen, der wieder nördlich von Mossul tätig war.

In Kowno fanden in der Nacht in allen Arbeitervierteln Hausdurchsuchungen statt. Viele Kommunisten und revolutionäre Arbeiter wurden verhaftet.

Frauen in Not

Berichtet von Carl Credé

Copyright Albert Schulz Verlag, Berlin

1. Fortsetzung.

Vom Standpunkt des Staates und statistisch betrachtet, ist unsere Liebe, auch wenn sie uns lieb geworden ist, doch nur eine Zahl, und einem 70-Millionen-Volk braucht es auf ein Individuum wirklich nicht anzukommen —

Und doch kann man diese Geschichte, wie sie nicht einmal, sondern hundertfach vorkommt, nicht ohne Wehmut hören. Es wäre wohl darüber nachzudenken, ob nicht ein Gesetz verfehlt ist, das unwissende Kinder zwingt, mit dem Verlust aller Lebensaussichten für eine Handlung einzustehen, die man als nicht eigentlich schuldhaft bei ihnen empfindet.

Ich bin überzeugt, wenn es zulässig gewesen wäre, die arme kleine Liebe in einer Frauenklinik kurzerhand von einer Schwangerschaft zu befreien, für deren Austragen sie viel zu jung war, wäre sie unter allen Umständen später eine brave Ehefrau geworden und zudem noch glücklich. Während sie so der Volksgemeinschaft zwar auch dient, aber nicht gerade zur Zierde gereicht, um schließlich, von allen möglichen Geschlechtskrankheiten geplagt, irgendwo zugrunde zu gehen.

Kein Land hat das Recht, sich ein Kulturland zu nennen, in dem auch nur eine Frau davor zittern muß Mutter zu werden. Diesen nutzigen, klaren Satz schrieb Ellen Key vor 30 Jahren. Er gilt auch heute noch, sogar in verstärktem Maße. Auch wir sind noch so unmoralisch-moralisch, daß wir mit den mittelalterlichen Vorurteilen nicht gebrochen haben und eine uneheliche Mutter als entehrt ansehen. Dann muß man dieser aber das Recht gewähren, durch Unterbrechung der Schwangerschaft der Schande zu entgehen.

Arme Liebe! Der § 218 ist letzten Endes schuld an deinem Unglück, daher bin ich für meine Person der Ansicht, daß der § 218 entfernt werden soll.

FRAU SCHÜNEMANN

„Eine reiche Frau findet immer Hilfe, aber meine Frau, die soll verrecken!“

Frau Schünemann ist eigentlich eine von denen, die gar nicht hätten heiraten dürfen! Sie ist ja sonst eine ganz mobile, nette Frau, aber von ihren armen Eltern wurde sie in der Jugend so dürrig ernährt, daß sie furchtbar an der englischen Krankheit zu leiden hatte. Als Folge davon läuft sie auf recht krummen Beinen herum und hat ein verengtes Becken, d. h., die Beckenknochen sind verwachsen, und das ganze Becken ist in seinem unteren Durchmesser so verschoben, daß Frau Schünemann absolut außerstande ist, auf dem natürlichen Wege ein Kind zu gebären. Das geht eben nicht!

Für solche Fälle haben die Ärzte den sogenannten Kaiserschnitt erfunden, d. h., wenn die Zeit erfüllt ist, geht so eine Frau in die Klinik und wird operiert. Ein gewaltiger Schnitt trennt die Weichteile von der Schöpfung bis zum Nabel. Die Bauchmuskulatur wird durchschnitten, die schwangere Gebärmutter wird herausgewälzt und ebenfalls in ihrer ganzen Länge aufgeschnitten, das Kind und die Nachgeburt werden herausgenommen, und dann wird alles wieder fein zugenäht in drei Etagen, manche Operateure machen auch vier Etagennähte.

Alles in allem doch eine gewaltige Operation. Bei der fabelhaften Technik unserer Operateure und bei der Keimfreiheit, mit der in guten Anstalten gearbeitet wird, ist das natürlich gänzlich harmlos. Am harmlosesten allerdings für den Operateur, der in gar keine Gefahr kommt. Bei der Frau kann immerhin ein unglücklicher Zufall eine Rolle spielen. Die Statistiken sollen ja angeblich manchmal lügen. Es gibt aber doch Statistiken, die stimmen. Die Kaiserschnitt-Statistiken lügen nicht und besagen, daß von 100 derart operierten Frauen nur fünf Frauen sterben.

Du erschrickst darüber? Fünf! Das wären doch viel. Aber ich bitte Sie, es ist doch ganz selbstverständlich: Wo gehobelt wird, da fallen auch Späne, und wenn wirklich so eine Frau stirbt, so hat der Staat doch als Ersatz für sie das lebensfähige Kind. Das wird zwar in diesen Fällen auch eine starke Anlage zum engen Becken aufweisen und, wenn es später gebären soll, in ähnliche Schwülitäten geraten wie die Mutter, aber dann haben wir wieder Operateure, die den Leib ausschneiden und so weiter —

Nun, um die ernste Seite der Angelegenheit zu betrachten: Das ist natürlich immer ein ganz gewaltiger Eingriff, so eine Laparotomie. Schon der Gedanke daran ist und bleibt für den Laien grauenvoll. Die betreffende Frau weiß natürlich, was mit ihr gemacht werden soll. Sie hat also erst einmal neun Monate lang fürchterliche Angst vor dem Tage, an dem sie sich unter des Messer des Operateurs legen soll.

Die Schwangerschaft, die in ihrer zweiten Hälfte eigentlich zu einer Fülle segensvollen Glückes werden soll, wird ihr zur Hölle.

Doch der Drang zur Mütterlichkeit, zum Gebären ist so stark, daß diese braven Frauen will das alles auf sich nehmen. Auch die unangenehme Narbe mit ihren Gefahren, die Schmerzen in der Wunde, den für immer verunstalteten Leib, die Beschwerden in der Narbe, die aus der Narbe hervorgehende Veranlagung zu sehr qualvollen Brüchen in der Bauchmuskulatur, die Schwäche des Unterleibs, die bei der Arbeit so stört und ähnliches mehr.

Wenn aber das alles von ihr einmal ertragen und erkannt ist, dann erklärt sie nachher kategorisch: „Nun will ich aber bestimmt kein Kind wieder haben. So etwas will ich nicht noch einmal durchmachen.“ Denn wenn sie so etwas drei- oder viermal durchmacht, kommt sie doch ebensooft in Lebensgefahr, und das ist kein schöner Gedanke.

Frau Schünemann hat einen glücklichen Keel zum Mann. Einen ausgesprochenen Nymphomanen mit einem durchaus gefährlichen Nervenstamm — noch vom Kriege her —. Es ist daher schon an sich dessen Eignung, gesunde Kinder in die Welt zu setzen, mit großem Zweifel zu betrachten. Uebergroße Liebe fesselt die Schünemanns auch nicht aneinander. Viel arbeiten tut der Papa Schünemann nicht, meistens muß das die Frau besorgen, und so unregelmäßig seine Einkünfte sind, so regelmäßig ist wenigstens die Tracht Prügel, die er seiner Frau jeden Sonntagabend verabfolgt, die er von sich geben muß, um den Verrger abzureagieren, den die Ungerechtigkeit der sozialen Weltordnung die ganze Woche hindurch in ihm aufgespeichert hat.

Bei Nichts befehlen, müßte der Staat froh darüber sein, wenn Herr Schünemann darauf verzichtet, sich fortzupflanzen, wenn die Volksgemeinschaft nicht um ein halb Dukend oder mehr ähnlicher Individuen, wie Herr Schünemann es ist, bereichert würde. Dessen Haupttätigkeit besteht darin, sich ganze Vormittage auf den Dienststellen der in Frage kommenden Wohlfahrtseinrichtungen rumzutreiben und von den Beamten Unmögliches zu verlangen. (Fortsetzung folgt.)

Rund um dem Erdball

Was steckt hinter der kanadischen Heuchlmaske?

Barbarische Strälingsarbeit in Kanada

Troßloses Schicksal der Auswanderer in kapitalistischen Ländern

Bestimmlich gebietet die Regierung von Kanada als Vollstreckung der Befehle englischer und amerikanischer Kapitalisten an denjenigen Kreisen, die am bitterlichsten vom imperialistischen Dumping leiden. Ein Vektor unterer Ordnung leidet und nun folgende guttural, die geradezu abstoßend gezeichnet ist, diesen Heuchlern die Waade vom Gesicht zu reißen.

Gedanken am Radio . . .

Als ich vor einigen Tagen am Radio saß, um die Presseberichte abzuhören, vernahm ich u. a. die Meldung von der kanadischen Regierungskampagne gegen die Sowjetunion. Als nun gar die Begründung des Boykotts folgte, hatte ich einen Kieferspaß, denn etwas Dämliches hätten die kanadischen Regierungsböden gar nicht ausfindig machen können, um sich wenigstens bei ihren eigenen „Untertanen“ zu blamieren. Um auch weiten deutschen Kreisen zu zeigen, mit welchem „Recht“ sich die anglo-kanadische Zwangsarbeiterkolonie gegen die sowjetrussische Einflucht wendet, erlaube ich, folgenden Briefauszug zu veröffentlichen:

Was mir einer der vier ausgewanderten Brüder schrieb:

Saskatoon, Kanada.

Mein lieber Otto! Kanada hat eben keine Eigentümlichkeiten und besteht darauf. Zu diesen „Eigentümlichkeiten“ gehört auch, daß viele tausende Arbeitslose herumlaufen und ihre gesparten Dollars dahinschwinden sehen. Es ist ganz klar, daß dabei manchem das Geld ausgeht, bevor der Winter zu Ende ist, der in diesem Lande sieben Monate lang andauert. Natürlich sucht dann so einer, seinen Hausleuten die eigene Hoffnung auf den baldigen Frühling einzupumpen, um auf diese Weise zu erlangen, daß ihnen Unterkunft im Hotel gegeben wird bis zur ersten Verdienstmöglichkeit. 75 Prozent aller Fälle mißlingt es, was auf zwei verschiedene Gründe zurückzuführen ist. Erstens wissen die Hausleute genau, daß der Winter hier lang ist, somit der Kredit unheimlich an sich willt, zweitens verbürgt der Frühling noch längst nicht für jedermann Verdienstmöglichkeit. Wird solch armem Teufel dann nicht seltenstes Vertrauen entgegengebracht, so kommt es häufig vor, daß er der Polizeistation als arbeitslos — und mittellos denunziert wird.

Und eines Tages erscheint der Policeman

Dann erscheint eines Tages ein Policeman und fordert

Eisenbahnkatastrophe in Frankreich

7 Todesopfer — Ueber 40 Verletzte

Paris, 20. März. Das furchtbare Eisenbahnunglück, das sich am Donnerstagabend bei Stampes auf der Strecke Paris-Verdun ereignete, hat nach den offiziellen Meldungen der französischen Eisenbahnbehörden sieben Todesopfer gefordert. Außerdem sind 40 Verletzte zu verzeichnen, darunter 12 Schwerverletzte, die ins Krankenhaus von Stampes gebracht wurden.

Als Ursache dieser furchtbaren Katastrophe wird gemeldet, daß einige hundert Meter vor der Station Stampes die zwei letzten Waggons des D-Zuges sowie der Speisewagen und der Salonwagen, die alle voll besetzt waren, plötzlich aus den Schienen sprangen und gegen einen leeren Vorortzug stießen. Die Kuppelungen rissen, so daß die ersten beiden Waggons des Schnellzuges erst hinter dem Bahnhof Stampes zum Halten gezwungen werden konnten.

Durch den ungeheuren Zusammenprall und die weit hin gellenden Schmerzens- und Hilferufe der verletzten Reisenden wurde sofort das gesamte Personal des Bahnhofes alarmiert. Die Unglücksstelle bot ein Bild größter Verwüstung. Furchtbare Schreckensszenen spielten sich im Dunkel der Nacht ab. Viele Reisende des Speisewagens waren zwischen den Trümmern eingeklemmt und konnten nur mit Hilfe von Schweißapparaten schwer verletzt befreit werden.

Dreifacher Giftmord

Auffeinerregende Verhaftung im westfälischen Kreise Arnberg

Arnberg, 20. März. In dem Dorf Althellefeld im westfälischen Kreise Arnberg fanden vor einiger Zeit unter verdächtigen Begleitumständen der Landwirt Ludwig Bönnert, dessen Sohn und ein weltläufiger Verwandter. Jetzt wurde seine Frau und ihr Vetter, der Landwirt Franz Bönnert unter dem dringenden Verdacht des Giftmordes verhaftet.

Die Leichen wurden inzwischen wieder ausgegraben, bei deren ärztlicher Untersuchung man feststellte, daß Ludwig Bönnert durch Arsenik, dessen Sohn und der Verwandte durch Kupferarsenid vergiftet wurden. Zwar befreiten beide Verhafteten vorläufig die Tat. Doch konnte inzwischen festgestellt werden, daß sich Franz Bönnert einige Zeit vor dem Ableben des Ludwig Bönnert bei einem Händler um die Beschaffung von Arsenik bemüht hat. Darüber zur Rede gestellt, erklärte Franz Bönnert, das Arsenik zur Tötung eines Hundes benutzt zu haben.

Schweres Autounglück bei Iserlohn

In Hemer fuhr eine Kraftdrolche von Iserlohn kommend, mit voller Wucht gegen einen Straßenbaum, wobei das Auto völlig zerstört wurde. Von den beiden Insassen des Wagens wurde der eine auf der Stelle getötet, und der zweite mit einem doppelten Schädelbruch dem Krankenhaus zugeführt.

den armen Teufel auf, mitzukommen. Man sieht dann in der Polizeistation, wo man bereits eine Menge Leidensgenossen antrifft. Nach einigen Tagen geht der Schub nach Prince Albert, wo sich das Zuchthaus befindet. Hier wird man dann zu 14 Tagen Arrest verurteilt und zu den verschiedensten Arbeiten, wie Straßenbau und Holzsägen, verurteilt.

Die „Strafe“ ist dafür erteilt, daß die Betroffenen nicht auf Farmen in den Busch (Waldarbeit im Norden) gingen, wo doch an allen Ecken fünfssprachige Plakate dazu auffordern. Auf diesen Farmen aber soll man arbeiten für die Kost oder man erhält lumpige 5 und 10 Pfund im Monat,

während die Unternehmer in den großen Wäldern etwa 30 Pfund monatlich zahlen. Allerdings für hunds-gemein schwere Arbeit, jenseits von Welt und Leben.

Bald droht auch mir Zwangsarbeit

Weil ich das „Glück“ hatte, lange Zeit arbeiten zu können, blieb ich bisher in der Stadt. Am Samstag nun ist aber auch meine Zeit um, d. h. ich bejahle aus meinen Ersparnissen für Kost und Logis solange im voraus. Dann bin aber auch ich völlig erledigt. Und draußen wartet der kanadische Winter. Einmal muß das Ende des Winters ja kommen, — aber wo werde ich dann sein?

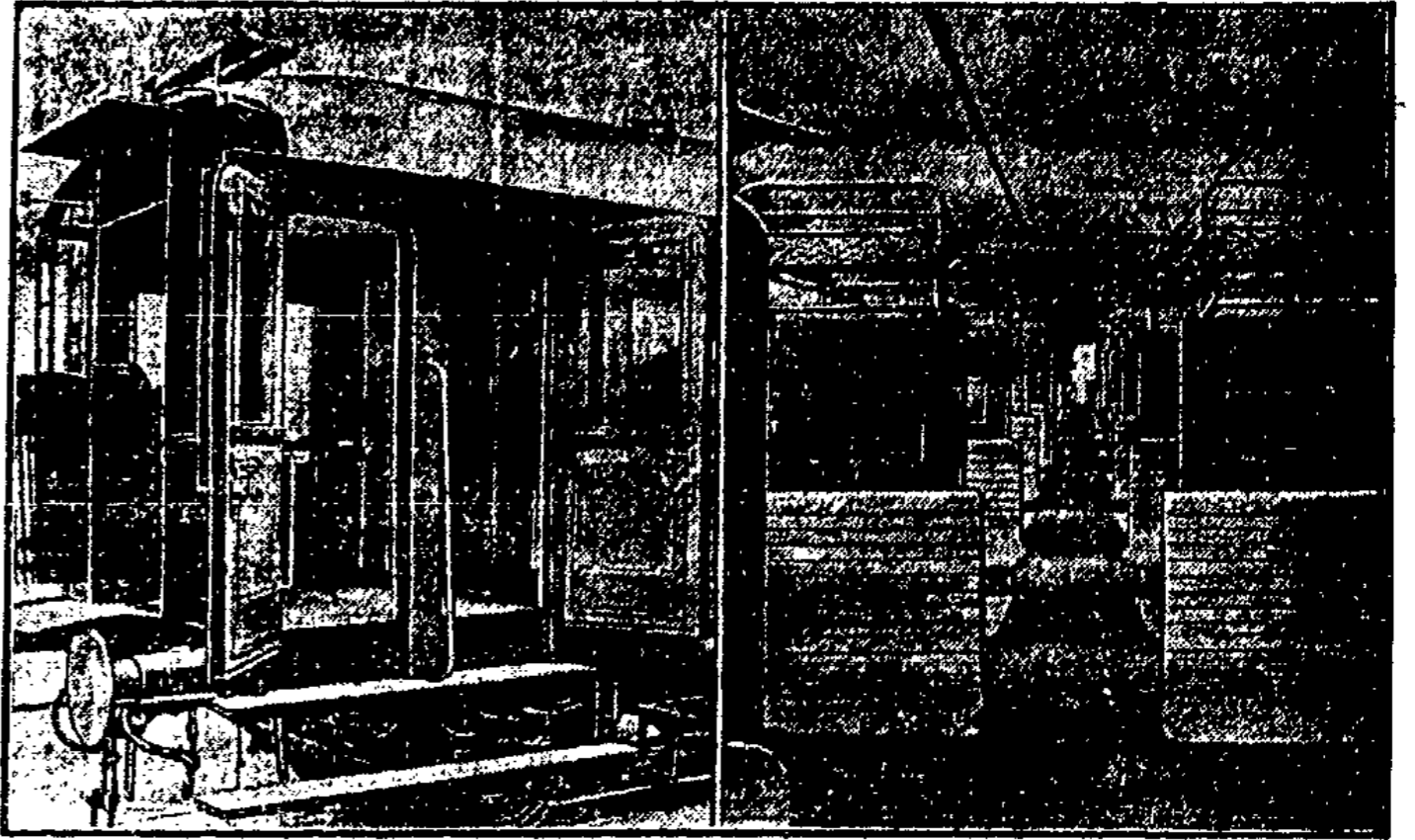
Es grüßt Dich

Dein Bruder Jirk.

Soweit der Brief eines kanadischen Auswanderers. Man vergleiche die Troßlosigkeit und Hoffnungslosigkeit, die aus diesem Briefe spricht, mit der Zuversicht und der Lebensfreudigkeit der Auswanderer, die angeblich in Sowjetrußland Strafarbeit leisten.

Mit 140 Stundenkilometer

Unser Bild zeigt den neuen Wagentyp, den die Reichsbahn für ihre Eil- und später auch für die Personenzüge einführen wird. Mittelgang (rechts), Übergänge von Wagen zu Wagen, Toiletten mit fließendem Wasser, bei der dritten Klasse an jedem Wagende zwei Türen (links). Die Vierachskonstruktion gibt stoßfreien Lauf, selbst bei dem 140-Kilometer-Tempo, das bei einer Versuchsfahrt für geladene Gäste auf der Strecke Potsdam-Magdeburg erreicht wurde.



So sehen sie aus, die Kämpfer gegen Kulturbolschewismus!

Der Pfaffe im Kuppelhotel

Hundsgemeiner Mißbrauch minderjähriger Mädchen

Nach einer Meldung unseres Bruderblattes für Elsaß-Lothringen, die „Humanität“, fand vor einiger Tagen vor der Strafkammer in Metz ein Kuppelprozeß statt, in dem ein streitbarer Kämpfer gegen den „Kulturbolschewismus“, also ein Pfaffe aus Metz als Zeuge auftrat und sagte, von dem bekannt wurde, daß ihm die angeklagten Kuppelrinnen regelmäßig minderjährige Mädchen zuführen mußten.

Vor dem Richter stand die Besitzerin eines Hotels und deren Mutter, die seit längerer Zeit ihre Zimmer minderjährigen Mädchen vermietet haben, die durch die herrschende Arbeitslosigkeit gezwungen wurden, ihren jungen Körper zu verkaufen. Doch nicht genug mit der Vermietung sorgten die beiden Angeklagten auch mit einem geraden „rührenden Eifer“ für ausreichende „Kundschaft“.

Unter den zur Klärung dieser echt kapitalistischen Affäre geladenen Zeugen, befand sich auch ein in Metz ansässiger Pfaffe, der sich regelmäßig in einem bestimmten Zimmer des Hotels einfand, und dort oft stundenlang wartete, bis ihm die angeklagten Kuppelmütter das „Gewünschte“ überbrachten. Dieses „Gewünschte“ waren aber stets minderjährige Mädchen, die sich, um nicht verhungern zu müssen, diesem Kämpfer gegen den „Kulturbolschewismus“ hingaben.

Wie nicht anders zu erwarten war, bemühte sich das Klassengericht, die Aussagen des Pfaffen nach Möglichkeit zu vertuschen. Den Herrschaften war es sichtlich peinlich, daß durch den gezeigten Zeugen der im kapitalistischen System so überaus

notwendige „Pfarrerstand diskreditiert“ wurde. Alles in allem warf dieser Kuppelprozeß wieder einmal ein grelles Schlaglicht auf die christlich-kapitalistischen „Kulturhüter“, die sich gerade in diesen Wochen wieder von Kampfer gegenüber dem „Kulturbolschewismus“ überschlagen.

Wirbelsturmkatastrophe in Oklahoma

3 Todesopfer — 127 Schulkinder in Lebensgefahr

London, 20. März. Nach einer Meldung aus New York wurde die Stadt Clinton im amerikanischen Staate Oklahoma von einem furchtbaren Wirbelsturm heimgesucht. Drei Personen wurden durch umherfliegende Trümmer getötet, 18 verletzt, 6 von ihnen lebensgefährlich. 127 Schulkinder entkamen mit knapper Not dem Tode. Ein Teil der Stadt wurde durch den Sturm verheert.

Vier Skifahrer im Riesengebirge vermißt

Nach einer Breslauer Meldung werden vier Skifahrer im Riesengebirge seit zwei Tagen vermißt. Es handelt sich um eine Gruppe, die von Schreiberhau aus eine Tour unternahm, von der man bis zur Stunde noch keine weitere Nachricht erhalten konnte.

Deutsche Arbeiter aus der Sowjetunion

Mit stiller, aber zäher Willenskraft arbeitet der Russe . . .

Leningrad, 26. Februar 1931.

Liebe Genossen! Endlich nach einem halben Jahre meines Hierseins in der Sowjetunion komme ich dazu, euch einige Zeilen zu schreiben. Aber jetzt werde ich dazu übergehen, mit euch in regelmäßigen Briefverkehr einzutreten. Ich werde euch von zehn zu zehn Tagen einen Bericht über verschiedene Fragen senden. Andererseits bitte ich euch, Berichte über Parteibewegung fortlaufend zu senden.

Wir sind hier 80 Mann. Gearbeitet wird in einem Werk, welches Schaltgeräte, wie die AEG-Berlin-Oberhöhenweide herstellt. Der Betrieb ist ein alter deutscher Betrieb, früher Siemens-Schuckert. Bei der Übernahme der Fabrik durch die Arbeiter waren hier ca. 200 Mann. Heute sind es ungefähr 5000 Arbeiter und Angehörige. Unsere Produktionserfolge: im ersten Jahr des Fünfjahresplanes für 5 Millionen Rubel, im zweiten Jahre für 27 Millionen Rubel, und das dritte Jahr stellt uns die Aufgabe, die Produktion auf 38 Millionen zu steigern. Man fragt sich, wie ist das möglich? Man muß den Russen kennen gelernt haben. Mit einer

stillen, aber zähen Willenskraft unter Hintanlegung seiner Person wird dieses Programm erledigt.

Kun wie wir leben. Gehungert haben wir noch nicht, wenn auch hier und da mal Ernährungschwierigkeiten waren. Verdient wird, da wir keine besonderen Verdäge haben, 200 bis 320 Rubel im Monat. Wir wohnen 29 Kilometer von Leningrad in einem früheren Bourgeoisviertel, das in der Vorkriegszeit kein Arbeiter betreten durfte. Unsere tägliche Abendunterhaltung setzt sich aus Sprachkursen, Politikursen, Vorträgen und Versammlungen zusammen. Am 8. März eröffnen wir unser Kinderheim. Errichtet aus dem Grunde, damit sich unsere Frauen noch aktiver an der Arbeit beteiligen können. Anfang Januar fanden die Wahlen zum Sowjet statt.

Wir stellten als Deutsche zwei Deputierte und einen Kandidaten auf. Es war das erste Mal in der Geschichte Rußlands, daß Deutsche in den Sowjet gewählt wurden. Ein Teil der Genossen bekleiden Funktionen in dieser oder jener Funktion. Aus all dem sieht man, daß der ausländische Arbeiter als gleichberechtigter Bürger des ersten Arbeiterlandes der Welt angesehen wird.

Für heute genug. Es war nichts Neues, sondern nur eine Bestätigung altbekannter Tatsachen. Das nächste Mal mehr über die allgemeine Lage der Union und die Aussichten für das dritte Jahr des Fünfjahresplanes.

Mit „Rot Front“ Erich Schönherr und Familie
Leningrad WO 24, Werk Elektroapparat

PROLETARISCHES FEUILLETON

Der 18. März in Paris

„Der Aufstand hat an allen Punkten fast kampflos gestiftet zufolge des Verzagens der Armes, des Einverständnisses eines Teiles der Nationalgarde und der Gleichgültigkeit des anderen Teils.“

„Le Temps“, 19. März 1871.

Die ersten Zeichen

Am Abend des 16. März hielt das Zentralkomitee der Nationalgarde eine Versammlung unter freiem Himmel ab, zu der nur die Nationalgarde Zutritt hatte. In dieser Versammlung wurden die Generale Vinoy und de Paladine sowie alle übrigen Offiziere abgesetzt und zugleich beschlossen, die Wähler zusammenzurufen und die Ernennung Garibaldi zum Chef der National-



PARIS.

Je veux que votre Liberté soit d'abord à moi défendu.

Paris und Versailles.

„Ich will frei sein, das ist mein Recht, ich verteidige mich.“

garde und seines Sohnes Menotti zum Chef des Generalstabes zu bestätigen. Auf diese Nachricht hin feuerte eine Batterie auf Montmartre einen Salut ab und zog neben der Trifolore die rote Fahne auf. Die Regierung ließ 400 Personen verhaften, die am Morgen des 18. März von der Nationalgarde befreit wurden.

Thiers Pläne

Ueber die Ereignisse am 18. März und über die vorhergehenden Pläne der Regierung schrieb Elie Reclus, während der Kommune Direktor der Nationalbibliothek, in seinem Tagebuch unter dem 20. März 1871: „Der Staatsstreich, den Thiers und seine Komplizen von langer Hand vorbereitet hatten, der Staatsstreich, den man dunkel und heimlich herannahen fühlte, ist endlich zum Ausbruch gekommen und gescheitert.“

Man hat in den Ministerien die zwischen Thiers und Favre, zwischen dem Kriegsminister und dem Polizeipräsidenten, zwischen dem ehrenwerten Jules Favre und dem ehrenwerten Jules Ferry gewechselten Telegramme gefunden.“ Wir bringen hier einige Auszüge:

„Vive la Commune“

Von Pottier

Man schoß sie mit Kartätschen tot aus Mitrailleusegeschützen und schleppte ihr Banner durch den Rot. Blut dampfte in Tälern und Gründen. Da paradierten die Helden des Volks als siegreiche Paladine... Doch nichts hält auf der Dinge Verlauf, denn sie ist nicht tot, die Kommune!

Wie haben die Schütten so emsig gemüht! Sie schlugen die Köpfe wie Äpfel herab. Die braven Versailer, von Mordlust geblüht, stampften an hunderttausend ins Grab. Ja, hunderttausend! Nie sah die Welt eine größere Martyrbühne... Doch nichts hält auf der Dinge Verlauf, denn sie ist nicht tot, die Kommune!

Wohl küßelten sie Berlin, Florens, Duval, Milliere, Ferré, Regault, Tony Moilin, die Kämpfer für Recht und Ehre. Sie glaubten, ein tüchtiger Überlach sei Rettung zugleich und Erlöse... Doch nichts hält auf der Dinge Verlauf, denn sie ist nicht tot, die Kommune!

Ja, wir sind noch kerngesund und robust, wenn auch unsere Besten gefallen, und lassen erst recht nun aus voller Brust das „Vive la Commune!“ erschallen. Doch die ihr das Volk verraten habt, daß es eure Schandtaten lähne, ha, seht ihr noch nichts? Tag des Gerichts! Sie ist nicht tot, die Kommune!

Thiers an Vinoy und an den Kriegsminister in Paris: „Was die Besatzungen anbetrifft, so können Sie beruhigt sein; Sie bekommen zwei Kolonnen... Legen Sie die Soldaten nicht mitten unter die Bevölkerung, bringen Sie sie in der Militärschule, auf dem Marsfeld, bei den Invaliden und in den sorgfältig abgesperrten Tuileries unter... Indem wir nach und nach mit den alten Truppen die geräumten Posten wieder besetzen, werden wir Paris allmählich zurückerobern.“

Thiers an Vinoy: „Jules Favre muß sich mit Bismarck dahin verständigen, daß die deutschen Städte dem raschen Durchmarsch unserer Truppen durch die von ihnen besetzten Gebiete keine Hindernisse in den Weg legen. Die Truppen führen pro Mann 90 Patronen und drei Tagesrationen mit. Lassen Sie rechtzeitig sämtliche Bahnhöfe durch vorläufige Bataillone der Nationalgarde besetzen.“

Thiers an den Kriegsminister in Paris: „Geben Sie gut acht, wenn die Truppen eintreffen, stellen Sie die Stimmung fest. Behandeln Sie sie so gut wie möglich, was es auch koste. Quartieren Sie sie so ein, daß die Brigaden beisammen bleiben. Die Truppen, von denen Sie den Eindruck haben, sie wären hinter Mauern besser aufgehoben, schicken Sie in die Forts...“ „Schließen Sie mit den Preußen das Flintengeschäft ab, von dem Sie mit Mittlung gemacht haben, aber geben Sie auf die Qualität und auf den Preis acht. Wir wollen uns noch auf keinen Kampf einlassen. Jeder Tag, der verstreicht, ist für uns ein Gewinn und für sie ein Verlust...“

Der Handstreich

Die Stadt lag im Dunkel da, in Schlaf versunken. Da sahen die spärlichen Passanten bewaffnete Massen durch die Straßen marschieren. Hier und dort funkelten Bajonette auf, in kurzen Abständen hörte man Säbel klirren, hörte den Lärm fahrender Geschütze, das dumpfe Getrappel marschierender Infanterie und auf dem Pflaster das hallende Aufschlagen der Pferdehufe, ferne Kavalladen. „Was bedeutet dieses Marschieren? Eine Truppenverschiebung, ohne Zweifel... Die Garnison eines Forts wird in ein anderes verlegt, oder die Truppen übersiedeln von Paris nach Versailles.“ Die wenigen Zuschauer riefen einander diese Fragen und Antworten zu, schüttelten vielleicht den Kopf und gingen dann ihres Weges.

Die Truppen sollten gewaltsam die verschiedenen strategisch wichtigen Punkte der Stadt besetzen. Vinoy waren sie seit dem Dezember 1851 wohl bekannt und ebenso seinen Offizieren, die schon seit langem keine anderen Sorgen mehr gehabt hatten, als die Kriegführung gegen die Beduinen und vor allem gegen die Pariser zu studieren. Das Gros der Kräfte wurde gegen die Artilleriepark der Nationalgarde in Belleville, auf dem Bastilleplatz und auf dem Place des Vosges dirigiert. Gegen drei Uhr morgens wurden die wenigen Posten, die die Kanonen auf dem Montmartre bewachen und in ihrer langweiligen Einsamkeit auf- und abschliefen oder schlummernd in ihren Wachtstuben lagen, plötzlich aufgerüttelt. Stadtpolizisten, verkleidet als Linienkavallerie, stürzten sich mit geschwungenen Degen, Bajonetten und Totschlägern auf sie: „Ergebt euch!“ Hinter ihnen türmte eine bewaffnete Menge einher, erkletterte die Barrikaden, bemächtigt sich der Kanonen und richtete sie gegen die Posten. „Ergebt euch! Ergibt euch!“ Um vier und fünf Uhr morgens hatte der Handstreich bereits an sämtlichen Punkten gesiegt, sämtliche Kanonen waren im Besitz der Angreifer, 400 bis 500 Gefangene waren ihnen in die Hände gefallen, und die ganze Geschichte hatte nur einige Tote und Verwundete gekostet. Auf den Plätzen und Straßenecken schlug man bereits eine wortreiche Proklamation Herrn Thiers' an, die den erstaunten Bourgeois verfluchte, daß die Macht wieder bei den Götzen sei, daß die Gerechtigkeit gestiftet habe, daß die braven Bürger sich beruhigen sollten, und zittern mögen die Bösewichte, die Plünderer und Kommunisten!

Die verfrühte Siegesdepesche

Über das alles konnte nicht ohne Lärm vonstatten gehen, ohne daß zwei Drittel der überrumpelten Nationalgardisten in der Finsternis durch die Seitengassen entwichen, durch sämtliche Stadtviertel schwärmten und ihre Kameraden zu den Waffen riefen! Sie alarmierten die über die ganze Stadt verstreuten Posten, mit Kolbenstöcken pochten sie an die Fenster und Türen, an die Läden der Geschäfte. Sie ließen die Sturmglode läuten. Hier und dort wird an einer einzelnen Stelle der Generalmarsch geschlagen, dann bricht er an vielen anderen Stellen los, verdrängt sich: sein immer heftiger tobender Lärm bringt schnell die Menschen auf die Beine.

Vinoy hatte bereits eine Siegesdepesche an Thiers geschickt. Seine Obersten und Generale ließen die eroberten Positionen

umzingeln, die Geschütze wurden eines nach dem andern heruntergeholt und auf dem äußeren Boulevard an den Ausgängen der wichtigsten Straßen aufgesperrt, Patrouillen zu Fuß und zu Pferd besetzten von Posten zu Posten.

Die Kommunisten siegen

Der Morgen ist da. Nun sieht man Scharen bewaffneter und unbewaffneter Menschen wie Ameisen aus ihren unterirdischen Gängen hervorwimmeln: sie reißen die Patrouillen mit sich fort, sie umringen die Posten, die sich, eingezwängt in die Masse, nicht mehr rühren können. „Wie, Soldaten, Brüder, Söhne des Volkes, ihr massakriert uns auf Befehl eurer Schandgenerale? Wie, ihr wollt uns niederstrecken, nachdem uns die Preußen bombardiert haben?“ Überall drehen die Soldaten



Nationalgarde.

zur Antwort die Kolben um, man umarmt sich, man verbrüder sich, man jubelt. Wütend entzieht ein Leutnant einem seiner Soldaten das Gewehr: „Ferglinge und Verräter, schießt!“ ruft er und feuert in die Menge. Sogleich stürzt er, von mehreren Kugeln durchbohrt, selber zu Boden. General Lecomte will gleichfalls die Moral seiner Truppen heben. Er befiehlt, in die Menge zu schießen, aber seine Soldaten drängen ihn mit Kolbenstöcken zurück, er wird den Nationalgardisten ausgeliefert, die ihn gefangen fortführen. Ein Stabsoffizier ruft: „Vorwärts, gegen die Kanaille!“ und lenkt sein Pferd in die Massen, das arme Tier aber fällt, von zahlreichen Bajonetten durchbohrt, zu Boden, um nie mehr aufzustehen, und während der Reiter verschwindet, wird es in 100 Stücke zerschnitten, die die Hausfrauen davonschleppen. General Paturots wird verwundet, General Clément Thomas, früherer Kommandant der Nationalgardien von Paris, Trochu's zweites Ich, Vinoy's Vertrauensmann, Thiers' Stiefelknecht, geht, in Zivil verkleidet, mit besorgter und geschäftiger Miene von Gruppe zu Gruppe.

Thomas war einmal einer der Helden der Junischlacht gewesen — natürlich auf Seiten der Ordnungspartei. Man erkennt ihn, man bemächtigt sich seiner, und er kommt zu derselben Verteilung wie General Lecomte. Dort bleibt er nicht lange. Schnell verbreitet sich die Nachricht von seiner Verhaftung: „Man wird ihn entlassen lassen!“ Die Menge türmt das Wachholz: „Wir sind die Volksgenossen; wir verurteilen Lecomte und Clément Thomas zum Tode, in fünf Minuten müssen sie sterben.“ Gesagt, getan. Sie werden in einen Garten geführt, gegen die Mauer gestellt und erschossen. Der frühere Oberkommandierende der Nationalgarde fällt unter den Kugeln von zehn Nationalgardisten, General Lecomte unter den Kugeln seiner Soldaten.

Die Sturmflut der Massen hatte die hohen Aberschwemmen und alle Hindernisse mit sich fortgerissen; jetzt ergossen sich ihre Wogen über die Ebene und schlugen an die Tore des Stadthauses, der Ministerien, der öffentlichen Gebäude. Der Eintritt war nicht schwer zu erzwingen. Die Würdenträger, die hohen Beamten waren schon längst mit ihren Portefeuilles geflüchtet.“

(Wieder nach Text aus der berühmten im „Neuen Deutschen Verlag“ erschienenen „Wahrheiten Geschichte der Pariser Kommune“.)

Jenny Marx über die Kommune

Ein unveröffentlichter Brief an Kugelmann

Der folgende Brief von Jenny Marx, der Frau von Karl Marx, an den Arzt Dr. Kugelmann in Hannover, einen der besten Freunde von Marx und Engels, ist bisher unbekannt. Sie entnimmt ihn dem Anhang der in der „Sozialistischen Weltanschauung“ erschienenen Volksschau von Rosa Luxemburg, des Kommunisten, Bert: „Der Pariser Kommunismus“. Der Brief wurde in den letzten Tagen des Selbstmordes der Kommune geschrieben.

Meine lieben Freunde, vergehen Sie mein Stillschweigen... Ich bekenne jedoch, daß ich nicht einmal zum Schreiben Energie genug hatte; mein Mut ist dahin. Ich kann es nicht ertragen, ruhig sitzen zu müssen, während die Tapfersten und Besten auf Befehl dieses blutdürstigen Clowns Thiers massakriert werden, dieses Thiers, dem es mit seinen Horden berufsamtlicher Mordmörder nimmer gelingen würde, die rebellischen Pariser Bürger zu besetzen, wenn er nicht die Hilfe der preussischen Verbündeten fände, die sich in ihrer Polizeierolle noch prokrastinieren scheinen.

Selbst die Londoner Presse, die, ihrer ehrenwerten Mission getreu, das Außerste zur Verleumdung der Proletarier von

Paris getan hat, muß jetzt anerkennen, daß niemals Menschen so tapfer und lähm für ein Prinzip gekämpft haben... Eine große Zahl unserer Freunde nehmen an der Kommune teil. Einige sind bereits als Opfer der Versailer Schlächter gefallen. Gustave Florens wurde eben ermordet. Er ist nicht im Kampfe gefallen, sondern das Haus, in dem sich sein Hauptquartier befand, wurde den Gendarmen von einem Spion bezogen, es wurde umzingelt und er ermordet. Ich denke daran, daß es erst ein Jahr her ist, als wir mit ihm nach Hampstead wanderten und darüber diskutierten, was für die irischen Gefangenen geschehen könne. Die Briefe O'Donovan Rossas, die ich nicht überlebte, hat Florens überlebt. Ich höre noch seine Stimme, als er sagte: „Je vous le promets, je ferai tout pour O'D. Rossa.“ (Ich verspreche Ihnen, alles für O.D. Rossa zu tun.) Er war bereit, sein Leben für die Befreiung der Fenier hinzugeben...

Vom Jenny Marx.

Die Gruppen

Wir sind jetzt in die Wochen gekommen. Als neueste dieser Erregungsdienste läuft gegenwärtig die Reichs-Handwerker-Tagung, in der presently mit viel schönen Reden verhandelt wird, die wirtschaftliche Formalmassnahme des Handwerks aufzuhalten. Da Herr Dr. von der Goltz das Direktorat über diese Veranstaltung übernommen hat, glauben die braven Innungsämter, daß nun wieder solche Seiten für sie anbrechen werden. Aber genau so wenig mit anderen Seiten für die Wirtschaft „angeknüpelt“ werden konnte, wenn die gesamte Volkswirtschaft sich mit hundertfachen Leistungen am Tag beschäftigen — so wenig kann im Zeitalter der Technik mit Handarbeit eine kleinteilige rüchtländliche Produktionsform auf die Dauer gehandhabt werden. Rückständig ist aber nicht nur der Handwerkerstand, sondern überhaupt die Weltwirtschaftslage der biedereren Volkswirtschaft. Wenn man sich etwa die platten Erzählungen betrachtet, die der Vorsitzende der Breslauer Innungen, Herr Valermeister Streit, bei der Eröffnungssitzung am letzten Sonntag angedeutet hat, ohne daß ihm aus der Verlesung dröhnendes Gelächter entgegenkam, so muß man schon sagen, das könnte höchstens von W.D. Brückner auf noch nationalere Weise gesagt werden. Nach dem Generalsekretär des Innungsamts ist Herr Brückner so etwas wie das Haupt einer sozialistischen Regierung und sein „Motto“ gegen das „Mittel“ wäre etwas, was die Handwerker nicht mehr länger mit anderen könnten. Aber trotz dieser Brückner'schen Offenheit gegen das Kapital würde das Handwerk nicht untergehen — so verkündete Herr Streit am Schluß der Versammlung — denn das deutsche Handwerk sei mit der Scholle aufs innigste verbunden, würde einer an! Jetzt kommen sogar schon die Dienstgeber und die Vätermeister mit dem Schellen geruch. Da könnte man machen. Eins aber ist gewiß: solche Männer wie Herr Valermeister Streit beschleunigen nach dem Tempo des Aussterbens des Handwerks. Denn ihre wirtschaftliche Einseitigkeit ist die von Emdorff. Herr Streit kann man nur juristischer Meister, wärst du lieber bei deinem Pinkef geblieben!

Eine wie heilige und unantastbare Institution die bürgerliche Ehe ist, das wird uns alle Tage aufs neue von den christlichen Blättern aller Branchen in die Ohren geschrien, weil wir bösen Kulturhelferinnen so störrisch sind und nicht aufhören, über die „Ehe“ heranzufahren. Die Ehe ist die Basis des bürgerlichen Lebens zu sein. Wie recht wir damit haben, das beweist ein kurzes Interim in den so bieder-christlichen „Breslauer Neuesten Nachrichten“ vom letzten Sonntag. Dort hieß es:

Einem Lebensgefährten für nur 8 Mark täglich Porto ohne weitere Ankosten nach Ihren eigenen Wünschen und Angaben besorgt Ihnen aus allen, auch den ersten Gesellschaftsschichten, unsere neuartige Organisation. — Nachdruck: „Hör“, „Aufgabe“, Berlin-Friedenau 1.

Also, ein richtiger Handel mit Lebensgefährten wird hier betrieben. Pro Stück kostet so ein Lebensgefährte bloß 8 Eier netto Porto, und da dürfte das Geschäft wohl blühen. Ja, so heilig ist die christliche Ehe! Die Partner werden nach Maß „bestellt“, wie man sonst einen Sack Getreide bestellt, und wenn du deinen Obulus von 8 Mark auf den Tisch des „Inkognito-Bros“ setzt, hast kriegt du umgehend vielleicht ein Mutter ohne Wert seinen Lebensgefährten zugesichert, und das christliche Eheleben kann beginnen. Das Wort: „Ehen werden im Himmel geschlossen“ ist völlig außer Kurs gelangt: hier werden Ehen für 8 Reichsmark pro Stück im Interim der christlichen „Ehen-Verkauf“ geschlossen. Porto ist befreit, die Ehen werden beim Eheleben!

Am das Jubiläum der Abtötung in Oberschlesien sind sich die Parteien der verschiedenen Schattierungen arg in die Haare gefahren, und zwar durch die Tapferkeit des glücklichen Bürgermeisters Dr. Goldschmidt. Der wollte nämlich zu der Feier überhaupt nur polenfreundlichen zuzulassen, was aber natürlich die schwerfälligen Parteiführer nicht bestimmten. Wilhelm's schwarze Demagogie hätte sie vielleicht noch abgerufen — aber gleich die Hölle! Ne, das ließen sich die aufrechten Republikaner denn doch nicht anmerken. Deshalb hat ja die Reichsbanner-Schau schon seit Wochen mit umgehängten Fahnen und Spaten herum und General Hering meint doch, das ist Kampf gegen den Reichsmusik. Und so haben sich die Freiheitlerarmee und umliegenden Parteien schweren Herzens entschlossen, einen eigenen Feiern auszuweisen, bei dem aber die Präsenz genau so bombastisch sein werden, wie bei der alldeutschen Hölle Konkurrenz. Denn auf die Höhe kommt es ja nicht so sehr an, sondern auf das, was unter dem Reichsbanner steht — und das ist bei allen „Freiwilligen“.

Die Geschichte „Elektronen“ hat folgende kurze Zusammenfassung aus einer Breslauer Tageszeitung aufgegriffen:

Prozessgruppe ehem. Selbstschaffers. Monatsversammlung am 5 März 1931 in Beitzke, Tschentzstraße.

Es ist noch einmal, daß der Wehrgeist in der Provinz ausgebrochen ist. Schon die Wehr der letzten „Wachposten“ fühlen sich als „Kriegsangehörige“. So können die können weißen Uniformen nicht verzichten. Es ist wohl auch eine „Männergruppe“ ehemaliger „Kriegsangehöriger“ sein mag? In Breslauer Vereinsleben ist kein Ding unmöglich!

Arbeitersport-Vorschau

Arbeitersport in Briesg. Am kommenden Sonntag kämpfen VSB und SV-Breslauer um die Punkte. Das Spiel steigt 10.30 Uhr auf dem Stadion. Man darf gespannt sein, ob Spielvereinigung mit im Vorzuge den Wehrer schlagen wird. Vorher, am 9 Uhr, spielen Spielvereinigung II gegen VSB. II. Auf dem Holzmarkt: Spielvereinigung III gegen VSB. III und Spielvereinigung Jugend gegen VSB. Jugend. Am Nachmittag Werberveranstaltung im „Sport“.

Breslauer Arbeiter-Rad- und Kraftfahrer.
22. März Vereinstour nach Schmöllz, Start 14 Uhr bei Klantschützstraße 7. Jugendabteilung: 22. März 10 Uhr Generalsprobe zur Jugend-Werberfeier im „Vergleichen“, nachmittags nehmen wir an der Vereinstour teil. Motorradfahrerabteilung: 22. März Ausfahrt nach Jahn-Striegelmühle, Start zur „Schönen Aussicht“, Start 13 Uhr am Bienenbrun, Friedrich-Wilhelm-Str. 22.

Breslau und Gleiwitz funkten:

Woche des Handwerks

1. Die „Reichsmode des Handwerks“, in deren Dienst sich alle Handwerker Deutschlands stellten, brachte alles mögliche, nur seinen authentischen Bericht über die wahre Lage des Handwerks, das einst „goldenen Boden“ hatte. Nicht ein einziger der zahllosen Vorträge beschäftigte sich mit der wachsenden Proletariatsierung der Handwerker, niemand bedachte die Ursachen für diese unheilvolle Tatsache auf. Nach der Wahl der Redner zu urteilen, legte man auch nicht den geringsten Wert darauf, den Handwerkerstand von heute ungeschminkt zu zeigen. Der Stadtrat Unterberger, der über „Handwerk und Volksgemeinschaft“ sprach, brachte nichts Hörenswertes, der am Dienstag folgende Vortrag über den „Aufstieg der Begabten im Handwerk“ (Max Streit) verhielt uns als offene Propaganda für die kapitalistischen Wirtschaftselange. Und auch sämtliche anderen Vorträge kamen aus einem Topf....

Die „Woche des Handwerks“ war eine Platte, ein Verfall! Es ist erinnerlich, daß die Breslauer Ortsgruppe des „FVDB“ einen Antrag an die Intendantur der Schlesischen Funkstunde gerichtet hatte, der forderte, daß in einer der aktuellen Stunden der vergangenen Woche über die „Pariser Kommune“ gesprochen würde. Am Dienstag um 18.30 Uhr hielt Gab M. Lippmann eine Rundschau über aktuelle Ereignisse, in diesem Zusammenhang behandelte er — wenn auch nur kurz — die Pariser Kommune. Wir vermerken es anerkennend, daß die Intendantur diese fortschrittliche Forderung des FVDB akzeptiert hat, müssen aber bemerken, daß das, was Lippmann sagte, keine ausreichende Auseinandersetzung mit diesem Thema ist. Zum Beispiel brachte er kein Wort

über Russland, über die beständige Fortsetzung des Kommunegedankens, er verzichtete ebenfalls, den Gedanken der Weltkommune überhaupt nur zu streifen. Erst eine positive Anerkennung der Kommune, des Kommunegedankens, hätte der Veranstaltung Wert gegeben. Auf jeden Fall anzuerkennen wir den Versuch!

Unsympathischer, hypernationalistischer Stamme! **Sehnsucht nach der Abstimmung**, die Pleite-Morgenveranstaltung im Schulfunk. Singlang der ober-schlesischen Schüler, Sprechchöre von Vaterlandstreue — es ist Standard, daß man schon die Schüler mit hundertprozentig nationalistischen Phrasen verheut. Man sollte in den Schulfunkstunden lieber mal etwas von dem sowjetrussischen Schulsystem erzählen!

(Arbeiterkorrespondenz Wroslaw.)

Es ist im Interesse der Aufklärung des Proletariats über den bürgerlichen Rundfunk notwendig, daß jeder nach-mögliche Arbeiter der Opfer die Darstellungen des Moskauer Gewerkschaftsverbandes zu Gehör bekommt. Erst dann kann er den Unterschied zwischen dem Rundfunk im kapitalistischen und sozialistischen Staat kennen lernen! Der „Freie Radiobund“ hat es sich zur Aufgabe gemacht, in bestimmten Zeitabständen regelmäßig Moskauer Hörer zu veranstalten. Erst am vergangenen Sonnabend gelang es einigen Technikern im Rahmen des Basteiabends Wroslaw vollständig einwandfrei zu empfangen. Der rote Sender brachte Auszüge aus den Akten des Industriepartiprozesses. Das war ein anderer Ton, als der, in dem die bürgerliche Presse haulte, das war ein Gebiet, das jeden Arbeiter fesselte!

Rundfunk-Programm

Gleichbleibendes Werktags-Programm. 11.15 u. 12.35: Wetter. Zeit, Wetterbericht. 11.35: Schallplatten. 12.35: Wetter. 12.55: Nauener Zeit. 13.10: Schallplatten. 13.35: Zeit, Wetter, Börse, Viehle. 13.50: Schallplatten. 14.50: Schallplatten. 15.10: Landw. Preisbericht, Börse, Presse. ca. 19 und 20: Landwirtschaft und Wetter. ca. 22: Zeit, Wetter, Sport, Viehle, Programm.

Samstag, 22. März.

8.15: Morgensonnter auf Schallplatten.
9.15: Glodengeläut der Christuskirche.
9.30: Morgensonnter auf Schallplatten.
11.00: Evangelische Morgenfeier. Anspr.: Pfarrer Sillchen.
12.00: Berlin: Mittagskonzert der Kapelle Warel Weh.
14.00: Mittagsbericht.
14.10: Kästelfunk.
14.20: Schachfunk.
14.35: Gereimtes — Ungereimtes.
14.50: John Minuten Laurent-Lunde.
15.00: John Minuten für die Kamera. Photo-graphie auf der Leipziger Messe.
15.10: Was der Landwirt wissen muß! Zeit ist Geld!
15.25: Unterhaltungskonzert der Funkkapelle.
16.00: Abtötungsabendkonzert der Vereinigten Verbände heimattreuer Ober-schlesier im Stadion Weuthen: Ewigenrede Reichskonzert Dr. Brüning. Mitw.: Vereinigte Männergesangsvereine, Stadt, Orchester, Weuthener Schüler-Sprechchor.
17.00: Prof. Dr. J. Schiff: Befehnis zu Goethe.
17.25: Unterhaltungskonzert der Funkkapelle. Mitw.: Ada Sorel.
18.30: Frau und Buch. Ein Dreigespräch zwischen Hanni Stein-Gerstel, A. Mirbt, A. Runge.
19.00: J. Bab: Vom Geist des Bürgertums.
19.2: Wetter anshl.: Cellonkonzert. Beate Reichert, am Flügel Erwin Popelwisch.
19.50: Friedrich Castele der Wilhelm Vult, Tierfabrik u. a.
20.30: Musikalische Chronik aus Ischl, Städten. Mitw.: Breslauer Fernstudium und Mitalieder der Funkkapelle.
22.30: Zeit, Wetter, Presse, Sport, Programmänderungen.
23.30: Berlin: Tanzmusik des Fred Bird-Tanzorchesters.

Montag, 23. März.

9.05: Schulfunk: Kästel des Vogelzuges und ihre Erforschung.
15.20: F. Reinhold: Musikgeschichtliche Kuriosa.
15.45: Das Buch des Tages: Philosophie und Reibeffel.
16.00: Der Farbiert von Sevilla. Oper von Rossini. (Schallplatten) ca. 17.10: Dr. W. Wild: Kulturfragen der Gegenwart.
17.20: Dr. S. Magle: Musikwirtschaftslehre.
17.45: Das wird Sie interessieren! (Die Art der Veranstaltung wird durch Durchsage bekanntgegeben.)
18.10: Französisch.
18.25: Englisch.
ca. 18.45: Abendmusik der Funkkapelle.
ca. 19.35: Dr. S. Magle: Gesellschaft und musikalische Formwandlungen.
20.00: Berlin: Offenbach-Jahns: Pariser Leben. Romische Operette von J. Offenbach.
23.10: Funktionärer Briefkasten.
23.20: Intendant Dr. C. Weber: Aufführungen der Schilf. Bühne.

Dienstag, 24. März.

12.35: Dipl.-Landwirt B. Schmolze: Die Raiffrage in der Landwirtschaft.
15.20: Kinderfunk: Nur ein Teiler.
15.45: Das Buch des Tages: Filmhäuser.
16.00: Neue Musik aus Österreich.
16.45: Landgerichtspräsident Dr. Robn: Rechtsfälle des täglichen Lebens. ca. 17.20: Erich Landsberg: Gespräch mit der Frau Wilda.
17.35: Schilfliches auf Schallplatten.
ca. 18.05: Dr. S. Magle: Gesellschaft und musikalische Formwandlungen.
ca. 18.35: Letztere Abendmusik auf Schallplatten.
19.00: Eva Brodowski: Bedeutung der Arbeitersport für die Frau.
19.30: Oberschlesische Kette. Ein Berliner Journalist führt durch O.S.
20.00: Die letzten zehn Jahre. Gegenwarts-Geschichte. — Die Konferenzen der Jahre 1921-22. London, Cannes, Genoa-Rapallo. ca. 21.10: Duo für zwei Geigen. E. Grabe und Sr. Janz.
21.35: Schließen das das Wort. Hermann Stehr spricht.
22.25: Rohlfenkonkurrenz: Feiern von Rundfunkführern.
22.40: Mitteilungen des Verbandes Schilflicher Rundfunkführer.
22.45: Rotterfaktus für Kurzwellenamateur.

Mittwoch, 25. März.
12.35: Oberlandwirtschaftsminister Meisel: Die Umstellung ober-schlesischer bäuerlicher Wirtschaften.
15.20: Gleichw.: Vorkundung: Aus „Jupp Brand“ von O. Brägel.
15.45: Gleichw.: Zur Unterhaltung. S. Gerbard. H. Raul (Hör).
16.15: Gleichw.: Das Buch des Tages: Wäher für alle.
16.30: Violinkonzert W. Wunderlich (Violine), F. Raul (Hör).
ca. 17.10: Jugendstunde: Sportspiele zwischen der Jugend.
17.40: Gleichw.: A. Ruffner: Karl Prose, der Restaurator der schilflichen Kirchenmusik. Lebensbild eines Ober-schlesiers.
18.00: Gleichw.: Fritz Aulisch: Die Oberschlesische Kunstausstellung in Weuthen, anshl. der Abtötungsabendkonzert.
18.20: Gleichw.: Paul Rania: Kreuz und quer durch Oberschlesien.
18.30: Gleichw.: Dramaturg Partels: Bühne und bildende Kunst. ca. 19.05: Abendmusik der Funkkapelle.
20.00: Liebe im Dreivierteljahr. Mitw.: Alice Weigen (Sopran), S. Hollendorfer (Tenor), Schilfliche Philharmonie.
21.20: Abendbericht I.
21.30: Eine heitere Stunde mit Ludwig Manfred Lommel.
22.15: Queen's Hall in London: Fünftes Europäisches Konzert.
23.20: Richard Buchwald: Erinnerungen eines Fußballenthusiasten.

Donnerstag, 26. März.

9.05: Gleichw.: Schulfunk: Ina Helenwunderland.
12.35: Dipl.-Landwirt: Schmolze: Die Raiffrage in der Landwirtschaft.
15.20: Kinderfunk: Die Legende vom Rothkäse.
15.45: Das Buch des Tages: Thema und Variation.
16.00: Klavierkonzert und Abgesungen auf Schallplatten.
17.05: Dr. S. Magle: Musikwirtschaftslehre.
17.25: Dora-Rottl Kreidamer: Bekannte Stromfabri.
17.50: Studienrat A. Wille: Die musikalischen Aufgaben der Schulfunk.
18.15: Im Stadt. Säuglingsheim. Sozial-hygienischer Hörbericht.
18.35: Musikalische Gegenwartssprobleme. Ein Fragegespräch zwischen Dr. W. von Grumbow und Dr. S. Magle.
18.45: Redakteur E. Zimmer: Arbeitsetzt und Arbeitsleistung.
19.10: Oberschlesische Kette. Berliner Journalist führt durch O.S. ca. 19.35: Abendmusik der Funkkapelle.
20.30: Berlin: Urfassung. Der letzte Akt. Von Hans Rauter.
22.25: Dr. Peter Collein: Aufführungen der Breslauer Oper.
22.40: Schilfliche Arbeitersportgemeinschaft „Wochenende“.
22.50: Alte und neue Tanzmusik der Funkkapelle.

Freitag, 27. März.

15.20: Dr. Margarete Jacobsohn: Berufsmöglichkeiten für schilfliche junge Mädchen.
15.45: Buch des Tages: Musikhäuser.
16.00: Kaffee „Vaterland“: Unterhaltungsmusik der Kapelle Riana Dezan und der Gesangstheater Deider Sellert. ca. 17.05: Dr. Peter Collein: Die Oper und ihr Publikum. ca. 17.25: Das wird Sie interessieren! wird noch bekanntgegeben.
17.45: Heinrich Verlich liest aus eigenen Werken. ca. 18.15: Balladen von Voewe auf Schallplatten.
19.10: Allerlei Humor auf Schallplatten.
19.40: Dr. S. Magle: Gesellschaft und musikalische Formwandlungen.
19.50: Oberschlesische Kette. Berliner Journalist führt durch O.S.
20.00: Heimat in Schilf. Urfassung: Im Osten die Schilf! Text von Ernst Schenke. Musik von Karl Szula.
21.00: Alexander Runge: Bild in die Zeit.
21.25: Abendbericht.
21.35: Neue Lieder. Mitw.: Dr. Paul Lorenz (Bariton), Eva Hilgel, Dr. Edmund Rüd.
22.25: Reichstagschrift.
23.00: A. b. Ufftheater Breslau: Zweite Wochenschau.

Sonnabend, 28. März.

15.20: Kinderzeitung: Der Funkperle und der Zeitungsonel.
15.45: Unterhaltungskonzert der Funkkapelle.
16.15: Das Buch des Tages: Zum Wodenenbel.
16.30: Unterhaltungskonzert der Funkkapelle.
17.00: Die Filme der Woche.
17.30: John Minuten Esperanto.
17.40: Robert Gröblich: Durch die albanische Wildnis.
18.10: Das wird Sie interessieren! wird noch bekanntgegeben.
ca. 18.35: Zur Unterhaltung und Tanz. Die Funkkapelle.
19.00: Dr. Heribert Ringmann: Die Zusammenhänge. Rückblick auf die Vorträge der Woche und Literaturnachweis. ca. 19.25: Zur Unterhaltung und Tanz. Die Funkkapelle.
20.00: Wien: Besuch in Wien.
21.00: Wien: Wiener Abend. Unterhaltungskonzert.
22.30: „Kaiserball im Zoo“, Berlin: Tanzmusik der Kapelle Otto Kernbach.
24.00: Delitheater, Breslau: Paul O'Wentz Regl.

Strecke Breslau, Einz, Josten, Striegelmühle, Rückfahrt wie vorgenannt. Fahrtsordnung: In Gruppen und Einzelfahren. 21. März 1. Startungsfeier im „Zentralballhof“, Besterstraße 62.

Kämpfe der Arbeiter-Athleten.

Am den Sonntagen im Februar führten die sechs Bezirke des Arbeiter-Athleten-Bundes im 1. Kreis Schilf ihre Auszubildungs-kämpfe fort. Am Sonntag, dem 22. März, im Volkshaus zu Siegnitz. Die ersten Sieger in jeder Klasse haben dann am 20. März in Berlin bei den Olympischen Gruppenkämpfen anzutreten und die dort ermittelten Sieger vertreten den A.A. in Wien. Der Bezirk Breslau ist durch die Vereine Sportvereinigung Kardoff 03, A.A. 1911 und die Freie Sportvereinigung 1897 sowie Herfules Bries gut besetzt und stellen die Breslauer wachen Erfolg darzubringen.
Die Freie Turnerschaft Petersdorf i. N. wird am 22. März ihr

Eröffnungs-Fußballspiel zwischen der ersten und der zweiten Mannschaft spielen. Da Petersdorf dieses Jahr drei Mannschaften zur Erste gemeldet hat sowie gutes Spielmaterial zur Verfügung hat, dürfte es am Sonntag ein interessantes Fußballspiel werden. Anfang 14 Uhr.

Grippe, Erkältungskrankheiten

mpfunden mit den hervorragend bewährten Logal-Tabletten erfolgreich bekämpft. Im Anfangsstadium genommen, verschwinden die Krankheits-Erscheinungen sofort. Ueber 6000 notariell beglaubigt ärztliche Gutachten, darunter viele von namhaften Professoren und aus ersten Kliniken und Krankenhäusern. Ueberausgelung. Gelobter Logal befreit die Krankheitsstoffe auf natürlichem Wege, es löst die Darmtätigkeit. Fragen Sie Ihren Arzt. Machen Sie noch heute einen Versuch. In allen Apotheken Mark 1,40, 12,6 Lit., 0,46 Chinin, 74,3 Acid. acet. sat. ad. 100 amyl.

Kumpels, wie lange wollt ihr noch warten?

69,73 Mk. für dreiköpfige Familie im Monat oder 83 Pfg. pro Tag

So sieht der angeblich bloß sechsprozentige Lohnraub aus

Von der Fruchtgrube stellt uns ein Kumpel seinen Einnahme- und Ausgabeetat zur Verfügung, den sich alle Kumpels anschreiben sollten. Aber nicht etwa zu dem Zwecke, um ihn sich einrahmen zu lassen, als ein Dokument, in dem sich der letzte Verrat der Hufe- und Hofmänner getreulich wieder spiegelt, sondern um mit diesem Dokument zu arbeiten. Was heißt das? Ein großer Teil auch der Kumpels hat sich bei diesem Lohnraub verleben lassen, zur Rettung des kapitalistischen Systems den Hungerriemen etwas enger zu schnallen. Sie waren sich vielleicht der Größe des Betrags nicht ganz bewußt. Im Kohlbampfchieben durch die Reformisten, Christen und Kirche besonders leistungsfähig geworden, glaubten sie sich und ihrer Familie noch eine Steigerung dieser „berühmten“ Leistungsfähigkeit zumuten zu können.

Die Auswirkung des sechsprozentigen Lohnraubes bzw. seine „Umwandlung“ in einen solchen bis zu 25 Prozent, wie er sich auch in dem obigen Dokument wieder spiegelt, muß sie, wenn sie sich nicht gewaltsam dagegen sträuben, davon überzeugen, daß sie ein ungeheuerliches Verbrechen mitunterstützt haben. Diese Überzeugung in Kampfeswillen umzuwandeln, das ist die Arbeit, die mit dem Dokument geleistet werden muß. Wir müssen allen Kumpels diese Zahlen ins Hirn einschämen und ihnen eindeutig sagen, wenn sie jetzt noch weiter abwärts stehen bleiben wollen, sie sich zu Mitschuldigen an dem Verhängen von Bergarbeiterleben machen. Lassen wir jetzt die Zahlen sprechen, die einen Höchstverdienst in einer Abteilung im Februar darstellen:

Gesamtverdienst für 21 Schichten	139,85 Mark	dazu 3,78 Mark	Vindergeld
insgesamt demnach 143,63 Mark			
Davon gehen ab:			
Sozialabzüge, Beiträge	29,05 Mark		
Steuern	1,85		
Unterstützungskasse	1,-		
Summe:	24,90 Mark		

Es verbleiben danach von den 143,63 Mark noch 118,73 Mark.

Davon gehen weiter ab:

Miete	10,- Mark
Gas	4,-
Schuhreparatur	6,-
Postfürsorge	6,-
Bereitsbeiträge	8,-
Für Kleider	10,-
Taschengeld	5,-

Zusammen: 49,- Mark von 118,73 Mark ab 49,-

verbleiben 69,73 Mark

Mit diesem nicht ganz siebzig Mark betragenden Lohn soll die dreiköpfige Familie ernährt werden. Niemand wird behaupten, daß etwa die aufgeführten anderen Ausgaben zu hoch angelegt sind. Im Gegenteil, sie sind äußerst niedrig, so niedrig, daß in sehr vielen Fällen andere Familien mehr ausgeben werden müssen, ohne dabei etwa „verschwendert“ zu sein.

Nun kommt aber folgendes noch hinzu. Im vorliegenden Falle liegt dem Einkommen ein täglicher Höchstverdienst von 6,66 Mark zugrunde. Der größte Teil der Kumpels aber hatte nur 6,20 Mark bis 6,40 Mark, so daß der Haushaltsetat der anderen Kumpels noch trauriger aussehen muß.

So also wirkt sich der Verrat aus, zu dem sich die Hofmänner sogar freiwillig bereit erklärt hatten. Kann es da für die Kumpels noch zweifelhaft sein, was sie zu tun haben? Es versteht sich von selbst, daß das bedeuten würde, den Grubenbaronen die Möglichkeit zu bieten, auf diesem Wege die 6 Prozent weiter in 10 bis zu 25 Prozent und darüber hinaus „auszulegen“. Wer das nicht will, der muß sich sofort einreihen in die Kampffront. Der darf nicht länger den Hofmännern Gefolgschaft leisten. Nur der rote Einheitsverband der Bergarbeiter ist gewillt, die Schächte streikfertig zu machen. Ihm gilt es jetzt beizutreten und ihm zu stärken. Vor allem aber gilt es jetzt die Schächte sturmbereit zum Siege der roten Listen zu machen.

An die Textiler von Minkel in Landeshut

Eine Arbeiterin mahnt: Wählt rote Betriebsräte!

Von einer Arbeiterin der Minkel-Spinnerei wird uns geschrieben: Wir haben jetzt wieder Betriebsratswahl, da bietet sich für alle Arbeiterinnen Gelegenheit, mit jenen Leuten ein klein wenig abzurechnen, die sich im Laufe des letzten Jahres wieder als getreue Köpfe der Unternehmer betätigt haben. Dazu gehört vor allem Dingen der jetzige Betriebsrat. Wenn sich jemand bei ihm über schlechte Behandlung oder über sonst etwas beschwert, dann wimmelt er die Beschwerdeführer ein und, weil er Angst hat, etwas gegenüber den Herrn zu unternehmen.

Eine besonders feine Marke ist der Aufseher Willi Herzog. Das ist ein Anstreiber Schlammfresser Sorte. Bei der geringsten Kleinigkeit brüllt er die Arbeiterinnen an und droht, beim Meister für die Entlassung zu sorgen. Ein anderes Gesicht aber jetzt dieser Kapitalismacht auf, wenn es darum geht, die Mädeln seinen Gefüßen gefügig zu machen. Da hat er sogar Pfannkuchen und Schokolade in Bereitschaft. Das Geld dazu scheint er sich dadurch zu „verdienen“, daß

er in der Fabrik seine Schuhe besohlt, Fahrräder repariert und ähnliche Dinge mehr. Kommt einer dazu, dann ist der Teufel los. Wenn aber jemand von ihm verlangt, er möchte an den Maschinen etwas in Ordnung machen, dann hat er keine Zeit und sagt einfach: „Macht es euch alleine.“

Beschwert sich jemand über diesen Schürzenjäger und Antreiber beim Betriebsrat, dann erklärt dieser, er wird es dem Direktor sagen. Aber in Wirklichkeit tut er das natürlich nicht, und alles bleibt beim alten.

Jetzt sollen die Arbeiterinnen diesen Betriebsrat auch wieder wählen. Das darf kein Arbeiter und keine Arbeiterin tun. Wenn andere Verhältnisse eintreten und auch dem Aufseher das Handwerk gelegt werden soll, dann darf dieser Betriebsrat keine Stimme bekommen. Jeder Arbeiter und jede Arbeiterin wählt nur solche Kollegen, die auch wirklich für die Arbeiter eintreten, und diese stehen auf der roten Liste.

Bunzlau

Vom Kampfplatz gegen den Faschismus

Altmarthau. In einer gut besuchten Versammlung erstatteten die hiesigen Delegierten Bericht über den ersten Kampfkongreß in Breslau. Es waren von hier nur SPD-Delegierte entsandt worden, worüber die SPD-Leitung natürlich sehr wütend war und eine müßige Hege gegen jene Genossen entfaltete. Als erster berichtete der Delegierte Vormann, der über den Verlauf des Kongresses sehr befriedigt war und feststellte, daß die Berichte darüber in der „Arbeiter-Zeitung“ durchaus den Tatsachen entsprachen. Das gleiche tat der Rädermeister Arlt, der als Vertreter der Gewerbetreibenden delegiert war. Als letzter berichtete der Delegierte Polistern, der ganz besonders betonte, wie richtig es sei, daß der Kampf gegen den Faschismus organisiert wird, da die andauernde Anwendung des Artikels 48 zeigt, daß tatsächlich bereits in weitgehendstem Maße die faschistische Diktatur herrscht.

Von der SPD-Leitung waren anscheinend zwei Leute beauftragt worden, in der Versammlung als Provokateure aufzutreten.

Sie hatten sich durch Alkohol den entsprechenden „Mut“ dazu angetrunken, aber trotzdem gelang ihr Vorhaben nicht. Die Diskussion nahm einen sehr interessanten Verlauf, so daß als Ergebnis der Versammlung festgestellt werden kann, daß aller Sabotage der SPD zum Trotz die Entflechtung der revolutionären Einheitsfront gegen den Faschismus weiter vorwärts marschiert.

Haynau

Die Angst vor den Kommunisten

Scharjenort. In dem benachbarten erzkatholischen Ort Rotbrünig ist es gelungen, auch eine Zelle für den Bolschewismus zu schaffen. Darüber herrscht natürlich unter den schwarzen Herrschaften wenig Freude. Als dieser Tage ein weiterer Vorstoß unternommen wurde und unsere Genossen mit Zeitungen und Broschüren erschienen, war es besonders die Junkerfrau Bensch, die glaubte, die Gelegenheit benutzen zu können, ihren Haß gegen die roten Kommunisten austoben zu lassen. Sie goß gleich einen ganzen Kübel voll Schmutz aus und drohte Leuten, die bei ihr beschäftigt sind, mit

Entlassung, wenn sie sich etwa für die Kommunisten einbringen ließen, weil diese nur alles kaputt schlagen wollen.

Aber sowohl die Frau Bensch als auch alle sonstigen Antibolschewisten mögen sich gefast sein lassen, daß ihre Hege auf die Landproleten, auf die sie vor allen Dingen berechnen ist, ihre Wirkung verfehlen wird. Diese werden sich nicht abhalten lassen, sich weiter um die kommunistische Partei zu scharen, weil sie erkannt haben, daß sie unter ihrer Führung allein imstande sind, ihrer Verelendung ein Ende zu bereiten.

Görlitz

Vorabend der roten Sportler!

Zum ersten Male treten die roten Boxer in die Öffentlichkeit. Am 27. März, abends 8 Uhr, starten sie gegen eine Berliner Städte-mannschaft. Schon beim letzten Werbenabend zeigten unsere Sportler ein gutes Können im Boxen und man kann ihrem ersten Kampf mit Spannung entgegensehen. Die Berliner Sportgenossen sind aus den roten Sportvereinen Libertä, Berolina und Nordost. Diese drei Vereine gehören zur A-Klasse, also auch hier werden gute Kämpfer antreten. Vor den Mannschaftskämpfen werden einige Nahkämpfe gezeigt.

Die Arbeiterkraft von Görlitz bringt diesem Kampfabend schon jetzt das regste Interesse entgegen, und es ist Zeit, daß sich jeder eine Eintrittskarte beschafft. Alles auf am 27. März nach dem Konzert-haus!

Berlin-Fahrer

Sonnabend, den 21. März, 19 Uhr, Total Felsenkeller, Zusammenkunft aller Genossen und Sympathisierenden, die sich an der Berlin-Fahrt beteiligen wollen. Anmeldungen und Eingahlungen nur in der Geschäftsstelle Lunitz 6.

Bolkenhain

Die Polizei auf dem Kriegspfade

Nach der letzten Erwerbslosenkundgebung erhielten eine Reihe Genossen Vorladungen zur Polizei. Sie sollen dadurch gegen das Gesetz verstoßen haben, daß sie schwarze Blumen, Koppeln und Schulterrücken trugen. Einige „ganz Schlaue“ wollen nämlich in ihrem treu „deutschen“ Gehirn gefunden haben, daß dies verboten sei. Aber sie werden sich eines anderen belehren lassen müssen.

Wenn das eine nicht hilft, muß das andere helfen. Die ver... Kommunisten müssen kaputt gemacht werden, und so wurden die Genossen Menzel und Garbay einem hochnotpeinlichen Verhör unterzogen. Sie sollen das „Schwarze Blau“, Koppeln und für den Kampf kongreß gesammelt haben. Deshalb will man ihnen den Prozeß machen. Wenn man glaubt, uns damit schrecken zu können, so irrt man sich. Wir wissen nämlich, daß die Nazis vor Weichnachten wochenlang sammeln durften, ohne daß sich die Polizei darum kümmerte. Was aber den Nazis erlaubt ist, wird man auch revolutionären Arbeitern nicht verwehren können.

Als Delegierter für den Kampf kongreß gegen den Faschismus hatte sich der parteilose Kollege Kern freiwillig gemeldet. Am 25. Februar wurde er gewählt. Der Reformist P. ließ ihm darauf sagen, wenn er (Kern) auf den Kongreß fährt, wird ihm sofort die Verbandsunterstützung gepernt und er aus dem Verbande ausgeschlossen. Damit nicht genug, der Ortsauschuß des ADGB beschloß alle auszuschließen, die zum Kongreß geweiht sind oder sich in den Erwerbslosenausschuß wählen lassen. Deutlicher konnten sich diese Sozialfaschisten nicht erklären. Die Arbeiter aber werden darauf als Antwort mit verstärkter Kraft für die AOD und den Kampf bund weiter arbeiten.

Freiburg

Märzfeier

Der Arbeiter-Bildungsausschuß veranstaltet am 21. März eine Märzgefallenenfeier. Sämtliche Arbeiter-Sport- und Gesangsvereine sowie der Wandervogelklub haben ihre Mitwirkung zugesagt. Ferner werden noch jene stürmischen Märztage von 1848 im Lichtbild gezeigt. Auch der Pariser Kommune vom 18. März 1871 und des 12. März 1917, an welchem die russische Revolution entflammte, soll gedacht werden. Die Eintrittspreise sind so niedrig bemessen, daß der Besuch jedem möglich sein sollte. (Siehe Inzerat.)

Schweidnitz

Achtung, Landorte und Stützpunkte!

Die Konferenz der Roten Landarbeiter für den Kreis Schweidnitz findet am Sonntag, dem 22. März, um 10 Uhr, in Groß-Merzdorf (Kreis Schweidnitz) statt. Außer den gewählten Delegierten haben die Landobleute und auch die Gutsherrn zu erscheinen.



Tack

6⁹⁰

Togo-brauner Traiteurschuhe

8⁹⁰

Haselnuß, kombiniert mit somali-braun LXV

10⁵⁰

Togobraun, weißgedoppelt

12⁵⁰

Biberbraun Boxkalf Original-Good-Wel



Jeder ist begeistert!

denn unsere Frühjahrskollektion ist wirklich einzigartig in Güte und Preiswürdigkeit. Der Reichtum an Modellen und Farben wird allen Variationen der Mode gerecht.



Tack

Beuthen, Gleiwitz, Görlitz, Hindenburg, Hirschberg, Liegnitz, Oppeln Ratibor, Waldenburg.

Vorkaufsstelle
Central Tack & Co.
Breslau

Ohlauer Straße 15, Fernspr. 561 60
Reuschestraße 47/48, Fernspr. 274 20

Rote Mobilmachung zum Reichsjugendtag!

Die Antwort des KJVD an Grzesinski: Tausende von Kundgebungen und Versammlungen — 10 000 neue Kämpfer — Rote Jugendkandidaten bei den Betriebsräteahlen — Vier Reichsjugendtage in Berlin, Jena, Frankfurt a. M. und Braunschweig!

Das Zentralkomitee des Kommunistischen Jugendverbandes Deutschlands veröffentlicht folgende Proklamation:

Der Polizeifaschist Albert Grzesinski hat ein Demonstrationsverbot für den 5. und 6. April, den Tagen des 6. Reichsjugendtages der werktätigen Jugend im roten Berlin,

verfügt. Die hungernde und darbenbe Jugend soll nicht gegen weitere Verleumdung, gegen Lohnraub, Arbeitsdienstpfligt und politische Entrechtung zum Kampfe aufmarschieren.

Den Nordbuben der Nazi-Partei wird die Straße gegeben. Unsere Genossen Nathan, Henning und viele andere sanken unter den Kugeln der Mordgarben der NSDAP. nleder. Kein Haar wird den Nazi-Söldlingen von der Klassenjustiz gestümt. Statt dessen verbietet der Sozialdemokrat Grzesinski die Demonstrationen zum Reichsjugendtag der werktätigen Jugend in Berlin, werden die Versammlungen und die Kreise der Kommunisten in Hamburg unterdrückt. Diese Unterdrückungs- und Terrormaßnahmen, die Demonstrationenverbote Grzesinski laufen auf die Unterstützung des faschistischen Bluterrors hinaus und müssen auf die vom Finanzkapital bezahlten Nazimordbanditen ermutigend wirken.

Herr Grzesinski begründet das Verbot aller Demonstrationen mit dem „Hinblick auf die bekannten Vorgänge anlässlich des vorjährigen Reichsjugendtages Ostern 1930 in Leipzig.“ Auch Herr Grzesinski und seine Ausstatter wissen, daß die werktätige Jugend aus allen Teilen Deutschlands, die sozialdemokratischen, christlichen, organisierten und unorganisierten Jungarbeiter friedlich, aber kampfbewußt den Aufmarsch der Hunderttausend, den 6. Reichsjugendtag im roten Berlin vorbereitet haben.

Aber die werktätige Jugend demonstriert an diesem Reichsjugendtag gegen Nazimord, Polizeiterror, Lohnraub und Entrechtung! Deshalb das Demonstrationsverbot des sozialfaschistischen Polizeipräsidenten!

Zum gewaltigen Massenaufmarsch im roten Berlin waren bereits bis Mitte März 50 000 — die doppelte Zahl auswärtiger Teilnehmer, als zum Reichsjugendtag in Leipzig 1930 — gemeldet. Diese Tatsache beweist, daß der Kommunistische Jugendverband die Massen der werktätigen Jugend führt. Deshalb muß Herr Grzesinski, beauftragt vom Trustkapital, durchgreifen!

„Die bekannten Vorgänge anlässlich des vorjährigen Reichsjugendtages in Leipzig“,

won denen Herr Grzesinski in seiner Verbotsbegründung spricht, wurden von keinem anderen als von dem berüchtigten Sozialfaschisten Barth folgendermaßen charakterisiert:

„Schauen Sie nach Leipzig hin! Denken Sie darüber wie Sie wollen, aber ist unsere Sozialistische Arbeiterjugend zu dem fähig, was dort die Kommunistische Jugend zustande brachte? Wer den Aufmarsch dort gesehen hat mit seiner Begeisterung, die Marschkolonnen der Kommunisten unter ihren Fahnen und Transparenten, der muß sagen, daß das ein Bild von ungeheurer agitatorischer Wirkung war.“

Einige Hunderte kampfgewillter sozialdemokratischer Jungarbeiter erklärten bereits ihre Bereitschaft zur Teilnahme am 6. Reichsjugendtag. Sie sind gewillt, an der Seite der christlichen, organisierten und unorganisierten Jungwerkstätigen in revolutionärer Einheitsfront zu marschieren — ein Symbol und Beispiel für tausende Jugendliche, die heute noch von bürgerlichen und sozialdemokratischen Jugendorganisationen irreführt werden. Die Jugend der Sozialdemokratie rebelliert gegen Polizei- und Panzerkreuzerfaschismus.

Die SPD. hat keine Jugend, keinen Nachwuchs!

Trotz aller Staatsunterstützung wird der Jugendtag der SAJ. in Frankfurt am Main im August d. J. den Niedergang und Bankrott der SAJ. zeigen. Der Hauptvorstand der SAJ. rechnet im Höchstfalle mit 15 000 Teilnehmern.

Die Durchführung des 6. Reichsjugendtages in den Straßen Berlins, im roten Wedding und Neukölln, würde mit aller Deutlichkeit die Pleite der SAJ. beweisen und erneut bezeugen, daß die Massen der werktätigen Jugend vom Kommunistischen Jugendverband geführt werden.

Zur Verbedung ihres eigenen Bankrotts bewirkte die Führung der SAJ. und SPD., wie bereits die „Sungge Garde“ feststellte, das Demonstrationsverbot Grzesinskis zum 6. Reichsjugendtag

Aber trotz aller Unterdrückungsversuche und Terrormaßnahmen findet der 6. Reichsjugendtag statt! Er findet statt in jenen historischen Tagen, an denen

vor 15 Jahren Karl Liebknecht in Jena

die revolutionären Jugendorganisationen zur Oppositionskonferenz zusammenfachte. Damals schwebten die Führer der Sozialdemokratie im Chauvinismus, verteidigten ihr imperialistisches Vaterland, trieben die jungen sozialdemokratischen Arbeiter in die Schützengräben. Diefelben verräterischen SPD.-Führer treiben heute die imperialistischen Kriegsvorbereitungen mit Wehretat und Panzerkreuzerbau und Inebeln

die einzige sozialistische Jugendorganisation, den Kommunistischen Jugendverband!

Damals — im Jahr 1918 — bezannen wir unter Führung

Karl Liebknechts den Kampf um die Herzen und Hirne der Massen der Jungarbeiter, die von den verräterischen Führern irreführt wurden — heute ist der KJVD. die stärkste politische Jugendorganisation des Jungproletariats!

Grzesinski will einen Reichsjugendtag im roten Berlin verbieten! Unsere Antwort ist: Organisierung von vier Reichsjugendtagen, und zwar in Berlin, Jena, Frankfurt am Main und Braunschweig!

Wir marschieren im roten Berlin! Am 5. und 6. April wird die werktätige Jugend durch große Kundgebungen in großen Sälen ihren Reichsjugendtag durchführen. Im roten Berlin schmieden wir die Einheitsfront der sozialdemokratischen Jungarbeiter mit den Jungarbeitern aus den christlichen Organisationen, der Betriebe und Stempelstellen!

Jugendkongreß revolutionärer Einheit zum Kampf gegen Arbeitsdienstpfligt, Wahlrechtsraub und Nordfaschismus ein,

zu dem die kampfgewillten Jungarbeiter aus den Betrieben, Stempelstellen, Berufsschulen, aus der SAJ. und den christlichen Jugendorganisationen, den Gewerkschaften und Sportorganisationen in starken Delegationen aufmarschieren werden.

Wir marschieren in Frankfurt a. M.! Hier in dem Orte, in dem die SAJ. ihren Jugendtag angeündigt hat. Wir werden unsere Kraft als einzige Jugend des Sozialismus demonstrieren in einer Front mit den ehrlichen, kampfgewillten SAJ.-Jungarbeitern.

Wir marschieren zum 6. Reichsjugendtag in Jena, dem Tagungsort der Oppositionskonferenz unter Führung Karl Liebknechts, und in Braunschweig auf!

Unsere Antwort auf Polizeiterror und Nazimord ist: Jetzt die Massen mobilisieren zu den vier Reichsjugendtagen zu verdreifachen.

Auf die Nazimordtaten und Demonstrationsverbote antworten wir sofort mit Tausenden von Kundgebungen und Versammlungen der Groß- und Kleingewerbe, Stempelstellen und Berufsschulen in ganz Deutschland.

Mobilisiert die arbeitende Jugend zu den Betriebsräteahlen, zur Wahl ihrer revolutionären Jugendkandidaten! Organisiert die Wirtschaftskämpfe und Jugendstreiks gegen Lohnraub, für Lohnerhöhung, Arbeitszeitverkürzung und ausreichenden Urlaub!

Besucht alle Ortsgruppen der SAJ.! Mobilisiert die kampfgewillten SAJ.-Mitglieder zum gemeinsamen Kampf gegen Panzerkreuzer- und Kriegspolitik und politische Entrechtung! Reicht den proletarischen SAJ.-Kameraden die Bruderhand zum gemeinsamen Aufmarsch zum 6. Reichsjugendtag.

Jugdkommunisten vor die Front! Alle Kräfte zusammengeriffen! Zehntausend neue junge Kämpfer für den KJVD. bis zum Reichsjugendtag! Vorwärts im Kampfe für ein Sowjetdeutschland!

Es lebe der machtvolle Aufmarsch der Hunderttausende zu den Reichsjugendtagen Ostern 1931!

Zentralkomitee des Kommunistischen Jugendverbandes Deutschlands.

Der Schulfaschismus in Preußen

Die Volksschulen im Zeichen des Abbaus — Die reaktionäre Front von der SPD. bis zu den Nazis stimmt die Anträge der Kommunisten nieder

Im Preussischen Landtag begann die gestrige kulturpolitische Debatte mit einer großen Rede des Genossen Kerff. Der Hehe und Lüge des Kulturbolschewismus ließ das preussische Zentrum durch den Domprälaten Linneborn eine Auseinandersetzung mit dem Nationalsozialismus folgen, die sich jedoch im wesentlichen auf die Frage „Katholische Kirche und Nationalsozialismus“ beschränkte, um so von der Tatsache abzulenken, daß in der bürgerlich-sozialdemokratischen Einheitsfront gegen den Kulturbolschewismus das Zentrum schon offen beim Faschismus steht.

Genosse Kerff

führte weiter aus:

Unter dem Beifall der Sozialdemokraten haben die zentrumlichen Kulturreaktionäre als Exponenten der bürgerlichen Rechten nicht in einer Offensive, sondern in einer Abwehr und Verteidigungssstellung gegen die Kulturforderungen des Proletariats gesprochen. In einem Augenblick, da die

proletarische Freiendenker- und revolutionäre Schulbewegung zur Massenkampfbewegung

wird, da der Bankrott und Zusammenbruch der bürgerlich-kapitalistischen Kultur und Kulturpolitik zur täglichen Erfahrung und Gewißheit immer größerer Massen der Arbeiter und notleidenden Kleinbürger wird, in diesem Augenblick wird zur Ablenkung von all diesen Ereignissen, zur Verschleierung der eigenen Unfähigkeit und Ausschlußlosigkeit die Lüge vom Kultur-

bolschewismus in die Welt gesetzt und zum Kreuzzug gegen ihn aufgerufen.

Die zahlreichen Anträge der kommunistischen Fraktion zeigen nur die starke kulturrevolutionäre Offenstellung der Kommunistischen Partei. Weder Regierungs- noch bürgerliche Oppositionsparteien haben eine einzige Forderung erhoben, die der katastrophalen Lage des proletarischen Schulkindes Rechnung trägt. Ihre einzigste Sorge ist das Wachen der kommunistischen Schulagitator und Propaganda, vor welcher nach der Meinung der Demokraten nur noch die stärkere Inanspruchnahme der Polizei durch die Schulbehörden retten kann. Genosse Kerff behandelt im weiteren die Volksschule in der Wirtschaftskrise.

Die Sparmaßnahmen an allen sozialen und pädagogischen Aufwendungen für die Volksschule vertiefen das Elend des proletarischen Kindes ungeheuerlich. Jede Schularbeit wird illusorisch, wenn nicht sofort entscheidende Notmaßnahmen zur Rettung der Kinder der Werktätigen aus den wirtschaftlichen Nöten getroffen werden.

Staatsregierung, bürgerliche Parteien, voran Sozialdemokratie und Zentrum, haben

unsere Forderungen:

30 Millionen für Zuschüsse an Kommunen zur Durchführung der Kinderpeisung in den Volksschulen,

20 Millionen zur Gründung von Waldschulen für Arbeiterkinder,

20 Millionen für Beihilfen an Kommunen zur Besserung des hygienischen Zustands in den Volksschulen,

10 Millionen zur kostenlosen Lieferung der Lebensmittel an die Schüler der Volksschulen,

20 Millionen zur Einrichtung von Kindergärten.

abgelehnt! Wir glauben ihr Märchen nicht, daß kein Geld vorhanden sei. Es gibt keine heuchlerischere Phrase als diese! Genosse Kerff schließt mit dem grundsätzlichen kommunistischen Schulprogramm: Wir wollen die proletarische, die weltliche Einheits- und Produktionschule, die jedoch erst das Ergebnis der siegreichen proletarischen Revolution, der Diktatur des Proletariats sein wird. Im klarsten Bewußtsein dieser Tatsache werden wir im schulpolitischen Tageskampf in einer Einheitsfront der kommunistischen, sozialdemokratischen und christlichen Arbeiter und Werktätigen stehen.

In der weiteren Debatte fand der Sozialdemokrat Dohn, obwohl der volksparteiliche Pastor Meyer-Herford und die Redner der Wirtschaftspartei und der übrigen kleinen Parteien erneut stärkeren Rechtschutz der evangelischen Kirche durch den Kirchenvertrag und schärfste Einsetzung aller Machtmittel des Staates gegen die proletarische Freiendenker- und Gottlosen-Propaganda forderten, kein Wort der Ermilderung auf die wüste Hehe gegen den „Kulturbolschewismus“. Er forderte nur das meiste Schuljahr für die Volksschule, durch das die proletarischen Eltern schwer belastet werden.

Genosse Benscheid rechnete in einer markanten Rede mit den bürgerlichen Märchenzählungen über sogenannte Christenverfolgungen in Rußland ab, indem er an Hand dokumentarischer Beweise nachwies, daß es sich dabei um bewußte Lügen handelt. Im übrigen brandmarkte er das feige Duden der Sozialdemokraten vor ihren christlichen Koalitionsgenossen, indem er aufwies, daß die SPD. voll verantwortlich ist für den kulturreaktionären Kurs, der in Preußen herrscht.

Die Schmach des Polizeisozialismus

Gedenkfeier für den Genossen Henning durch SPD.-Polizei aufgelöst

Hamburg, 19. März. (Eig. Bericht.) Der Arbeiter-Bildungs-Berein von Bergedorf-Sande und der Arbeiter-Sportverein Ahlbeck, Bergedorf, in denen der von den Nazis ermordete Genosse Henning Mitglied war, hatten gestern eine Mitgliederversammlung einberufen, um eine kurze Gedenk-Kundgebung für den Genossen Henning zu veranstalten. Plötzlich kürzten Landjäger und Schupo in den Saal und erklärten die Versammlung für aufgelöst. Der Versammlungsteilnehmer bewachte sich eine ungeheure Empörung. Nur durch die Disziplin aller Teilnehmer war es möglich, daß Zusammenstöße mit der Polizei vermieden wurden.

Der unmittelbar Verantwortliche für diese empörende Polizeiaktion gegen die Gedenkfeier ist der sozialdemokratische Gemeindevorsteher Kräb.

Polizeirazzia auf Pressewerbeplakate

Dresden, 19. März. (Eig. Ber.) Die Polizei veranfaßte heute eine groß angelegte Razzia gegen die bis zum 21. März verbotene kommunistische „Arbeiterstimme“, um die vom Verlag zum Wiederdarstellen der Zeitung herausgegebenen Werbeplakate zu beschlagnahmen, und durchsuchte dabei gleichzeitig sämtliche Büroräume der KPD., der KGO. und der revolutionären Massenorganisationen. Es gelang ihr jedoch nur, einzelne Exemplare zu beschlagnahmen.

Breslau

Linke-Hofmann-Sprechchor

Am Sonntag, dem 19. April, fährt sich zum 25. Male der Tag des Blutbades am Striegauer Platz. Die kommunistische Partei und die KPD. veranstalten aus diesem Anlaß eine Gedächtnis-Kundgebung im großen Saale des „Sunapark“. Es wird dort u. a. eine Revue aus der Geschichte der Besatzung des Linke-Hofmann-Werkes aufgeführt. Nachfolgender Sprechchor ist dieser Revue entnommen.

Wir sind die Linke-Hofmann-Proleten,
Geschunden... geheizt... ausgebeutet... getreten...
Die Direktion hat uns auf die Straße geschmissen,
Weil wir unsern streikenden Brüdern nicht in den Rücken
fallen wollten!

Aber sie werden uns nicht klein kriegen,
Nicht durch Hunger und nicht durch die Polizei,
Durch die grauen Straßen im Westen brandet unser Schrei:
Kämpfen...! Kämpfen...! Kämpfen...!
In unsern Herzen geschrieben steht:
Solidarität...! Solidarität...! Solidarität...!

Sechstausend sind auf die Straße gesetzt,
Unternehmerwillkür hat sie von den Maschinen getrieben,
Auf den Straßen brandet's... die Polizeimeute hetzt...
Sie wollen uns duden mit Säbelhieben.
Aber hört es, ihr Ordnungshüter:
Wir fürchten euch nicht!
Euch nicht und nicht das Kapitalistengezicht!

Die Aktionäre wollen mehr Dividende,
Dafür müssen wir bluten!
Der goldene Lohn fließt in eure Hände!
Für uns Schweiß... Schwindsucht und Kessel-Bluten!!
Doch wir werden uns nicht mehr länger duden lassen!
Wir sind ein Heer... wir sind eine Macht!
Hört ihr den dröhnenden Marschtritt der Massen?!
Das Proletariat erwacht!!!

„Unsere Stadtmision“

A. P. Die Stadtmision ist ein Institut der „Nächstenliebe“. Das kann man an folgendem Beispiel wieder einmal beweisen: Bei der Stadtmision war ein Marokkaner als sogenannter Saisonarbeiter beschäftigt. Nun passierte ihm das Unglück, daß er bei der Hackmaschine das erste Glied des kleinen Fingers verlor. Er stellte beim Reichsversicherungsamt den Antrag auf Unfallentschädigung. Ohne Rücksicht auf den Unglücksfall nahm nun der Stadtmisionar Gelbert das Wegbleiben des Kollegen ohne Urlaub zum Entlassungsgrund. Von der Reichsversicherung erhielt der Kollege 25 Mark. Er war fünf Wochen krank und arbeitsunfähig. Bei der Entlassung erklärte Gelbert, der Kollege müsse an die Stadtmision 15 Mark bezahlen. Gleichzeitig behält Gelbert das Guthaben des Kollegen in Höhe von 11 Mark ein. Kommentar überflüssig.

An alle Eisenbahner im Westen!

Für die Dienststellen-Güterabfertigung West, Betriebswerkstatt Freiburg, und Ausbesserungswerk Märktlich findet am heutigen Freitag 20 Uhr im Lokal Hillich, Rischergasse 24, eine Eisenbahner-versammlung statt. Referent ist Genosse Wiesner. Vollegen, erscheint zahlreich. Es gilt, den Kampf gegen den geplanten Lohnraub zu organisieren.

Marristische Arbeiterschule

Anfängerkurse in Deutsch (Rechtschreibung, Aufsatzlehre, Bericht-erstattung), Esperanto, Reichsdeutsch, Englisch, praktischem Rechnen (evtl. Modellen) beginnen ab April. Reichsdeutsche Anmeldungen in den Kurien und an Genossen Richter, Marchstraße 15 c. 3. Stad, sind erbeten.

Sprechstunden im KPD-Büro!

Die Sprechstunden im KPD-Büro, Breite Straße 6/7, finden am Montag, Mittwoch und Freitag von 17 bis 19 Uhr statt. Zu dieser Zeit ist auch stets die Leitung des Ortskomitees anwesend. Der Kassierer des Ortskomitees ist am Montag, Mittwoch und Donnerstag von 17 bis 19 Uhr im Büro. Wir bitten alle KPD-Funktionäre und Kollegen, sich an die Sprechstunden zu halten.

Jungarbeiter, wohin am Sonntag?

Selbstverständlich in den Jungarbeiterklub auf der Gottschalkstraße, Ecke Augustastrasse, im Lokal Langner! Der Klub ist ab 15 Uhr geöffnet.

Werbeveranstaltung des „Freien Radiobundes“

Am Sonnabend, dem 21. März, findet im Lokal Jendlich, Königsgräber Straße, ein Werbeabend des „Freien Radiobundes“ statt. An diesem Abend wird ab 21 Uhr der kommunistische Gewerkschafts-leiter Moskau garantiert übertragen. Moskau sendet um diese Zeit in deutscher Sprache. Eintritt frei! Beginn 20.30 Uhr. Gäste willkommen!

„Fünf Pfennig täglich Unterstützung“

Zu der am 27. Januar in unserer Zeitung unter obiger Überschrift erschienenen Notiz wird uns am 18. März (2) vom Magistrat geschrieben: „Bei Mitteilung über den Unterstützungssatz hat der Erwerbslose Richard Hanke der „Arbeiter-Zeitung“ gegenüber versichert, daß seine Ehefrau Verdienst hat, der mit monatlich 48 Mark angerechnet wurde. Da nach den Richtlinien im allgemeinen der Verdienst beider Eheleute voll auf den Nachlass anzurechnen ist, hatte Hanke noch monatlich 22 Mark zu erhalten. Davon werden 20,76 Mark als Miete einbehalten und an den Hauswirt überwiesen. Die Sicherung der Miete ist erforderlich, da das Wohlfahrtsamt im Dezember v. J. 30 Mark Mietebeiträge zur Erhaltung der Wohnung des H. bewilligen mußte. Es verblieb mithin ein Restbetrag von 1,25 Mark, der dem Beschwerdeführer in einer Rate monatlich ausbezahlt wurde. Da nach den eigenen Angaben des Hanke der monatliche Verdienst der Ehefrau jedoch 53,20 Mark beträgt, haben wir vom 1. 3. 31 ab die Auszahlung des nach der alten Ausrechnung verbleibenden Betrages von 1,25 Mark eingestellt und die Dienststelle angewiesen, nur die Wohlfahrtsunterstützung in Form der jeweiligen

Ausschlußterror gegen KPD.

Die Kandidaten der roten Einheitsliste aus dem Verbands ausgeschlossen Nun erst recht: Rote Liste!

Der Kollege Schubert, der auf der roten Einheitsliste bei Haase kandidiert, erhielt von der Verbandsbürokratie folgendes Schreiben:

„In der am 8. dieses Monats stattgefundenen Betriebsversammlung ist davon Mitteilung gemacht worden, daß Du auf der von der KPD. aufgestellten Vorschlagsliste zur Betriebsratswahl für den Betrieb E. Haase als Kandidat aufgestellt bist. Wir betrachten die von der KPD. aufgestellte Vorschlagsliste als Gegenliste zu der von uns aufgestellten freigewerkschaftlichen Liste. Das Verhalten der Kandidaten ist demnach gewerkschafts- bzw. verbandsschädigend. Wir fordern Dich deshalb hiermit auf, Deine Kandidatur zurückzuziehen, im anderen Falle Du mit den entsprechenden Konsequenzen zu rechnen hast.“

Kollege Schubert ließ sich durch die Drohungen der Gewerkschaftsbürokratie selbstverständlich nicht einschüchtern.

Der Kollege Grylla wurde ohne irgendein Unterwies, verfahren direkt durch den Hauptvorstand Berlin ausgeschlossen. Wir fragen alle dem Verbands noch angehörenden Kollegen: Sollen wir mit diesen Ausschüssen einverstanden sein? Sollen wir der Auffassung sein, daß die Ausschüsse einer roten Einheitsliste ein Verbrechen ist, das mit dem Ausschluß geahndet werden muß? Wir sind überzeugt, daß ihr diese Fragen mit einem glatten „Nein!“ beantwortet. Wir appellieren nun an euch: Tut einen Schritt weiter, protestiert gegen die Ausschüsse! Droht den Gewerkschaftsbürokraten mit Beitragsperre an, wenn sie nicht sofort die Ausschüsse rückgängig macht. Erklärt euch solidarisch mit den revolutionären Kollegen!

Der Mieterschutzverband fordert

Notwendig ist, den Kampf zu organisieren

Uns geht folgender Bericht zu: Am 14. und 15. März versammelten sich in den Räumen des Artius-Garten die Delegationen der niederschlesischen örtlichen Mietervereine, um zu den im Mittelpunkt des Interesses stehenden mieterpolitischen und mieterrechtlichen Fragen Stellung zu nehmen. Verbandspräsident Rechtsanwalt Dr. Apt-Breslau referierte über das Mietrecht und die Verordnungen des Reichspräsidenten „zur Sicherung von Wirtschaft und Finanzen“ vom 1. Dezember 1930. Die Tagung formulierte ihre Wünsche und Forderungen in folgender Entschließung:

„Die Vertreter der im Niederschlesischen Mieterschutzverband vereinigten Mietervereine Niederschlesiens stellen sich geschlossen hinter die von der Spitzenorganisation, dem Bunde Deutscher Mietervereine, e. V., in Dresden, erhobenen Forderungen auf schnelle Senkung der Alt- und Neubaumieten im Rahmen der zugelassenen Preisabbaulimiten, und klare Stellungnahme zu den Fragen des Mieterschutzes durch Erfüllung des in der Rotverordnung des Reichspräsidenten enthaltenen Versprechens einer sozialen Gestaltung der Wohnungswirtschaft und des Mietrechtes. Im Hinblick auf die durch Wegfall der Ertragsraumklausel in Urteilen

und Vergleichen zu erwartenden katastrophalen Auswirkungen der Rotverordnung, fordert der 12. Niederschlesische Mieterkongress die preussische Regierung, daß sie von der Ermächtigung im Kapitel IV Artikel II, Absatz 2 der Rotverordnung Gebrauch macht und den Mieterschutz für Preußen in dem bisherigen Umfang durch landesrechtliche Anordnungen aufrecht erhält.“

Die Vertreter des Mieterschutzverbandes haben ihre Forderungen einstimmig in einer Resolution niedergelegt. Damit sind sie keinesfalls erfüllt. Die Forderungen, deren Wichtigkeit von allen Neu- und Altbaumietern unterstrichen wird, müssen erfüllt werden. Dazu genügt es jedoch nicht, daß man neue Mitglieder durch Tagungen abhält, Resolutionen verliest und schließlich Gerichtsprozesse führt. Die erfolgversprechende Waffe der Mieter ist der außerparlamentarische Kampf durch Zahlungsverweigerung eines Teiles oder der ganzen Miete. Diesen außerparlamentarischen Kampf zu organisieren muß die wichtigste Aufgabe aller Mieter sein.

SPD-Kollegen - heute den „Schießwerder“

Für den heutigen Freitag hat die kommunistische Partei die Arbeiterschaft zu einer Massenversammlung gegen Mordterror und Panzertreuer, zu einer Abrechnung mit den Sozialfaschisten aufgerufen. Eckstein, Ziegler, Krasnald sind schriftlich eingeladen worden, in dieser Massenversammlung sich vor den Arbeitern für ihre Politik zu verantworten. Wir rufen alle Werktätigen auf, zu unserer antifaschistischen Umgebung zu kommen und sich dort von den sozialdemokratischen Führern sagen zu lassen, wie die Sozialdemokratie „gegen den Faschismus kämpft“. Die Versammlung findet um 20 Uhr im „Schießwerder“ statt.

Miete an den Wirt zu zahlen. Eine Schlechterstellung des Hanke gegenüber anderen Erwerbslosen ist also durchaus nicht eingetreten, da der Verdienst der Ehefrau und die zur Sicherung der Miete an den Wirt überwiesene Unterhaltung den Nachlass der öffentlichen Fürsorge sogar um einige Mark übersteigt. — Wir haben die Zuschrift des Magistrats mit Rücksicht auf die Kürzungen abgedruckt, um den reaktionären Geist, der aus ihr mehr, voll zur Geltung zu bringen. Zur Sache selbst beständig die Zuschrift unsere Angaben: Fünf Pfennig Unterstützung täglich! Jetzt ist sie sogar ganz gebührt worden.

Stadtteil Nord. Alle erwerbslosen KPD-Mitglieder des Stadtteils Nord kommen am Sonnabend um 19.30 Uhr zu Hillich, Emderstraße 1. Erhalten ist Pflicht.

Sportvereinigung Nordost. Jiu-Jitsu. Heute Freitag Abteilungsverammlung mit wichtiger Tagesordnung. Anfang 20 Uhr. Nachher Training.

Stadtteil West. Am Sonntag 9 Uhr vormittags treffen sich die Genossen sämtlicher Organisationen im „Anglerheim“. Kapelle er-scheint auch.

Verkehrsunfall. Am Mittwoch früh gegen 9.30 Uhr fuhr der Fabrikarbeiter C. aus der Dirschtrage mit seinem Fahrrad auf der Deutsch-Eißner Straße, geriet zwischen dem Güre Mienhain und dem Bahübergang beim Ausweichen eines Fußwagens in eine getriebene Wagnatur und kam dadurch zum Sturz. Bei dem Sturz erlitt er eine schwere Schädelverletzung, so daß er bestattungsfähig liegen blieb. Von einem vorbeifahrenden Kraftwagen wurde er sofort zu einem Arzt in Deutsch-Eißa gebracht.

Unterstellungen in der Auslands-Fleischbeschauhalle. Gestern wurde der Regierungs-Oberrat Rudolf Sauermann wegen dringenden Verdachtes des Verbrechens im Amte festgenommen. In der ihm unterstellten Veterinärabteilung der hiesigen Regierung hat er in mehreren Fällen in außerordentlich raffinierter Weise durch fingierte Rechnungen größere Beträge von mehreren tausend Mark an sich gebracht und sich hierbei der Hilfe des gleichfalls festgenommenen 23jährigen kaufmännischen Angestellten Titus Tepler bedient. Ebenfalls in Haft genommen wurde die 19jährige Freundin des Sauermann, Hedwig Zabisch aus Breslau, der er größere Geschenke gemacht hat. Die Ermittlungen über die Höhe der erstandenen Beträge werden noch geführt.

Hundert Nazis mißhandeln einen Arbeiter

A. K. Am Sonntag veranstalteten die Nazioten in Wickschau, Kreis Bries, einen sogenannten „Bunten Abend“. Nach Schluß zogen sie mit fliegenden Fahnen wieder ab. Als ein Arbeiter aus Wickschau seinem Kollegen gegenüber der Verwunderung Ausdruck gab, daß doch Uniformtragen verboten wäre, wurde er von den Nazis mit Ausdrücken wie „Lump“ und „Kommunistenschwein“ bedacht. Der Arbeiter wollte den einen von diesen Mordbanditen zur Rede stellen, doch nahmen diese Handen reichlich. Auch bei einem zweiten Zusammentreffen des Arbeiters mit den Verleumdern gingen die Galentzenler nicht, nachdem dem Arbeiter mit einer Stahlrute über den Kopf geschlagen worden war. Der Arbeiter kam gar nicht zum Schlagen, trotzdem wird ihm zur Last gelegt, er hätte einen von der braunen Mordpest gestochen. Der Prolet wurde, nachdem er mit den färschlichsten Reizen bedacht war, von einer großen Uebermacht in den Hof des Gasthofes geschleppt und dort von ungefähr 50-100 Nazis grün und blau geschlagen. Bezeichnet ist, daß der Oberlandjäger Werner zum Teil Augenzeuge der Mißhandlungen war, ohne jedoch einzuschreiten. Der übel zugerichtete Prolet wurde einem Verhör unterzogen und dann, trotzdem er um ärztliche Hilfe bat, von dem obengenannten Landjäger die Nacht über in eine Zelle gesperrt, während die Mordbanditen nicht weiter belästigt wurden. Wahrscheinlich wird man dem Arbeiter noch ein Verfahren anhängen, weil er als einzelner 100 Nazis „bedrückt“ hat. Der Viehhändler Manwich hat sich unter den Mordbanditen im Mißhandeln besonders hervorgetan.

Landproleten, das ist das gepriesene Dritte Reich der Nazioten! Bildet die rote Einheitsfront, dann werden wir die Banditen zum Teufel jagen!

Opperau. Wir werden uns nicht beirren lassen. Vor einigen Tagen fand wieder einmal eine Gemeindevertreterversammlung statt. Die Drogenkäufer waren gekommen, doch nicht um etwas zu lernen. Als der Vertreter Gimler bei der Beratung der Hundsteuer sagte, daß man einen Hund abschaffen kann, aber nicht Kinder, da lachten diese Sozialfaschisten den Familienvater aus. Unser Kampf wird weitergeführt, auch wenn der SPD-ParteiSekretär Nijcher

gegen den Kriegsverlepten Volkswelt eine Bewandte wegen Ausbeuerung seines Weges einreicht. Nun, die Vertreter haben beschlossen, daß die Ausbeuerung die Gemeinnde übernimmt. Die „Volkswacht“ behauptet, in der Sitzung wären unzüchtige Anträge gestellt worden. Wir wissen es schon: Alles, was der SPD. nicht mag, bezeichnet sie als unzüchtig. Wir werden uns durch ihr böses Geklör nicht beirren lassen.

Neumarkt. Wichtigste Stellung. Der Bericht „Zuer fürchtet Mitgliedskontrolle“ bezog sich selbstverständlich auf Neumarkt und nicht auf Trebnitz, wie es irrtümlicherweise in dem Artikel steht.

Peltierwitz

Erklärung!

Zu der über meine Person im Orte verbreitete Nachricht, daß ich den total betrunkenen Sozialdemokraten Robert Pirl übermäßig schwer mißhandelt und verletzt hätte, erkläre ich: Ich ging zu 21 am Logungshotel der SPD. vorbei. Hier wurde ich von Robert Pirl angehalten, legte mich mit ihm jedoch nur mit Worten auseinander, da es mir widerstrebt, einen total betrunkenen Menschen zu schlagen, und ging nach der Straße. Pirl ging nach hinten in den Hof. Emil Bräse.

Bries

Alle SPD-Kollegen eingeladen

Am Sonnabend um 16 Uhr findet im Gasthaus Kiefer, Polnische Straße, eine öffentliche Diskussion der Zelle II der SPD. statt. Sozialdemokratische, parteilose und Reichsbanner-Arbeiter sind hierzu öffentlich eingeladen. Wir werden über das Thema: „Weidens Interesse hat der Arbeiter an der Erhaltung der kapitalistischen Republik“ sprechen.

Verantwortlich für die erste und zweite Spalte, für Breslau, Waldenburg, Bergland, Niederschlesien: Wilhelm Bielewicz, Breslau. — Für die übrigen Seiten: Carl Bräse, Berlin. — Für Potsdam: Carl Bräse, Berlin. — Für die dritte Spalte: Carl Bräse, Berlin. — Für die vierte Spalte: Carl Bräse, Berlin.

Zwanzig deutsche Bergarbeiter

in der Sowjetunion protestieren gegen die Lügenhölle

Wir deutschen Arbeiter der Schachtanlage Wretem verurteilen auf das Schärfste die im Auslande verbreiteten Lügennachrichten über angebliche Zwangsarbeit in Sowjetrußland.

Weiter ist es eine ebenso unwahre wie lächerliche Behauptung, daß in der UdSSR. der Arbeiter Mangel an Nahrungsmitteln hätte oder daß die Kooperativen schlecht beliefert würden.

Wir deutschen Arbeiter stellen hiermit fest, daß wir in der Sowjetunion in erstklassigen Häusern wohnen und mit der Lebensmittelversorgung zufrieden sind. Gleichzeitig stellen wir in Abrede, daß wir mit Zwang und Schläge an die Arbeit getrieben werden.

Diese gemeinen Lügen der sozialfaschistischen Pressen verurteilen wir aufs Schärfste und erheben dagegen den schärfsten Protest.

Wir betrachten Sowjetrußland als unsere Heimat, die wir mit allen Kräften verteidigen werden.

Wilhelm Simanel	Erich Anjitta
Stefan Wasborn	Graf Hamm
Emil Starosta	Stanislaus Konert
Adolf Sprenger	Lorenz Lochhofen
Kurt Freidel	Hermann Petruschka
Paul Ludwig	Karl Drothen
Fritz Siecke	Willy Bauz, Ingenieur
Franz Chwojka	Wilhelm Krull
Robert Schubert	Peter Hamm
Theodor Wegmann	Bernhard Lochhofen

Arbeiter wehren sich gegen Zwangs-räumung

Frankenstein, 18. März. Als vor einigen Tagen der Arbeiter G. in Niedersdorf durch Räumungsurteil aus seiner Wohnung bei dem Gutbesitzer L. herausgesetzt werden sollte, da er seit acht Monaten keine Miete bezahlt hat, verhinderten Parteifreunde des G. die Räumung. Sie nahmen gegen den Gerichtsvollzieher, in dessen Begleitung sich zwei Landjäger befanden, eine drohende Haltung ein, und der Steinwäger W. aus Frankenstein hielt eine Geßrede gegen den Besitzer und brachte zum Ausdruck, daß sie weitere Zwangsräumungen durch noch größere Demonstrationen — diesmal waren es 62 Personen — verhindern werden würden.

Überall Rebellion der SPD. gegen die Hungerpolitik

M. A. Wie wir erfahren, fand in Niedersdorf dieser Tage eine Mitgliederversammlung der SPD. statt, in der es zu scharfen Auseinandersetzungen kam. Eine ganze Anzahl einfacher Mitglieder löste scharfe Kritik an der Politik ihrer Partei. Sie brachten zum Ausdruck, „daß es so nicht weitergehen kann, wenn nicht die Arbeiterbewegung in den Abgrund geführt werden sollen“. Ganz besonders scharf wurde auch die Gemeindepolitik der SPD. verurteilt, ebenso der Lohnraub, wobei festgestellt wurde, daß er sich geradezu katastrophal entwickelte. Es ist aber unerhört, daß die daraus in den Haushalten entstehenden Defizite durch immer neue Massensteuern „ausgeglichen“ würden.

Interessant war, wie einige Führer ebenfalls in „Opposition“ traten. Sie verurteilten gleichfalls die Politik, aber nicht aus grundsätzlichen Erwägungen heraus, sondern nur aus Angst vor dem Abwandern der Mitglieder der Partei.

Einen ernsthaften Kampf, wie er von den Mitgliedern gefordert wurde, lehnten sie ab.

Als Mittel empfahlen sie demagogisch, daß die SPD-Vertreter in den Gemeinden keine Massensteuern bewilligen, sondern ruhig die Ernennung von Kommissaren zulassen und abwarten lassen. Eine etwas „überholte“ Methode, die darauf berechnet ist, die Mitglieder irrezuführen.

Die Aufgabe unserer Genossen ist es daher, den ehrlichen SPD-Proleten den Betrug aufzuklären, da doch die Staatskommissare entweder Beauftragte der von der SPD. geführten Preußen-Regierung oder der von der SPD. gestützten Reichsregierung sind.



ziehen unsere

WERBETAGE

Seit Jahren sind sie bliebt und ganz Breslau wartet auf sie. Noch nie haben Prager-Qualitäten den Käufer enttäuscht, denn wir arbeiten nicht nach Schablonenschnitten. Jeder Anzug, jeder Mantel usw. muß sich der Person anschmiegen

Prager-Qualitäten

sind einfach fabelhaft. Nur erstklassige Stoffe in gediegener Verarbeitung. Wir schlagen alle Anpreisungen

Hier unsere Preise: **Anzüge**, nur moderne Stoffe:

22⁵⁰ 29⁵⁰ 36⁵⁰ 49⁵⁰ 58⁰⁰ 68⁰⁰

Mäntel für jeden Geschmack:

18⁵⁰ 27⁵⁰ 39⁵⁰ 49⁵⁰ 58⁰⁰ 68⁰⁰

Zahlungserleichterung durch die Kunden-Kredit G.m.b.H.
Beachten Sie bitte unsere Schaufenster

Gegründet 1860

L. Prager Albrechtstr. 51
Eingang nur Ecke Schuhbrücke

G Empfehlenswerte Geschäfte von Breslau und Schlesien G

Breslau - Zentrum
R. Karsunky & Co., Möbel
Rosenthaler Straße 2
Ecke Matthiasstraße 2735

Breslau - Zentrum
Molkerei
Scheloske & Sohn
Klein Tschansch bei Breslau

Grünberg
KUNELLA GOLD
mit den wertvollen
KUNELLA BONS
allein erhältlich in der
KUNELLA - BUTTERHANDL.
2451

Görlitz
J. HORN
Inhaber Hermann Horn
Görlitz
Steinstraße Nr. 1 1021

Waldenburg
Kauft bei
Jacobsohn
Gartenstraße 6 1010

Brieg
Brauchst Du SCHUHE??
Geh zu **SCHINDLER**
Zollstraße 27 1254

Kaufhaus ARTHUR BACH
Billigste Bezugsquelle
Vorjahr schon erh. 10 Prozent Extra-Rabatt 1252
Fleisch- und Wurstwaren 1253
ROBERT MEYNER
Carbstraße 18
Damen-, Mädchen-, Kinderbekleidung 1255
Medizinische Präparate / Gebrauchsartikel
BERGMANN'S Engengeschäft, Oppelow Str. 24

Kaufhaus S. JABLONOWSKY
Oppelow Straße 22 1254
L. LEVIN, Zollstraße 1 1257
Spezialhaus für Herrenartikel
Tricotagen, Hüte, Mützen

Ohlau
... nur mit Gas!
rasch, sauber, billig

Raf und Auskunft
beim Gaswerk Ohlau 1260

Ohlau
Karl Kreusel Söhne
Möbel aller Art 1253

KONSERVEN, WEINE, SÜDFRÜCHTE
sowie sämtliche Kolonialwaren kauft man
gut und preiswert im Feinkosthaus
Georghenischei
Reinhold-Nengebauer-Str. 2
Telephon 357 1259

KARL ROSSENDEUTSCHER 1261
Breslauer Straße 3
HÜTE / MÜTZEN / HERRENARTIKEL

E. PROST, Brieger Straße 36
Woll- u. Weißwaren, Arbeitsbekleidung 1262

BRAUNBIERBRAUEREI
Selter / Limonaden
ERNST 1260

Lauban
Trinkt Laubaner Korn!
EDMUND SCHUBERT
Weinbrennerei 1054

Radio-Haberecht, Naumburger Str. 34
1685 altrenommiertes Spezialgeschäft

BRUNO KLETTE, Richterstr. 14
1682 Papier / Bürobedarf

H. SÜSSMANN, Brüderstraße 17
Tucherei-Bedarf, Innendekoration 1690

MÖBEL billigt und gut bei
ERNST QUESTER, Tischlermeister
1265

FRANZ LILGE
empfiehlt preiswert Lebensmittel 1266

NÄHMASCHINEN / FAHRÄDER
PAUL FROST, Breslauer Chaussee 3
1267

H. KASKE, Bau- und Möbeltischler
Tischlerei: Pflanzplatz 4
Möbellager: Oderstraße 50 1268

FF. FLEISCH UND WURSTWAREN
PAUL DRÄBNER 1270

KOHLE UND BRIKETS
ARTHUR KANLERT 1271

Wurstfabrik Gerhard Hentschel
Frühstückstube / Versandhaus
für Dauerware / Fernspr. 233
1667

ANTON PILZ, Brüderstraße 13
Mehlprodukte, Hülsenfrüchte, Kolonialwaren
1689

Sprottau
Otto Großmann, Judenstraße 3
1964
Fahrräder und Nähmaschinen
Eigene Reparaturwerkstatt

Pelsterwitz
Bäckerei und Konditorei
PAUL HAUPT, Neue Hauptstraße 8
Elektrischer Betrieb 1258

Oels
RESERVIERT
2028

Kauft am Platze
2027

NAUMANN - NÄHMASCHINEN
auf Teilzahlung 2025
Alfred Schließinger, Ols i. Schles., Ring 17
Filiale: Neumarkt in Schles., Oberring 17

Liebau
Woll- u. Baumwoll
waren, Trikotagen
Inletts / Bettledern
Emil Bodmann
Nikolaistraße 3
1888 Reseruiert

Süddeutsches Leinwandgeschäft
C. A. FRENZEL & SOHN
Berufskleidung / Wäsche / Trikotagen
1691

Alois Hampel, Waldenburger Str.
Inh.: Ignaz Bender 8-1
empf. sämtl. Kolonial- u. Tabakwaren

Der Parteitag der K.P. Tschechoslowakei grüßt den Genossen Stalin

Der sieben Monate VI. Parteitag der Kommunistischen Partei der Tschechoslowakei hat an den Führer der K.P.S.U., den Genossen Stalin folgendes Telegramm geschickt:

„Der VI. Parteitag der Kommunistischen Partei der Tschechoslowakei begrüßt das leninistische Zentralkomitee der Russischen Kommunistischen Partei der Sowjetunion und ihren Führer, Genossen Stalin. Die K.P.S.U. ist uns ein leuchtendes Beispiel des genial geführten und siegreichen Kampfes für die Befreiung des Proletariats, für die sozialistische Ordnung.“

Wir unternehmen alles, um gegen die kapitalistischen Kriegszwänge die Position der Weltrevolution, das Vaterland des internationalen Proletariats, das Land der proletarischen Diktatur zu verteidigen, welches im entscheidenden Jahr des siegreichen Fünfjahresplans in die Periode des Sozialismus eintritt. Wir unternehmen alles, um nach dem Beispiel der russischen Sowjetmacht durch eine leninistische Führung der Massenkräfte die Mehrheit der Arbeiterklasse zu gewinnen und die arbeitenden Massen zur siegreichen proletarischen Revolution zu führen.

Es lebe die K.P.S.U., ihr leninistisches Zentralkomitee und ihr Führer, Genosse Stalin!
Es lebe die Kommunistische Internationale!“

Jungarbeiter werden gefoltert

Raffinerien in Rumänien

Bukarest, 21. März. Den Gendarmerie in Bessarabien verhaftet fortgesetzt Arbeiter, die beschuldigt werden, kommunistische Zellen gebildet zu haben. So wurde in Bender die Arbeiterin Sura Geiser verhaftet, weil sie angeblich Flugblätter des Arbeiter- und Bauernbunds im Zusammenhang mit dem Erwerbslosentag und Flugblätter des Jugendverbandes unter den Rekruten verbreitet haben soll. Sie wurden zu zwei Jahren Kerker und 10 000 Lei Geldstrafe verurteilt. Ferner wurden in Bender 14 Schüler des Gymnasiums und der Handelsschule und mehrere Jungarbeiter verhaftet wegen angeblicher Zugehörigkeit zum kommunistischen Jugendverband. Sie wurden im Kerker so unmenlich gefoltert, daß sie nach einigen Tagen mit schweren Verletzungen in Spitale eingeliefert werden mußten.

Alle Mittelschulen und höheren Schulen in Bessarabien wurden in letzter Zeit von den für das Regime „unzuverlässigen“ Schülern geäubert. Diese Maßnahme trifft sowohl die Schüler der nationalen Minderheiten, als auch Studenten, die der Arbeiterbewegung nahe stehen. Als mehrere der ausgeschlossenen Mittelschüler sich nach der Tschechoslowakei begaben, um ihre Studien dort fortzusetzen, wurden sie auf Veranlassung der tschechischen Polizei zu den Schulen nicht zugelassen.

Wieder Todesurteil in Indien

(E.P.) Lahore, 21. März. Vom hiesigen Sondergericht ist der Jader Abdul Gani am Freitag zum Tode verurteilt worden. Gani hatte 1928 in Lahore ein politisches Bombenattentat verübt.

Elektromonteurstreik in London

(E.P.) London, 21. März. 3000 Londoner Elektromonteur sind mit dem heutigen Tag in den Zustand getreten, da die Unternehmer Lohnforderungen um 4 Schilling pro Woche fordern. Falls die Arbeitgeber auf ihrer Forderung bestehen, werden weitere 12 000 Elektroarbeiter in den Zustand treten.

In Finnland wurde das neue Kabinett von Dr. Sunila, dem Führer der Landwirtschaftspartei, gebildet. Der Regierung gehören eine Reihe von Lappo-Faschisten an.

Das sind die Vorkämpfer der „nationalen Betreibung des deutschen Volkes“!

Landstrolche gegen die Sowjetunion

Der Jungdeutsche Orden bietet sich als Verbündeter den imperialistischen Raubstaaten an

Das Blatt des Jungde, „Der Jungdeutsche“, beschäftigt sich in einem Leitartikel von August Abel, M. d. R., betitelt „Kampfkampf im Fernen Osten“, mit den sowjetfeindlichen Kriegsvorbereitungen Frankreichs und Amerikas im Fernen Osten. Das Blatt stellt an Hand vieler alarmierender Tatsachen fest, daß die französische Regierung, gemeinsam mit Amerika und Japan, konkrete militärische Vorbereitungen zu einem bewaffneten Überfall auf die Sowjetunion vom Fernen Osten aus trifft.

Besonders charakteristisch für die Politik der deutschen Bourgeoisie und des deutschen Faschismus ist aber der Inhalt des Artikels. Der Jungde bietet sich darin mit frechem Ignoranz dem französischen Imperialismus zu Lande und Meere als Verbündeter gegen die Sowjetunion an. Das ist das wahre Gesicht der „nationalen Betreuer“ des deutschen Volkes.

Wie nagelt dieses offenerzige Geständnis des Jungde hier fest, indem wir die entscheidenden Absätze des erwähnten Artikels abdrucke. Ein Kommentar erübrigt sich. Denn diese Sätze sprechen für sich selbst.

Der Artikel beginnt mit der Feststellung, daß „die Führung der Antisowjetfront aus den Händen Englands in die Frankreichs gegliedert ist“, und fährt dann fort:

„Im Herbst vergangenen Jahres bog sich im Auftrage des Quai d'Orsay und des französischen Generalstabes eine besondere französische Abordnung nach Nanjing, um der dortigen Regierung einen Plan zur Sammlung aller sowjetfeindlichen Mächte in China zu unterbreiten. Die Kommission setzte sich aus Offizieren des französischen Generalstabes und des französischen Nachrichtenbienstes zusammen und war begleitet von einer Anzahl früherer zaristischer Offiziere, die als Emigranten in Frankreich leben. Der militärisch-politische Charakter dieser Kommission war selbstverständlich getarnt... Innerhalb der Kommission befand sich eine besondere Stelle für die Anwerbung chinesischer Agenten und Propagandisten gegen Sowjetrußland.“

Die chinesische Provinz Tibet war vorgelesen als militärischer Ausbildungsplatz der Antisowjetarmee. Die Kommission richtete an die Nanjing-Regierung die Bitte, sie durch Zulassung von Funktionen und durch Einrichtung von Waffendepots zu unterstützen.

„Da viele chinesische höhere Offiziere vom Stabe Tschang-kaischels von den Franzosen gekauft worden waren, gelang es der Kommission, bis nach Tibet vorzudringen, wofür sie jetzt dabei ist, eine Fremdenlegion zu bilden, deren erste Aufgabe die restlose Zurückgewinnung der chinesischen Ostbahn sein soll.“

Auch amerikanische und japanische Kreise arbeiten mit den Franzosen zusammen. Die Amerikaner sind mit an der Ostbahn interessiert, ihr Hauptziel ist aber der Verkauf riesiger Fracht- und Truppentransport-Automobile für die neue Antisowjetarmee, während die Japaner mehr Interesse zeigen für die längs der Ostbahn gelegenen Kohlenfelder.

Für den Fall, daß es nicht gelingen sollte, den russischen Einfluß auf die Ostbahn auszuschalten, will man mit Hilfe der amerikanischen Lastautomobile die Ostbahn durch einen Tarifkrieg ruinieren.“

Nach der Darstellung dieser alarmierenden Vorgänge schließt das Blatt seine Betrachtung mit dem folgenden zynischen Angebot an die Adresse des „Erbsündens“:

„So bahnt sich im Fernen Osten ein gewaltiger Kampf an dem wir Deutschen als Zuschauer betrachten und registrierend gegenübersehen. Sätten die Franzosen aus den engen Wirtschaftsbündnissen mit Deutschland die notwendigen politischen Folgerungen gezogen (!), so wären die Hoffnungen auf das Gelingen dieser fernöstlichen Unternehmung bedeutend größer (!), als sie es heute sind. Bei dem kühnen Bestehen Frankreichs auf dem Versailles-Diktat müssen wir uns mit der Rolle des Zuschauers begnügen.“ (!)

Dieser Artikel ist eines der ungeheuerlichsten Dokumente der sowjetfeindlichen kriegerischen Pläne der bankrotteten deutschen Bourgeoisie und vor allem ihres „nationalen“ Flügel!

Deutsch-österreichische Zollunion

Im Rahmen des Versailles Systems

Die deutsch-österreichischen Wirtschaftsverhandlungen, die anlässlich des Besuchs des deutschen Außenministers Curtius in Wien in ihr entscheidendes Stadium getreten sind, haben zum Abschluß einer deutsch-österreichischen Zollunion geführt. Auf Grund dieses Abkommens, das am kommenden Montag veröffentlicht werden soll, werden in Zukunft im Warenverkehr zwischen Deutschland und Oesterreich keinerlei Zölle mehr erhoben, mit Ausnahme einiger Zollpositionen, die Oesterreich für eine kurze Uebergangszeit weiter erheben darf. Zollverhandlungen Deutschlands oder Oesterreichs mit anderen Mächten werden in Zukunft von den beiden Mächten in enger Gemeinschaft oder sogar gemeinsam geführt werden.

Die Bedeutung dieses Abkommens geht weit über den Rahmen wirtschaftlicher Abmachungen hinaus. Es ist von großer politischer Tragweite. Auf dem Wege über eine Zollunion schreitet die deutsche und österreichische Bourgeoisie zur Verwirklichung des „Anschlusses“ — aber nicht im Gegensatz zu den Siegern von Versailles, sondern im Rahmen des Versailles Systems. Der überraschende Erfolg der Wiener Verhandlungen im Augenblick der Schwankung der italienischen Außenpolitik zur alten Entente-Kombination läßt darauf schließen, daß die politischen Bindungen Deutschlands und Oesterreichs an die

Ziele der Entente-Mächte bereits festere Gestalt angenommen haben, so daß eine deutsch-österreichische Annäherung heute bereits ihren Platz in den Kombinationen der kontinentalen Politik Frankreichs hat. Nicht umsonst betont die österreichische Presse mit Nachdruck, daß das Abkommen „unter Wahrung der Bestimmungen des Versailles Vertrags, des Vertrages von St. Germain und der sonstigen internationalen Abmachungen“ geschlossen worden seien.

Die deutsch-österreichische Zollunion signalisiert eine Verstärkung der nach dem Westen strebenden Tendenzen der deutschen Außenpolitik. Eine ernste Warnung für das deutsche Proletariat!

Französisches Flottenbauprogramm

Paris, 21. März. Das französische Flottenbauprogramm für 1931/32 sieht, wie heute im Marinenausschuß der Kammer mitgeteilt wurde, vor, den Bau eines 23 333 Tonnen-Kreuzers mit 305 Millimeter-Geschützen und zwei kleineren Einheiten zu 7500 Tonnen mit 155 Millimeter-Geschützen; der Linienschiff soll für noch kleinere Einheiten, nämlich Aviso und Geleitboje, verwendet werden.

Frauen in Not

Berichtet von Carl Credé

Copyright Walbert Schulz Verlag, Berlin-Wilmersdorf, Brandenburgische Str. 9
4. Fortsetzung.

Das Gesetz gibt keine Handhabe, um Frau Schünemann von der weiteren Gebärtätigkeit auszuschließen. So hat sie sich denn glücklich zwei Kinder aus dem Leib herausgeschnitten lassen. Die Kinder sind übrigens äußerlich ganz lieblich geraten, aber so recht viel los ist nicht mit ihnen. Das eine leidet an Krämpfen, das andere ist ungemein rachitisch und hat Beine wie Fiedelbögen. Kein Wunder, viel zu heißen und zu brechen gibt es bei Schünemanns nicht.

Nach der Geburt des zweiten Kindes haben beide Schünemanns in einem lichten Moment ein Gelübde abgelegt bei allem, was ihnen heilig ist: „So etwas soll uns nun aber bestimmt nicht wieder passieren.“ Zwei Monate später fühlt sich aber Frau Schünemann wieder prompt Mutter.

Nun hat es aber geschnappt! Jetzt will sie einfach nicht mehr, und diese kleine Frau kann recht bödig sein, wenn sie sich etwas in den Kopf gesetzt hat.

Ihr Mann hat ja die nötige Routine im Laufen von Pontius zu Pilatus, und nun gehen die beiden Unglücksfälle zusammen los. Zuerst zu dem praktischen Arzt, der sie dauernd behandelt hat. Der stellt wohl mit Bedauern die erneute Schwangerschaft fest, vermag ihnen aber nicht zu helfen.

Vater Schünemann tobt und jagt dem Arzt einige bittere Beleidigungen: „So fin nu de Dokters, wenn wer bloß Geld hätten, würden wer schon geholfen kriegen! Wenn ne reiche Frau sowas hat, findet se immer ein“, der se operiert, aber meine Frau, die soll hier elend verrecken! Am liebsten möchte ich ne Art nehmen und darzwischen schlagen.“

Das Wartezimmer des Arztes beginnt sich zu leeren. Alle befürchten einen Todtschicksal Schünemanns. Die Szene wird nicht gerade zum Tribunal, aber doch zur Volksversammlung. Alles, was proletarisch ist, hat lebhaftes Mitgefühl mit den Schünemanns und schimpft auf den § 218.

Den armen Arzt schützt nur seine allgemeine Beliebtheit davon, in seinem eigenen Hause verprügelt zu werden. Schünemann wird immer rabiat, und schließlich schreibt ihm der Arzt einen Brief an einen Facharzt mit der Bitte, den Fall nachzuprüfen. Dieser zieht sich glatt aus der Affäre. Er, der Frauenarzt, sagt: „Ja, was soll denn das? Ich habe doch keinen Grund zum Eingreifen! Das sollte doch der Kollege wissen! Da ist doch weiter gar nichts dabei, Frau Schünemann, Sie lassen sich einfach wieder operieren! Das ist doch zweimal gut gegangen!“

Schünemann tobt wieder: „Wenn das Ihre Frau wäre, Herr Doktor, dann möchte ich bloß mal sehen, ob Sie das sagen würden, der würden Sie die Sache wohl schön wegnehmen!“ Der Frauenarzt hat nicht so viel gutmütige Hemmungen wie der praktische. Er schmeißt das verdugte Ehepaar rasch hinaus. Die klappern nun noch ein paar Ärzte ab, überall mit dem gleichen negativen Erfolg. Dann trafen sie ihre letzten Moneten zusammen und fahrten in die Großstadt, denn angeblich sollen ja die großstädtischen Ärzte aufgefällter und schneidiger sein als ihre kleinstädtischen Kollegen!

Wieder ohne Erfolg. — Das letzte Geld ist nun fort, und Frau Schünemann nimmt täglich an Umfang zu. Mittlerweile ist sie schon im vierten Monat.

Jetzt tritt die Freundin in Aktion. „Menschenskind!“ sagt die, „wären Sie nur eher gekommen! Jetzt ist es schon ein bißchen spät. Jetzt bluten Sie zu stark, wenn man das macht. Sehen Sie!“ — und dann widert sie geheimnisvoll eine alte Mutter- sprüche ungläublichen Kalibers aus schmutzigem Zeitungspapier heraus, „wenn Sie vor drei Monaten gekommen wären, hätte ich Sie ein bißchen Lysoform in die Gebärmutter gespritzt mit dem Ding, un denn wäre das schnelle abgegangen. Jetzt traue ich mir aber nicht mehr!“

Vater Schünemann hat ihr interessvoll zugehört: „Zeigen Sie das Ding mal her!“ Er nimmt ihr die Spritze aus der Hand, überzeugt sich von ihrem guten Funktionieren und sieht der Schützen dann schärft in die Augen: „Also, Sie wollen's nicht machen?“ — „Um Gottes willen!“ Die Schützen will ihm die gefährliche Spritze entreißen. Er dreht sie ihr aber rasch und rabiat aus der Hand: „Finger weg von dem Ding, halten Sie mal de Luft an, sonst werde ich Ihnen mal mit den Staatsanwalt bekanntmachen! Was Sie können, kann ich schon lange. Bin doch im Kriege Sanitäter gewesen!“

Am Abend fängt nun Schünemann an zu operieren. Die

Frau muß sich auf den Rücken legen, die blakende Petroleum- fackel gibt ein spärliches Licht. Im Nebenraum wimmern die aufgeregten Kinder. Injunktio fühlen sie wie junge Tiere die Gefahr, die der Mutter droht. Frau Schünemann ist reichlich unruhig, als Karloise bekommt sie daher ein paar hinter die Ohren. Lysoform ist auch nicht da, aber schmutziges Seifenwasser tut es wahrscheinlich auch. Die Gebärmutteröffnung findet er nicht gleich, der Herr Operateur, er stößt deshalb rabiat zu, und die schärfe Mündung der Mutteriprize gleitet unter einigen Blutungen durch das weiche Gewebe hinter der Gebärmutter in die Bauchhöhle, und nun spritzt Schünemann ganz lässlich ein Viertelliter schmutzige Seifenlauge dort hinein.

Nach einer Stunde beginnt Frau Schünemann sich in wahn- sinnigen Krämpfen zu winden. Einen Arzt holt man natürlich nicht, man hat Angst. Endlich, am dritten Tage — Frau Schünemann liegt mittlerweile im Sterben — kommt ein Arzt aus Krankent. Es ist nichts zu heilen, nicht mehr zu machen — schwerste Bauchfellentzündung, Sepsis!

Wenige Stunden später ist die arme, kleine Frau Schünemann, diese muntere Lebensbejaherin, die sich so wacker 25 Jahre auf den Beinen gehalten hat, ihren Kindern eine gute Mutter war und ihrem Manne eine mehr als gute Gattin, nicht mehr am Leben! Ihr Leib ist aufgequollen, die Beine unförmig dick, ihr Gesicht entsetzt vom Todeskampfe.

So bietet sie ein grauenvolles Bild von der verheerenden Wirkung des Gesetzes, dessen Zwang sie sich nicht hat fügen wollen! Den Mann erwarten ein paar Jahre Gefängnis — er ist natürlich verurteilt. Gerade diesen Menschen wird das Gefängnis bestimmt nicht bessern, sondern, zwar halb zerbrochen, aber doch noch recht gefährlich für die Gesellschaft, wird er daraus zurückkehren, wenn er überhaupt die Zeit überlebt.

Dann ist er so schwer verurteilt, daß er überhaupt keine Arbeit mehr findet. Die Kinder sind inzwischen wohl im Waisenhaus untergebracht worden, später kommen sie in die Fürsorge. Ein trauriges Los!

Ob der Staat sehr viel Nutzen in solchen Fällen davon hat daß er Frauen zwingt — zwingen will — zu gebären, die bei Lichte betrachtet eigentlich gebärfähig sind, darüber ließe sich entschieden debattieren. Ich bin jedenfalls der Ansicht, daß der § 218 beseitigt werden muß.

(Fortsetzung folgt.)

„Dithilfe“ für Junker und Schlotbarone

2000 Millionen Mark auf Kosten der hungernden Massen

Der Dithilfe des Reichstages begann am Dienstag die Beratung des „Dithilfe“-Gesetzes, jener großen Aktion der Bekämpfung, Schiele und Dietrich, die von Hindenburg schon vor einem Jahre gefordert wurde zur Sanierung der bankrotten Junkerbetriebe, zur Subvention der oberösterreichischen Schloßbarone und zum Bau militärischer Bahnen und Straßen an den Grenzen.

Das Gesetz zieht eine Demarkationslinie quer durch Deutschland, die fast genau der Elbellinie entspricht. Es handelt sich um das Gebiet, in dem die Junker vorherrschen, diese Hauptstützen des Faschismus und Träger der volkfeindlichen Reaktion. Für diese „notleidenden“ agrarischen Herrenmenschen hat die deutsche Republik, haben Zentrum, Demokraten und Sozialdemokraten Geld in Hülle und Fülle. Um sie zu zufrieden zu stellen, hat sich das Traktatkapital bereit erklärt, die durch den Young-Plan hinfällig gewordene „Ausbringungsumlage“ bis zum Jahre 1936 weiter zu zahlen, natürlich auf Kosten der arbeitenden Masse und verstärkter „Nationalisierung“.

Angekommen sollen folgende Millionenbeträge, teils direkt vom Reich auf Kosten der werktätigen Steuerzahler, teils indirekt durch Beschaffung privater Darlehen unter Reichsbürgschaft, in die Wirtschaft des Ostens gepumpt werden:

Was kostet die Dithilfe?

1. Entlassung 1932-36, Staatsmittel	55,3	Mill. Mark
2. Förderung sonstiger Zwecke 1932-36	100	„ „
3. Gewerblicher Kredit von Industriebank	25	„ „
4. Forderung landwirtschaftlicher Erzeugung, Verlängerung des Kredits um 10 Jahre	60	„ „
5. Eisenbahnbau, Darlehen an Reichsbahn auch als verlorene Zuschüsse	130	„ „
6. Industriebank, Vermögen	500	„ „
7. Ausbringungsumlagen 1931-36	500	„ „
8. Umschuldung aus Staatsmitteln 1931-38	324	„ „
9. Siedlung 1932-36	250	„ „

1944,3 Mill. Mark

Die Regierung gibt ihrer Gesetzesvorlage die heuchlerische Begründung, die Not sei entstanden einzig durch „die neue Grenz-ziehung“ und sie treffe sämtliche Bevölkerungsschichten, wobei sie die ungeheure Not der Erwerbslosen in den östlichen Agrargebieten, die Hungerlöhne der schlesischen und oberösterreichischen Berg- und Textilarbeiter, das Elend der Landarbeiter und der kleinen Bauern und Küstentischer überhaupt nicht berücksichtigt.

Die Kommunisten haben infolgedessen folgenden Antrag zu § 1 eingebracht, wonach

1. Zur Linderung der Not, in die die Erwerbslosen, Sozial- und Kleinrentner, bäuerliche Familienbetriebe, Kleingewerbetreibenden und sonstige werktätige Schichten des deutschen Ostens infolge der bisherigen volkfeindlichen Wirtschafts-, Finanz- und Außenpolitik der

deutschen Regierung sowie durch den räuberischen Friedensvertrag von Versailles und die aus ihm folgenden ungeheuerlichen Tributzahlungen geraten sind, werden die in den §§ 2-7 bezeichneten Maßnahmen beschleunigt durchgeführt.

2. Als räumliches Geltungsgebiet wird vorläufig das Gebiet östlich der Elbe festgelegt.

Der Antrag zeigt, wer der wahre Schuldige an dieser Ostnot ist und wer die Opfer sind. Keinen Pfennig den Junkern und Schlotbaronen! Alles den Erwerbslosen und werktätigen Massen! Die Kommunisten werden von diesem Grundsatze ausgehend zu jedem einzelnen Paragraphen des Gesetzes Stellung nehmen.

Wählt rote Betriebsräte!

Von Kasimir Sublimier

Wir woll'n uns, eh' wir wählen gehn,
Die Brüder noch einmal besehn,
Die immer noch nicht wissen,
Daß sie verschwinden müssen.

Wenn man sie sich genau beachtet,
So merkt man, ist der Unterschied,
Wie sie auch heißen immer,
Ein kleiner Farbenschimier.

Ob Hakenkreuzler, Hirsch und Christ,
Ob Werkvereiner, Reformist,
Ob Stahlhelmbrüder, Brandler-Rechte:
Alle sind Unternehmernknechte!

Uns gelten Worte nicht . . . nur Taten!
Was soll'n uns Räte, die verraten,
Sobald der feiste Geldsack droht?!
Weg mit den Schwächlingen! . . . Wählt rot!!

Wer Chefs devot aus Händen frißt,
Für fette Dividenden ist,
Indes Proleten knurrt der Magen —
Den könnt ihr jetzt zum Teufel jagen!

Da gibt's nichts mehr zu überlegen:
Prolet, jetzt gilt es, auszufegen!!
Sie hähnten euch . . . nun macht es quit!
Den Besen her und weg damit!!

Wählt rote Betriebsräte!
Jeder Betrieb
eine
rote Burg!!!

Was wird aus dem Buchdrucker-Verband?

„Finter“ Sporn entwidelt faschistische Methoden

Infolge Raummanagements konnten wir bisher den Bericht über die Generalversammlung des Ortsvereins Breslau des Buchdruckerverbandes, die am 15. März im Gewerkschaftsclub tagte, nicht bringen. Wir holen im Nachhinein das Versäumte nach. Die Redaktion.

Trotz des üblich langweiligen Verlaufes der Generalversammlung am 15. März machten sich doch Dinge bemerkbar, aus deren Schlußfolgerungen notwendige Konsequenzen gezogen werden müssen. Wir wollen, wobei die Fortsetzung des bestehenden Kurzes führen muß; nämlich zum weiteren Niedergang der Gewerkschaftsbewegung bis zur Schwerknot. Die Generalversammlung war ein Symptom des Weges und der Entwicklung. Schon die Tagesordnung war von Sporn „taktisch“ aufgestellt und wurde entbrechend durchgeführt. Tatsächlich gelang ihm auch diesmal wieder, seine ausgedehnten demagogischen Meisterstücke durchzuführen. Neu ist als Symptom immerhin aber, daß dies unter Aufheerung selbstverfälschter Mitgliedsrechte und vollständiger Statutenverletzung geschehen ist. Warum auch nicht? Es ist schließlich klar, daß Sporn seiner „links“ politischen Überzeugung Rechnung tragen muß. Er ist selbst natürlich auch als „Führer“ kein Arbeitervertreter, sondern nur deren treuer Diener. Schließlich wird er ja dafür entsprechend belohnt. Wenn nötig ist er mit seinen vorerwähnten Voten (Partei-gesellen) nicht einverstanden und hat in 12jähriger Praxis gut gelernt, unter „rechtfertigter“ Maske vor den Mitgliedern „Arbeiterpolitik“ zu mimieren und doch dabei die Befehle von oben so durchzuführen, daß dort der arbeitereindliche Kurs fortgesetzt werden kann. Die politischen Ausführungen im Jahresbericht sind natürlich danach.

Zu dem gedruckt vorliegenden Jahresbericht hielt es Sporn für nötig, noch über 1 Stunde unter größter Interessiertheit der Versammlung Wiederholungen und belanglose Dinge zu sprechen, um jedenfalls die Zeit auszufüllen. Die Diskussion zeigte, daß für den Jahresbericht fast gar kein Interesse vorhanden war. Erst der oben erwähnte Kollege Heintz zeigte klar auf, welcher Kurs aus diesem Bericht für die Entwicklung des Verbandes zum Ausdruck kommt. Der Vorstand hat seinen Bericht über den Ernst der Lage mit lächerlichen und demagogischen Mitteln anmaßlicher Lübnungsversuche verpackt. Sporn jammert gleich den oberen Voten über das manövrierende Verhalten der Unternehmer, die mit Hilfe der Brüning-Regierung die Lage der Arbeiterschaft immer mehr verschlechtern. Er sagt freilich nicht, daß er mit seinen politischen Freunden die ganze Stärke dieser Entwicklung und voll verantwortlich dafür ist. Nicht Kampf ist ihre Parole, sondern Fäulnis (kapitalistische Antreiber) sollen die Not „hinzubringen“ helfen! Was mag wohl Arbeitervertreter sein? „Führer“, „Belehrer“ und Sporn oder Reim noch darüber? Ein klarer Fühler zeigt auch der Jahresbericht für den, der nicht bloße Ziffern reißt. Für 1200 Mitglieder in Breslau sind 2 Angehörige vorhanden, deren Bezahlung folgende Entwicklung zeigen (auf Tausend nach unten abgerundet): 1924 — 6000, 1925 — 9000, 1926 — 10 000, 1927 — 11 000, 1928 — 12 000, 1929 — 14 000, 1930 — 16 000 ML. Ferner auch in diesen Zahlen nach Vorortgeleit (190 ML.) und gegen 500 ML. Entschädigung für übrige Vorstandsmitglieder enthalten ist, ändert sich die Entwicklungskurve nicht. Andererseits aber ist im vergangenen Jahre der Zuschuß für Frante und Invaliden sowie der Krankheitsgeld gestiegen worden. Sporn ist froh, daß der Vorstand diesmal keine weiteren Streikangehörigen stellen braucht. Bei den zu erwartenden weiteren Verschlechterungen der „Wirtschafts-lage“ ist zu rechnen mit weiterem Abbau bei den Arbeitlosen. Invaliden usw. Obwohl wir bringen, daß die Gewerkschaften nicht als Unterstützungsmittel — die sie heute nur sind — wollen, sehen wir bereits, daß durch die Fäulnispolitik der Bonapartie neben dem schon fortgewährenden Kampfverfall auch die noch zusammenhaltende Unterstützungsfähigkeit immer mehr schwand. Trotzdem bewegt sich der Beitrag natürlich ständig in aufsteigender Linie. Derselbe liegt sich aus 1924, 500, und Zentralbeitrag zusammen und beträgt zurzeit annähernd 4 Mark wöchentlich bei einem Wochenlohn von circa 53 Mark brutto (bei voller Arbeitszeit). Außerdem wurden noch in Breslau über 18 000 Mark Beiträge von den arbeitenden Kollegen im Jahre 1930 gezahlt. Kollege Heintz erklärte, daß die von

der SPD. zur SPD. übergetretene Reichstagsabgeordnete Maria Reefe bei einem Berliner Frauenkongreß den sehr zutreffenden Satz geprägt hat, daß die SPD. und Gewerkschaftsführer die deutsche Arbeiterbewegung geistig abgerichtet haben. Er weist darauf hin, daß dies auch in unserem Jahresbericht klar ersichtlich ist, resp. nichts für geistige Aufklärung zu finden ist. So ist es natürlich im ganzen Reich und selbst international überall dort, wo die Sozialdemokratie vorherrscht. Nicht vergessen darf man, daß bei solcher Situation und Praxis der Bonapartie die schmelzenden Gewerkschaftsbeiträge zum Wohlfonds der arbeitereindlichen SPD. am 14. September in Höhe von 1 Million Mark zugesandt wurden. Wie ihre ganze Politik haben sie auch diese Tat gegen den Willen und die Interessen aller Gewerkschaftsmitglieder begangen. Die Opposition unterteilt den Jahresbericht des Verbandes mit der kleinen Ergänzung: Keine Einigkeit macht stark! Den Bericht selbst muß man ablehnen. Der Bericht der Lehrlingsabteilung enthält 2 Sätze, die zum gemeinsamen Kampf mit den Mitgliedern gegen die drohenden Gefahren des Faschismus auffordern. Wir fügen hinzu: Erkennt eure Freunde und Feinde und dann im geschlossenen Kampf gegen alle Arbeiterfeinde bis zu ihrer Vernichtung, für den Sozialismus! Die übrigen Disziplinierungsbeschlüsse sind zum größten Teil neben der Tatsache, daß Gewerkschaften und SPD. gemeinsam den arbeitereindlichen Kurs der Verelendung durchzuführen, mit den Verhältnissen und Entwicklung in den „Breslauer Neuesten Nachrichten“. Als Sündenbock wurde alleinig der Kollege Heintz angegriffen. Sporn ritt zuletzt eine scharfe „Attade“ gegen ihn, während der sie sich gegenseitig „unparlamentarischer“ Anreden bedienten. „Demagoge“ war dabei am meisten zu hören. Heintz machte unter anderem den besondern Zwischenruf, daß er das von Sporn erst erkannt habe. Bescheidend war aber, daß Sporn wieder versuchte, diesen Kollegen der Opposition „anzufügen“. Zwar wissen wir denselben vielleicht besser als Sporn einzuschätzen, möchten aber bemerken, daß er ja kein Vorstandsmitglied und langjähriger Parteigenosse gewesen ist. Wir können uns nur denken, daß diese Tatsache mit der uns immerhin bedauerlich erscheinenden politischen Verwirrung dieses Kollegen in Zusammenhang steht. Trotzdem geben wir demselben insofern einen Vorzug, weil diese Tatsache bekannt und daher weniger gefährlich ist. Immerhin ist er auch auf dem letzten „Schweren“ Gantzen delegiert gewesen und hat dort doch Sporns Interessen sehr nachdrücklich vertreten. Wir könnten noch viele Beispiele anderer Verträge Sporns gegen die Opposition bringen, obwohl wir keinen rein persönlichen Kampf führen wollen, sondern um die Erkenntnis der wirklichen Situation und ihre notwendigen Konsequenzen für die Arbeiterbewegung unter den Buchdruckern ringen. Das ist natürlich ungleich schwerer, als Sporns Kampf gegen die Opposition. Wir würden uns nicht mehr wundern, wenn Sporn die Opposition auch noch für die „Wirtschaftskrise“ oder gar seine außerberuflichen „Anschlüsse“ verantwortlich machen würde.

Wenn der Kollege Steuer von der Opposition „brakische“ Arbeit verlangt, so antworten wir mit der Frage, wie er sich seine vielleicht ehrlich gemeinte Lehrlingsarbeit in doch staatsfeindlichem Sinne gegenüber seiner unklaren Kampfpolemik gegen die Feinde der Arbeiterklasse vorstellt? Welches sind die Feinde und wo stehen sie? Wie soll die Front dagegen geschmiebt werden? Wo und wie soll der Kampf geführt werden? Der Jahresbericht enthält kein Ziel. Die bloße propagandistische Arbeit für die Verbandseinheit ermöglicht ja erst den Evidenzorganisationen ihre Fäulnispolitik und damit auch den unvermeidlichen Niedersturz der Gewerkschaftsbewegung. Diese und andere fehlende Erkenntnisse vieler Buchdrucker hindern uns ja gerade, die Verhältnisse der jetzigen Situation zu liquidieren und den einzigen Weg zur Befreiung der Arbeiterklasse zu beschreiten. Wir gehen ihn trotzdem unbedeutend, weil wir wissen, daß er zwar durch diese Umstände jetzt noch schwierig, aber doch notwendig und richtig ist. Es geht immer mehr vorwärts und wird zu geeigneter Zeit zur Lämme anwachsen und den ganzen Blinder begraben. Noch ist es nicht so weit und besonders viele Buchdrucker in unserem Gau sind noch von den Illusionen und Schlägen des bestehenden Systems befaßt, daß seinem Untergang nicht entgegen kann.

Die oben genannten Angriffe des Verfassers, die als Nr.

Schluss des Dithilfe des Reichstages eingereicht wurden, können nur die vorhandenen Illusionen.

Was ist von einem außerordentlichen Verbandstag zu erwarten?

Außer den ungeheuren Kosten nichts. Schon die Formulierung der Anträge verpflichtet absolut zu nichts. Mit unserer Behauptung können und werden wir uns nicht täuschen und sprechen es deshalb auch offen aus.

Ein Verbandstag ist genau so „wertvoll“ als ein Parteitag der SPD.

Auch der Antrag der Kollegen der „Vollzeitung“ und die eingereichte Resolution des scheinradikalsten Kalinke, der immer einen „Dirigenten“ hat, werden die Haltung des Verbandsvorstandes absolut nicht ändern, zumal beziehungsweise Sporn heides zur Weitergabe an den Verbandsvorstand als „Material“ erklärte. Sporn hat damit das Schicksal dieses Materials aus eigener Praxis erkannt.

Ebenso bezeichnend war, daß in dieser Generalversammlung an einigen Abstimmungen sich kaum 10 bis 20 Kollegen beteiligten. Trotzdem wurde verschiedentlich bei starken Enthaltungen „einstimmige Annahme“ konstatiert.

Der Antrag Richard Franke, der die arbeitereindliche „Vollzeitung“ als Infiltrationsorgan ablehnte, löste eine reiche Debatte aus, in der die Vollzeitschriftstelen alle möglichen und unmöglichen Argumente anführten. Einige sprachen von „Agitationsantrag“ (?). Sporn und der bekannte Vollzeitschriftstelen Reim vergossen Proföbilstränen um die „Vielität“ gegenüber den Verstorbenen. Gegenüber sozial „Gefühl“ fand sich eine mitleidige Mehrheit, die für weitere „Vielität“ in der „Vollzeitung“ stimmte. Dem Kollegen Franke erklärte man, daß der entstehende Kostenbetrag, den er am Jahresabschluss an die Erwerbslosen verteilt wissen wollte, sich nicht gelohnt hätte. Wahrscheinlich ist das Geld unter dem vermuteten Mantel der Vielität in der „Vollzeitung“ besser untergebracht. Betrug, Lüge und Verdrummung durch diese Zeitung soll in der Arbeiterschaft seine Früchte tragen.

Ungeachtet von der Verlammlung war nach alter Erfahrung der größte Teil der Versammlungsbesucher schon längst nach Hause gegangen, als der wichtigste Punkt gegen den ursprünglichen Willen der Opposition am Schluss der Versammlung behandelt wurde. Schuld daran ist „natürlich“ die Opposition“ und nicht Sporn, der die beantragte Umstellung der Tagesordnung erfolgreich verhindert hatte und lieber die eingangs erwähnte „Taktik“ befolgte, so daß die Versammlung über die Mittagszeit bereits über vier Stunden in die Länge gezogen war.

Solange die Geduld der Kollegenschaft noch anhält und die Opposition nicht tatkräftig unterläßt wird, kann es nicht anders werden, sondern sich nur noch weiter verschlechtern. Verbandsvorstand und „Korrespondent“ werden auch mit Hilfe ihrer scheinradikalsten Kalinke vom Schlage Sporn weiter die Hungerpeitsche um die Ohren knallen. Da heißt es nicht, wie ein Hund zu lecken oder Schwanz einziehen, sondern beißen. Bis jetzt habt ihr noch nicht gebissen. Die Opposition unterläßt und ihre Reihen stärken, wird zeigen, wie man sie beißen kann, daß ihn hören und lehren begehrt. Es wird auch dabei zwar noch einige Schläge geben, aber je fester wir zubeißen, desto besser und schneller werden wir sie bezwingen. Daß die Bekämpfung der Anträge Verlach-Heinrich nicht abgelehnt, sondern verhindert wurde, ist kein Schaden der Antragssteller, sondern ein weiterer Schlag gegen die ganze Kollegenschaft. Die Anträge lauteten:

1. Die Generalversammlung verlangt Aufstellung eines präzisen Kampfprogramms zur Abwehr des bevorstehenden Angriffs auf die Leitungszulagen und der zweiten Lohnabbaumaße, sowie Absperrung des schon Geraubten.
2. Die Praxis des Ortsverbandes zum durchgeführten Lohnraub steht im Widerspruch zu seinen Worten in den Versammlungen und wird deshalb von der Generalversammlung mißbilligt.
3. Die Generalversammlung verurteilt den immer härter zunehmenden Spaltungskurs im deutschen Buchdruckerverband. Die Mitgliedschaft wird auf Grund des Koalitionsrechtes und der gemäßigtesten Demokratie etwaige Versuche einer Ausschließung in Breslau zurückweisen.
4. Alle arbeitereindlichen und im Betrieb stehenden Kollegen sind auch zu außerordentlichen Versammlungen sowie etwa beabsichtigten Kampfmaßnahmen reiflos hinzuzuziehen.
5. Die bisherige Sabotage gegen die „Arbeiter-Zeitung“ sowie gegen die Fortschritt-Druckerei und der dort beschäftigten Mitarbeiter ist sofort einzustellen.

Sporn hat die Bedeutung dieser Anträge im Gegensatz zu einem Teil der Kollegen sicher richtig erkannt. Annahme und konsequente Durchführung derselben wäre ein Einbruch in den bisherigen, schädlichen Kurs gewesen, der sich weiterhin auswirken würde. Wären sie bei statutenmäßiger Behandlung abgelehnt worden, hätte das die Weiterführung des Kurzes zum Schaden der Kollegenschaft bedeutet. Der außerordentliche Schlag aber besteht eben darin, daß selbst die primitiven Mitgliedsrechte des Statuts geraubt und beseitigt wurden. Obwohl Sporn gegenüber den Mitgliedern scheinbare oder wirkliche Versätze gegen das Statut mit dem Ausdrucksdruck bedroht, wäre er natürlich als Kenner und „Hüter“ der Statutenordnung längst ausgeschloffen, besonders in diesem schwerwiegenden Falle. Wir sind uns darüber klar, daß es nicht geschehen wird und daß es vor allem eine faschistische Methode in der allgemeinen Entwicklung in Deutschland ist. Wir werden natürlich diese Methoden nicht ruhig hinnehmen und dem Protest des absozialisierten Kollegen Heintz in der Versammlung nach Nachdruck verleihen.

Auch die Diskussion über Stand und Verhältnisse in den „Neuesten Nachrichten“ hat bewiesen, daß sich überall Gefahren bemerkbar machen. Leider sehen wir auch hier, daß die Kollegen die Dinge oft nicht klar sehen und schnell veräppeln. Verschlechterungen und faschistische Methoden sind auch dort vorhanden und man fürchtet mehrere Verschlechterungen und statt geschlossener Abwehr zunehmende Zerissenheit. Man sucht Schuldige Sündenböcke unter der Belegtafel und sieht zu wenig oder gar nicht den Kern.

Schon vor einem halben Jahre hat der Kollege Heintz auf bestehende und kommende Gefahren aufmerksam zu machen versucht.

Seine Vorschläge zu ihrer Bekämpfung fanden nicht ausreichende Unterstützung. Die Folgen sind zum Teil schon eingetreten und werden sich weiterhin vertiefen, wenn es nicht gelingt, auf den Kern zu schlagen. Der Kern, der in die Geschlossenheit der Belegtafel oetrieben wurde und nun immer tiefer dringt, wurde von demselben Kern angefaßt, der bei seinem Verrat von „Treue und Sozialismus“ für die Arbeiterschaft gebrochen hat. Die Kollegen sind darauf herein-gelassen und haben nicht gemerkt, daß Sporn mit gewohnter „Geschicklichkeit“ sein Gefühlswort war und Labetüte und Seidel die „Hausdiener“. Fehler und Schwäche auf der anderen Seite sind in mangelnder Erkenntnis oder vielleicht nur fehlender Konsequenz anderer Kollegen, besonders im Arbeiterrat, zu suchen. Jetzt bietet sich ein gefährlicher Gruppenkampf ab, ohne die eigentlich Schuldigen zu treffen. Dasselbe Bild wie in der ganzen Arbeiterbewegung und wie im Kriege, wo sich die unschuldigen Soldaten gegenseitig in Massen mordeten und die schuldigen Kriegstreiber es sich im Hintergrunde recht angenehm machen. Es gibt auch hier nur einen einzigen Ausweg! Rote Betriebsräte auf Grund eines Kampfprogramms der SPD. und Stärkung derselben. Lett den „Graphischen Mod“, reißt auch ein und bildet eine starke Abwehrfront gegen die wirklich Schuldigen und offenen und verdeckten Schädlinge. Konsequente Verfolgung dieses Vieles bringt diese Front allmählich aufzustande, Zurückweichen und Umfallen bringen weitere Schäden. Die bisher verfolgte „Taktik der Vorkäuflichkeit“ ist mangelhafte Konsequenz und ermöglicht den „erfahrenen“ Geometern weitere „Erfolge“ zum Schaden aller. Fort mit der Gleichgültigkeit, mit Bestimmtheit und Resignation. Fort vor allem aber mit dem höchst gefährlichen Gruppenkampf der Abteilungen untereinander, der von den Treibern und Spaltern unter der Freundschaftsmaske im Interesse des Unternehmertums entfacht wurde.

Eine Front von der Zeitungsfrau und Lehrling bis zum Betriebsrat unter den angegebenen Voraussetzungen gegen Unternehmertum und ihre direkten und indirekten Helfer!